



Thomas Schmatz:

Warnung vor Umweltzonen-Chaos

Der Münchner Stadtrat spricht sich gegen Überlegungen aus, in Kommunen künftig sog. Umweltzonen im Innenstadtbereich einzurichten. **Seite 8**



Erwin Huber:

Bayerns Bahn hat wieder Zukunft

Der Verkehrsminister verwies auf einer Pressekonzferenz in München auf erhebliche Verbesserungen im öffentlichen Personenverkehr. **Seite 13**



Reinhard Leutner:

Der Mensch im Mittelpunkt

Lichtenfels' Landrat feiert am 15. September seinen 65. Geburtstag. Seine politischen Leistungen wurden vielfältig gewürdigt. **Seite 14**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 13. September 2007

58. Jahrgang / Nummer 17

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Breitband und Klimaschutz

Vorträge mit anschließender Diskussion zu den Themen „DSL/Breitbandanschluss“ sowie „Klimaschutz in den Kommunen“ bildeten die Schwerpunkte der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Hierzu konnte Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun Dr. Johann Niggel, Leiter des Referats Medien, Elektrotechnik, Elektronik, IuK-Technik im bayerischen Wirtschaftsministerium sowie den Leiter des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung am Forschungszentrum Karlsruhe, Prof. Dr. Wolfgang Seiler, begrüßen.

Schnelle Datenverbindungen sind laut Niggel für einen modernen Wirtschaftsstandort unerlässlich. Die Breitbandinitiative Bayern, in der sich der Bayerische Industrie- und Handelskammertag zusammen mit baye-

rischen kommunalen Spitzenverbänden Gemeindetag, Landkreistag, Städtetag und dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie engagieren, sei ins Leben gerufen worden, um das Breitbandangebot in Bayern zu verbessern.

Die Initiative setzt auf die Nutzung verschiedener Technologien und den Wettbewerb der Anbieter. Breitband, erläuterte der Referent, werde häufig mit dem Festnetz-DSL der Telekom gleichgesetzt. Dessen Ausbau seien allerdings klare Grenzen gesetzt, weil diese Lösung außerhalb von Ballungsräumen häufig viel zu teuer komme. Ziel der Breitbandinitiative Bayern sei es deshalb, über alternative Lösungen wie zum Beispiel funkbasierten Internetzugang zu informieren.

Nötig sei es, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Lösungen zu diskutieren und zu ermitteln, wo noch Lücken in der Versorgung bestünden, betonte Niggel.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Kaum ist der Sommer vorbei, rüsten sich die bayerischen Fremdenverkehrsorte für die Herbstgäste. Unser Bild zeigt die Füßener Altstadt. Dort liegen touristische Hochkaräter wie die Königsschlösser und die Wieskirche, die zum Weltkulturerbe zählt, quasi vor der Haustüre und garantieren Urlaubshöhepunkte auch an wanderrfreien Tagen. Das internationale Kulturfestival und die Konzerte im Schloss Neuschwanstein sowie die Curling-Europameisterschaft sind die Highlights im Herbstkalender. Viele weitere Reisetipps gibt es unter www.bayern-tourismus.de. □



Das Präsidium der KPV-Landesvorstandssitzung (v. l.): Maximilian Gaul, Gerhard Weber, Dr. Johann Niggel, Luitpold Braun und Prof. Dr. Wolfgang Seiler.

Forderung des Bayerischen Städtetags:

Mehr Mitsprache in Brüssel!

Städte und Gemeinden fürchten um ihren politischen Handlungsspielraum, weil immer mehr Kompetenzen an die Europäische Union übergehen. Die Kommunen müssten darum ein echtes Mitspracherecht an der europäischen Gesetzgebung erhalten, forderte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München. Aus diesem Grunde sei es sinnvoll, einen europäischen Ausschuss der Kommunen zu installieren. Den Beschluss hierzu müsste das Europäische Parlament fassen.

Eine entsprechende Resolution hatten die Mitglieder des Bayerischen Städtetags bereits

bei ihrer Jahrestagung im Juli in Fürth verabschiedet. „Weil 80 Prozent dessen, was wir heute tun oder vollziehen, in Brüssel seinen Ausgang nimmt“, wünschten die Bürgermeister und Oberbürgermeister ein formalisiertes Beteiligungsrecht, betonte Schaidinger und ergänzte: „Hier wird es zur politischen Nagelprobe kommen müssen.“

Heimat von 490 Millionen Menschen

Regensburgs Oberbürgermeister begründete diesen Anspruch mit der Bedeutung der Kommunen in einem Europa der 27 Staaten. Städte und Gemeinden stellen die Heimat von 490 Millionen Menschen dar, weshalb die Kommunen den europäischen Einigungsprozess auch mitzugestalten hätten. Bislang aber seien die Mitwirkungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene äußerst gering, so Schaidinger. Kommunal-

politiker fänden sich nur im Ausschuss der Regionen wieder, wobei aus Brüsseler Sicht Regionen mit Bundesländern gleichgesetzt würden. 24 Sitze seien in diesem Ausschuss für deutsche Politiker reserviert, drei davon sind Kommunalpolitiker. Als Vertreter der deutschen Kommunen fungiere in diesem Gremium Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly.

Beispiele ÖPNV und Wasser

An den Beispielen Öffentlicher Personennahverkehr und Wasserversorgung zeigte Schaidinger auf, wie wichtig die Einflussnahme auf europäische Regelungen sein kann. So hätten die Kommunen beim Thema Nahverkehr ihre Interessen in der vom EU-Parlament bereits beschlossenen ÖPNV-Verordnung wahrnehmen können. Danach sei es möglich, dass Städte, die ihren Nahverkehr selbst betreiben, auch künftig auf eine Ausschreibung verzichten, wenn sie ihre Verkehrsleistungen über die Stadtgrenzen hinaus ausdehnen oder einen privaten Partner mit einbeziehen. Damit blieben die zahlreichen Verkehrsverbände mit ihren Kooperationsmodellen im Freistaat gesichert.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Umfrage des Gemeindetags bringt überraschende Ergebnisse:

Bayerns Gemeinden setzen neues Kinderbetreuungsrecht zügig um

Systemwechsel hat mehr Bürokratie gebracht

Bayerns Gemeinden setzen das vor zwei Jahren in Kraft getretene Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsrecht (BayKiBiG) schnell und konsequent um. Insbesondere für unter Dreijährige und Schulkinder erfolgt ein zügiger und bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsplätze. Dies hat jetzt eine Umfrage des Bayerischen Gemeindetags bei seinen 2.011 Mitgliedern ergeben.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl auf einer Pressekonferenz in München: „Die bayerischen Gemeinden haben einen gewaltigen finanziellen und personellen Kraftakt geleistet.“



Dr. Uwe Brandl.

Durch eine größere Flexibilität der Öffnungszeiten ist ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgt. Leider ist mit dem Systemwechsel auch mehr Bürokratie entstanden. Wir fordern den Freistaat auf, deutliche Schritte zur Verminderung des Verwaltungsaufwands vorzunehmen. Auch beim Wunsch- und Wahlrecht der Eltern und der damit entstehenden finanziellen Mehrbelastung insbesondere für kleinere Gemeinden muss auf der Bundes- und Landesebene eine bessere Lösung gefunden werden.“

Zeiten in den Einrichtungen anwesend sind, hat sich nicht bestätigt.

- 63 % der Gemeinden halten (Fortsetzung auf Seite 2)

Erste Zwischenbilanz

Der Bayerische Gemeindetag hat zwei Jahre nach Inkrafttreten des BayKiBiG seine Mitglieder dazu aufgerufen, eine erste Zwischenbilanz aus kommunaler Sicht zu ziehen. Eine erfreuliche Rücklaufquote von 56% ermöglicht repräsentative Ergebnisse. Im Einzelnen:

- Aufgrund des gesellschaftlichen Wandels stellen 69 % der bayerischen Gemeinden einen erhöhten Betreuungsbedarf bei unter 3-jährigen und 51 % bei Schulkindern fest. Seit in Kraft treten des BayKiBiG sind in 69 % aller Gemeinden neue Betreuungsplätze für die Kinder dieser beiden Altersgruppen entstanden.
- 62 % der Gemeinden geben an, dass die Öffnungszeiten in ihren örtlichen Kindertageseinrichtungen flexibler geworden sind. Die Befürchtung, dass Kinder aus Kostengründen kürzere

Neues von Sabrina

Was ist einer politischen Kampagne dienlich? Die Vorzimmerperle ist der Meinung, dass das Bild vom soliden Sachwalter bürgerschaftlicher Interessen eines ist, das gut auf ihren Bürgermeister passt. Mit dem Dreiklang „sparen - investieren - helfen“ könne er authentisch vor die Wähler treten. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern will Biomasse ausbauen	Seite 2
Beckstein kündigt intensive Fahndung an	2
Mit dem neuen EU-Vertrag zum Europa der Bürger	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Ziel bleibt die eierlegende Wollmilchsau	3
Kommunale am 10./11. Oktober in Nürnberg	3
GZ-Fachthemen: Kommunal Finanzen	5 - 7
Abfall · Umwelt	8/9
Kommunalfahrzeuge · Winterdienst	10 - 12
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die **Bayerische Gemeindezeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayern will Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung als aktiven Klimaschutz ausbauen:

Vorreiter in Deutschland bei nachwachsenden Rohstoffen

Anteil am Primärenergieverbrauch erreicht voraussichtlich noch 2007 Fünf-Prozent-Marke / Nahrungsversorgung trotz Biomasse-Boom gesichert

Bayern will die Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung als aktiven Beitrag zum Klimaschutz weiter ausbauen. Nach den Worten von Landwirtschaftsminister Josef Miller ist die Nutzung von Bioenergie aus Land- und Forstwirtschaft inzwischen zum globalen Trend geworden und die gesamte Bioenergiebranche entwickelt sich überaus dynamisch.

Miller: „Bayern ist in Deutschland Hauptmotor für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und gibt europaweit wichtige Impulse. Unser Ziel ist es, die Vorreiterrolle Bayerns auszubauen, und den Anteil der Biomasse am Primärenergieverbrauch weiter zu steigern, ohne die Nahrungsmittelversorgung zu beeinträchtigen. Der Teller hat Vorrang vor dem Tank.“

Anstieg der Erzeugerpreise

Der Minister verwies dabei auch auf die weltweit intensiv geführte Klimadiskussion und den massiven Anstieg der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Vor deren Hintergrund müsse die Bioenergie einen optimalen Beitrag nach den Kriterien Umweltverträglichkeit, Klimaschutz sowie Versorgungssicherheit auf den Energie- und Nahrungsmittelmärkten leisten.

Biomasse sei in Bayern noch vor der Wasserkraft mit 31 Prozent der wichtigste erneuerbare Energieträger, so Miller; sie trage rund zwei Drittel zur Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien bei. Der Anteil der Biomasse am Primärenergieverbrauch in Bayern von 4,4 Prozent im Jahr 2003 (zum Ver-

gleich: Deutschland 3,3 Prozent) werde voraussichtlich noch im Jahr 2007 die Fünf-Prozent-Marke erreichen.

Vermeidung von CO₂-Emissionen

Allein durch die Steigerung der energetischen Verwertung von Biomasse konnten seit 1998 jährlich bis zu 1,8 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen zusätzlich vermieden werden, betonte der Landwirtschaftsminister. „Ein aktiver und nachhaltiger Klima- und Ressourcenschutz ist heute ohne Bioenergie nicht vorstellbar. Angesichts der Klimaschutzziele der EU und Deutschlands wird die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe künftig sogar eine noch wichtigere Rolle einnehmen. Für mich ist aber klar, dass das nicht zu Lasten einer sicheren Lebensmittelversorgung gehen darf“, versicherte er.

Wie Miller hervorhob, beruht die Spitzenstellung Bayerns im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe insbesondere auf dem Einsatz erheblicher Mittel und einer vorausschauenden Förderpolitik. Miller: „Von 1990 bis 2006 haben wir rund 220 Millionen Euro, davon 179 Millionen

Euro Landesmittel, für Biomasseprojekte sowie für Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet investiert.“

Impulsgeber in Straubing

Der Minister kündigte an, dass die Staatsregierung auch künftig auf technische Innovation setzen werde. Ein wichtiger Impulsgeber für Forschung, Land- und Forstwirtschaft und Industrie sei das Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing, in das der Freistaat bisher 34 Millionen Euro investiert hat und das weiter ausgebaut werden soll. Miller: „Die Konzeption und Ausrichtung des Kompetenzzentrums in Straubing sind Vorbild für zahlreiche nationale und internationale Einrichtungen. Gleichzeitig ist das Kompetenzzentrum ein Anziehungspunkt für vielfältige Aktivitäten in der Region auf dem Gebiet der nachwachsenden Rohstoffe und auch für Betriebsansiedlungen wie ein Holzpelletwerk oder eine Ölmühle mit Biodieselanlage im Straubinger Hafen. Ich freue mich, dass Straubing jetzt auch offiziell „Wissenschaftsstadt“ geworden ist und so sein großes Renommee in Forschung und Entwicklung im Bereich nachwachsende Rohstoffe noch besser nach außen tragen kann.“

Der Minister stellte klar, dass eine zu starke Konkurrenz für die Lebensmittelherzeugung durch die Produktion nachwachsender Rohstoffe aus seiner Sicht nicht zu befürchten sei. Schließlich würden lediglich auf 250.000 Hektar und damit auf nur zwölf Prozent der bayerischen Ackerfläche Energiepflanzen ange-

Bayerns Gemeinden setzen ...

(Fortsetzung von Seite 1) den mit der Umstellung auf das neue Recht verbundenen Verwaltungsaufwand für sehr hoch.

• Als Hauptproblem hat sich aufgrund des immer öfter eingeforderten Wunsch- und Wahlrechts der Eltern die neue Gastkinderregelung erwiesen. Immer mehr Kommunen lösen das Problem in Interkommunaler Zusammenarbeit.

• Insgesamt kommen 61% der Kommunen zum Ergebnis, dass sich das neue Recht gut bzw. zufriedenstellend bewährt hat, während 39 % diese Auffassung nicht teilen.

Weitere Informationen: Die Umfrage-Ergebnisse, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, können unter www.bayern.gemeindetag.de/information/pressemitteilung/2007/presse_2007.htm abgerufen werden. □

Mehr Mitsprache ...

(Fortsetzung von Seite 1) Dass im Gegensatz dazu Städte und Gemeinden jedoch eine Ausschreibung starten müssen, wenn sie von ihrer Nachbarkommune zusätzliches Trinkwasser für die Wasserversorgung einkaufen wollen, macht Schaidinger zufolge „keinen Sinn“. Schließlich hätten die Kommunen nicht die Absicht, einen Schutzzaun um ihre Wirtschaftsbetriebe zu bauen. Bewährte Strukturen, die allen Bürgern zugute kommen, sollten nicht mutwillig aufs Spiel gesetzt werden, hob Schaidinger hervor, der es bedauerte, dass noch eine ganze Menge solch bürokratischer Ungereimtheiten existierten. **DK**

baut. „Die Versorgung unserer bayerischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ist sichergestellt“, versicherte Miller. Allein durch den technischen und züchterischen Fortschritt würden im Freistaat - bei gleichbleibender Nahrungsmittelproduktion - bis zum Jahr 2020 rund 250.000 Hektar frei, die dann für Energiezwecke zur Verfügung stehen. Dazu kämen weitere 100.000 Hektar, wenn die EU, wie von Bayern gefordert, die Flächenstilllegung aufgibt. Als Grund für die jüngsten Preiserhöhungen bei Agrarrohstoffen und Lebensmitteln nannte Miller primär die gestiegene Nachfrage in Schwellenländern wie China, Brasilien, Russland, Indien, aber auch der erdölexportierenden Länder. Angesichts eines Selbstversorgungsgrads von 180 Prozent für Milch und 202 Prozent für Rindfleisch könne Bayern neben den heimischen Verbrauchern auch internationale Nachfrager noch gut bedienen.

Hervorragende Biomasse-Infrastruktur

Der Landwirtschaftsminister wies darüber hinaus auf die hervorragende Biomasse-Infrastruktur in Bayern hin. Im Bereich der Festbrennstoffe wie beispielsweise Holz ist der Freistaat mit zwei Millionen Biomasse-Feuerstätten und 2.000 Biomasseanlagen mit mehr als 150 Kilowatt bereits sehr gut ausgestattet. Bei den Biokraftstoffen beträgt die Biodieselerzeugungskapazität 290.000 Tonnen pro Jahr bei einem Verbrauch von 380.000 Tonnen pro Jahr. 240 dezentrale Ölmöhlen erzeugen rund 70.000 Tonnen Rapsölkraftstoff. Im Bereich Biogas tragen rund 1.350 Biogasanlagen mit einer Leistung

Nach dem Schlag gegen den Terrorismus:

Beckstein kündigt weitere intensive Fahndung an

Nach dem Zugriff auf potentielle islamische Terroristen, von denen zwei in Bayern wohnen, sieht Innenminister Dr. Günther Beckstein zwar keine direkte Gefahr von Sprengstoffanschlägen, kündigte jedoch weitere intensive Fahndung und Überwachung einschlägiger Kreise an.

Die Spuren führten bekanntlich u. a. nach Ulm/Neu-Ulm und München. Der bayerische Innenminister hält Online-Durchsuchungen von privaten Computern verdächtiger Personen für „gut geeignet und notwendig“, um erfolgreich vorgehen zu können.

Die Sonderkonferenz der deutschen Innenminister in Berlin brachte darüber zunächst keine Einigung oder Annäherung zwischen Union und SPD.

Es geht vor allem um die Handlungsfreiheit des Bundeskriminalamtes. Beckstein betonte jedoch, die föderale Sicherheitsarchitektur in Deutschland habe sich bewährt. Die Islamistszene in Neu-Ulm sei von den Spezialisten des Landeskriminalamts mit einer eigenen Ermittlungsgruppe immer gebührend beobachtet worden. Das Multi-Kultur-Haus in der Donaustadt sei schon vor einiger Zeit geschlossen worden. Freilich erfordere die Überwachung dieser Szene, zu der zunehmend auch zum Islam konvertierte Deutsche gehören, einen hohen Aufwand. Die Gruppe, zu der die drei zunächst Festgenommenen gehören, umfasst laut Beckstein rund 50 Mitglieder.

Die drei Landtagsfraktionen haben sich mit dem Problem nach den aktuellen Ereignissen noch nicht befasst. Sie verweisen auf die Berliner Verhandlungen. Das Für und Wider von Online-Ausforschungen und anderen Eingriffen in die Privatsphäre wird in München ebenso kontrovers behandelt wie auf der bundesweiten Partei- und Regierungsebene.

Zu Fraktionsarbeitstagen nach der Sommerpause treten CSU, SPD und Grüne ab dem 17. September in Kloster Banz, Schney und Bamberg zusammen. Im Vordergrund stehen Umwelt- und Klimaschutz, Bildung und Landesentwicklung sowie die Vorbereitung auf den Regierungswechsel im Oktober. **rm**

von insgesamt 257 Megawatt zu zwei Prozent zur bayerischen Stromerzeugung bei. Bei Biogas ist durch die Aufbereitung auf Erdgasqualität und Einspeisung in das Erdgasnetz ein Technologieerfolg realisiert worden. In Pliening / Landkreis Ebersberg ist vor kurzem die erste Biogasanlage in Betrieb gegangen.

Studien prognostizieren für Biogas ein Potenzial von bis zu 16 Prozent des derzeitigen bayerischen Erdgasverbrauchs.

Die Fortschreibung des „Gesamtkonzepts nachwachsende Rohstoffe in Bayern 2007“ steht im Internet unter <http://www.stmlf.bayern.de/agrarpolitik/schwerpunkte/12840/> □

Mit dem neuen EU-Vertrag zum Europa der Bürger

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Die deutsche Ratspräsidentschaft der Europäischen Union unter Bundeskanzlerin Angela Merkel im ersten Halbjahr 2007 brachte zwei große Höhepunkte: Das fünfzigjährige Jubiläum der Römischen Verträge und der Europäischen Union und das europäische Gipfeltreffen vom 21. und 22. Juni 2007. Der Gipfel scheint die kritische Lähmung überwunden zu haben und die grundsätzliche Weiterentwicklung zur besseren Einheit zu ermöglichen. Der neue Vertrag wird ein guter Vertrag werden, auch wenn er nicht mehr Verfassung heißt: Die EU wird eine einheitliche Rechtspersönlichkeit mit Außenwirkung, ohne dass sie die Nationalstaaten ersetzt.

Sie wird effizienter und demokratischer durch die wesentlich erweiterten Mehrheitsentscheidungen mit der Mitentscheidungsgewalt des Europäischen Parlaments. Die Sozialverträglichkeit der Gesetzesinitiativen muss künftig überprüft werden. Vor allem wird das Subsidiaritätsprinzip fester.

Die Bürger stehen der Europäischen Union meist distanziert gegenüber, weil sie deren vielen Vorschriften und dem fernen Normgeber misstrauen. Eine europäische Union ohne aktive Bürger ist aber undenkbar. Der neue künftige Vertrag bleibt Papier, wenn die Bürger nicht die

weiterhin nötige Suche nach der wahren europäischen Seele mit einem gemeinsamen Wertefundament mittragen.

Die Toleranz ist als dessen Teil in die Grundrechtscharta aufgenommen worden. Das Europa der Vielfalt, besonders im kulturellen Leben und die Pflege der Heimat sind die Träger der Verwurzelung. Alle schon beginnenden Versuche einer Kultursteuerung von Brüssel aus müssen von Anfang an eingestellt werden. Das reiche Kulturspektrum föderalistisch aufgebauter Staaten würde unendlich betroffen sein. Das innerstaatliche Subsidiaritätsprinzip darf nicht am Ra-

ster einer europäischen anderen Auslegung dieses Prinzips scheitern. Gemeinde- und kommunale Regionalpartnerschaften tragen wesentlich dazu bei, menschliche Beziehungen zwischen den Europäern der Zukunft zu fördern und den inneren Einigungsprozess, nicht zuletzt durch die Begegnung der Volkskulturen im Europa der Vielfalt, zu stärken.

In ganz Europa erleben wir derzeit eine Renaissance der Volkskulturen. Sie sind nicht der Gegensatz zu den Nationalkulturen, sondern deren lebendige Parallele wie auch ihr Bodenfundament. Die Heimat- und Volkskultur kannte in der Geschichte keine Grenzen und hat dabei lebendige Nachbarschaften begründet. Die Hoffnung auf die Volkskulturen der Regionen bedeutet zugleich Glaube an die Zukunft. Dies ist nicht falsche Heimmattümelei, sondern der begehre Weg über Europa zur unausweichlichen Globalisierung. Volkskultur wächst. Sie ist nicht machbar, sondern nur förderwürdig. Die Wiederentdeckung der Heimat als Wertebegriff auch in Toleranz und der Mut zum Wachstum mit den regionalen Kräften ist nicht rückständiges Beharren in der Vergangenheit, sondern Hoffnung für Europas Zukunft.

Wenn die Nationalstaaten ihre Gemeinschaft in der Europäischen Union mit dem neuen Vertrag nach innen und außen stärken, dann dürfen sie nicht übersehen, dass die Menschen in Europa nicht nur ihre Vaterländer suchen, sondern zugleich ihre Mutterländer im Sinne der bukowinischen Dichterin Rose Ausländer brauchen. Mutterland der Menschen ist ihre jeweilige Heimat. □



Mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber hat Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein den langjährigen Bürgermeister von Scheidegg im Allgäu, German Weh (l.), sowie den Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, Dr. Siegfried Balleis (r.), ausgezeichnet. Der Minister würdigte damit das langjährige verdienstvolle Wirken der beiden Kommunalpolitiker. □

Nochmals Sonne tanken!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Lobmeier
94362 Neukirchen
am 23.9.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otmar Konrad
96123 Litzendorf
am 26.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Albert
95460 Bad Berneck
am 18.9.

Bürgermeister Otmar Wimmer
84539 Ampfing
am 19.9.

Bürgermeisterin Brigitte Popp
91483 Oberscheinfeld
am 19.9.

Bürgermeister Helmut Auer
91601 Dombühl
am 21.9.

Bürgermeister Kurt Bernreuther
96271 Grub am Forst
am 26.9.

Bürgermeister Hans Unterburger
95517 Seybothenreuth
am 26.9.

Bürgermeister Gerhard Trautner
91710 Gunzenhausen
am 27.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Rubel
96342 Stockheim
am 21.9.

Bürgermeister
Franz Schwarz
85774 Unterföhring
am 24.9.

Bürgermeister Heinz Kiechle
93073 Neutraubling
am 25.9.

Bürgermeister
Hans Pickel
92278 Illschwang
am 30.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wilhelm Böhm
86857 Hurlach
am 1.10.

Bürgermeister Robert Müller
97650 Fladungen
am 19.9.

Bürgermeister Norbert Weiß
86489 Deisenhausen
am 27.9.

Bürgermeister Peter Merk
95505 Immenreuth
am 30.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Erich Winkler
89278 Nersingen
am 21.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jürgen Reinhard
63843 Niedernberg
am 20.9.

Kommunale 2007 am 10. und 11. Oktober in Nürnberg:

Partner der Gemeinden im ländlichen Raum

**Motto: „LandLeben - Perspektiven für alle Städte und Gemeinden“
Fachmesse mit über 200 Ausstellern und Kongress**

Am 10. Oktober 2007 ist es wieder soweit: Die Kommunale, Bayerns größte Fachmesse für Kommunalbedarf mit bundesweiter Bedeutung, öffnet für zwei Tage in den Hallen der NürnbergMesse ihre Pforten. Erwartet werden über 200 Aussteller. Die Kommunale besetzt genau die Themen, mit denen sich Bürgermeister, Geschäftsstellenleiter, aber auch Stadt- und Gemeinderäte in der täglichen Praxis beschäftigen. Das Motto der Messe 2007: „LandLeben - Perspektiven für alle Städte und Gemeinden“. Im Rahmen der Kommunale findet die diesjährige Verbandsversammlung des Bayerischen Gemeindetags statt. Parallel zur Fachmesse organisiert der Bayerische Gemeindetag zudem gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und weiteren Partnern ein umfangreiches Kongressprogramm.

Auf der Kommunale in Nürnberg treffen sich alle zwei Jahre die Menschen, die sich in verantwortlicher Position um das Wohl ihrer Gemeinden bemühen - um miteinander in Dialog zu treten, sich über aktuelle Trends in Verwaltung und Politik auszutauschen und sich über das Fachan-

kreisfreien Städten und den Metropolregionen; für sie zu werben als attraktive Wohnorte, als Erfolg versprechende Gewerbe- und Industriestandorte.

Entsprechend lautet auch das Motto der Kommunale 2007: „LandLeben - Perspektiven für alle Städte und Gemeinden“.

Fachmesse mit umfassendem Angebot

Jede Gemeinde hat ihre eigenen Bedürfnisse und Gestaltungswünsche. Der einen geht es um die Erneuerung ihres Stadtkerns, oder der IT-Einrichtungen in der Verwaltung, einer anderen um die Erneuerung des kommunalen Fuhrparks, der Straßenschilderung oder um Fragen der Energieversorgung.

Für all' dies hat die Kommunale das passende, umfangreiche Fachangebot. Hier werden Einkäufer und Beschaffungsverantwortliche ebenso fündig wie Verwaltungsangestellte und politische Entscheider.

Gemeinschaftsstand Biogas

Neu ist der Gemeinschaftsstand Biogas, dessen Zustandekommen dem Fachverband Biogas in Freising zu verdanken ist. Besuchen Sie den Stand der Fachverbände sowie weitere sechs wichtige Vertreter aus dem Bereich Biogasproduktion. Biogas wird für Kommunen und Energieversorger zunehmend attraktiver. Im Bereich der erneuerbaren Energien wird dem Biogas mit am meisten Potential zugerechnet.

Begleitender Kongress

Wichtiger Bestandteil der Kommunale ist seit jeher der begleitende Kongress. „Es ist dieses Rundumangebot aus Messe, Vortragsforen und Kongress und alles kompakt an zwei Tagen, das die Kommunale bei ihren Besuchern so beliebt macht“, freut sich Friedhelm Lenz, Leiter des CCN CongressCenter Nürnberg. 2007 beschäftigt sich der Kongress mit den ganz großen Themen Arbeit und mit Bildung.

„Arbeit braucht das Land“ ist der Titel einer Diskussionsrunde mit Landwirtschaftsminister Josef Miller, Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Josef Mend, 2. Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags sowie Vertretern der bayerischen Wirtschaft, des Handwerks und des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Unter dem Leitgedanken „Bildung braucht das Land“ präsentiert Kultusminister Siegfried Schneider die Hauptschulinitiative des Freistaats. Im Anschluss daran wird die Initiative anhand eines Beispiels interkommunaler Zusammenarbeit erläutert.

Fachforen

Auch bei der fünften Kommunale dürfen sie natürlich nicht fehlen: Die messebegleitenden Fachforen. Themen sind unter anderem das neue Bayerische Feuerwehrgesetz, die Verwendung von Holz bei kommunalen Bauten, das Vergaberecht sowie - natürlich - die Kommunalfinanzien. Der genaue Titel dieses Fachforums wird zur Kommunale selbst bekannt gegeben. Der Vorteil: Es wird über den aktuellen Sachstand informiert und diskutiert werden können.

Premiere: Feuerwehrkongress

Zum ersten Mal findet parallel zur Kommunale ein Feuerwehrkongress statt. Die 1. Nürnberger Feuerwehr-Informationstage am 10. Oktober 2007 wenden sich

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leser

Das Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz sollte wohl die eierlegende Wollmilchsau werden, wollte man doch die frühzeitige, qualitativ hochwertige Bildung des Klein- und Vorschulkindes, den Vorrang freier Träger vor kommunalen, die enge Verzahnung und Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen und Jugendhilfeeinrichtungen vor Ort und gleichzeitig ein umfassendes Wunsch- und Wahlrecht der Eltern einschließlich der Flexibilität der Einrichtungen verwirklichen: eine eierlegende Wollmilchsau eben.

So eine eierlegende Wollmilchsau ist eine tolle Sache und ich kenne keinen, der diese nicht für

Ziel bleibt die „eierlegende Wollmilchsau“

sich wünsche, aber sie wird wohl immer Utopie bleiben. Die Realität macht uns Probleme.

Mit Spannung haben wir ein Urteil des VG Ansbach erwartet: Eltern wollten ihr Kind in einen Sportkindergarten in die Großstadt geben. Sie begründeten dies zunächst vorrangig mit den dort passenden Betreuungszeiten. Die Kommune erklärte sich mit dem „Härtefall“ einverstanden und beteiligte die Eltern nunmehr an den Gaskinderkosten. Nun klagten die Eltern wegen „fehlender Pluralität“ des Angebots vor Ort, um der gesetzlich vorgesehenen angemessenen Mitfinanzierung des Förderanteils zu entgehen. Argumentiert wurde deshalb mit dem „Wunsch- und Wahlrecht“, was sie glaubten bei zwei verschiedenen kirchlichen Trägern und fünf verschiedenen Konzeptionen in fünf Kindergärten nicht hinreichend ausüben zu können. Und eine Bedarfsplanung sei zum Zeitpunkt der Entscheidung auch noch nicht abgeschlossen gewesen.

Obwohl ein Deckungsgrad von 128 % bei Kindergartenkindern vorliegt, soll die Kommune, um vor Gericht ganz sicher zu gehen, eine aufwendige Bedarfsfeststellung durchführen? Mit Verlaub, sind wir noch ganz dicht?

Worum geht es denn jetzt? Geht es uns darum, dass Kinder am Ort integriert werden, bestmöglich vorbereitet in die Schule kommen und zwar mit den Kindern, mit denen sie auch im Kindergarten gearbeitet, gelernt und gespielt haben oder darum, dass wir alle Jahre wieder nach aufwendiger Bedarfsabfrage über-



legen müssen, ob wir nun unsere kirchlichen Träger vor Teufel hauen und stattdessen uns einen anderen Träger mit einem anderen Konzept suchen. Sollen wir dann die beiden Kirchen fragen, ob sie in ihren - mit kommunalen und Landesmitteln gebauten Räumen - den Kindergarten der Humanistischen Union unterbringen wollen oder die Räume leer stehen lassen, weil man nun einen Waldkindergarten wünscht?

Beruhigen wir uns: Das VG hat mit gesundem Menschenverstand entschieden. „Dem Umstand der fehlenden qualifizierten Bedarfsplanung kommt hier keine entscheidende Bedeutung zu, weil die Kommune ein plurales Angebot an Kindertageseinrichtungen vorhält und sie bei dieser Sachlage nicht verpflichtet war, den Wunsch der Eltern, ihren Sohn in der Sport-Kindertagesstätte unterzubringen, im Rahmen der förmlichen Bedarfsfeststellung in die vorzunehmende Abwägung einzubeziehen.“

Dieses Kind, um das es geht, soll in wenigen Jahren einmal in die „christliche Gemeinschaftsschule“ also in die Grundschule in der Wohnkommune gehen. Wenn nicht, dann in eine von den Eltern voll finanzierte Privatschule. Wäre es im Sinne der Förderung der Kinder nicht sinnvoll, das Wunsch- und Wahlrecht wenigstens dahingehend einzuengen, dass es nur im Rahmen der Einrichtungen ausgeübt werden kann, die auch mit der Wohnortschule kooperieren. Damit wäre die räumliche Nähe, die Notwendigkeit der Pluralität, die über kommunale Zusammenarbeit hergestellt werden kann und für die Kommunen eine bessere Rechts- und Planungssicherheit gegeben. Das bürokratische Monster der Bedarfsplanung könnte man sich dann ebenso weitgehend sparen, weil man die Buchungszeiten auch bei der Anmeldung abfragen kann. Der Platzbedarf lässt sich bereits durch die Anzahl der in der Gemeinde lebenden Kinder im Kindergartenalter ermitteln. Aber vielleicht stellt sich das der kleine Kommunalpolitiker wieder einmal viel zu einfach vor, wo doch die eierlegende Wollmilchsau als Ziel vor Augen ist.

Th
Max. Gaul

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

gebot der Aussteller zu informieren, beziehungsweise dort auch gleich zu ordern.

Werben für den ländlichen Raum

Was sie eint: Das große Engagement für ihre Heimat, für ihre Gemeinde. Und die gleichen Interessen. Gilt es doch, die Kommunen im ländlichen Raum zu positionieren als gleichberechtigten Lebensraum neben den

Gleich im Anschluss an die Eröffnung der Kommunale 2007 widmet sich dem Thema eine Kundgebung im CCN Frankenhalle. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Dr. Uwe Brandl wird den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, begrüßen sowie den Präsidenten des Österreichischen Gemeindebunds, Bürgermeister Helmut Mödlhammer.

Ländliche Räume in Bayern und der Provinz Shandong:

Gemeinsame Arbeit an strukturellen Lösungen

Internationale Konferenz in München

Die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume in Bayern und Shandong war Thema einer international hochkarätig besetzten zweitägigen Konferenz in München, an der 160 deutsche und chinesische Experten aus Politik, Verwaltung, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft teilnahmen. Als Veranstalter fungierten die Hanns-Seidel-Stiftung und die Technische Universität München im Auftrag der Bayerischen Staatskanzlei.

Den Stellenwert und die künftige Entwicklung der ländlichen Räume stellten in ihren Vorträgen am ersten Konferenztag der Vizeminister des chinesischen Ministeriums für Land und Ressourcen Wang Shiyuan und Vizegouverneur Wang Renyuan aus Shandong sowie auf bayerischer Seite Landwirtschaftsminister Josef Miller und Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner dar. In Workshops arbeiteten die Konferenzteilnehmer anschließend an Themen wie „Siedlung und Wohnen im ländlichen Raum“, „Nachhaltiges Land- und Ressourcenmanagement“ oder „Arbeitsplätze im ländlichen Raum“.

Im Zeichen der bestehenden und zukünftig intensivierten Kooperation im Bereich Landentwicklung in Bayern und Shandong stand Konferenztag 2. Bei der Podiumsdiskussion zur Zukunft der Zusammenarbeit plädierte Landtagspräsident Alois Glück, zugleich stellvertretender Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, für eine engere Zusammenarbeit beider Länder unter Respektierung der unterschiedlichen Kulturen und Staatsministerin Emilia Müller sagte die weitere Unterstützung seitens der Bayerischen Staatsregierung zu. Prof. Holger Magel, Leiter des TUM Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung und Program Director des internationalen postgraduierten Masterstudiengangs „Land Management and Land Tenure“ stellte die Münchner Erklärung zur deutsch-chinesischen Tagung vor. Darin halten die Konferenzteilnehmer die wesentlichen Leitlinien für eine zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Räume in Bayern und Shandong fest und bekunden zudem das beiderseitige Interesse an der weiteren Zusammenarbeit in Praxis, Wissenschaft und Ausbildung. **DK**

an Führungskräfte der Feuerwehren. Veranstaltet wird er von der NürnbergMesse zusammen mit dem Landesfeuerwehrverband Bayern, dem Werkfeuerwehrverband Bayern sowie der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Landesgruppe Bayern. Alle Verbände sind sich einig über den Bedarf an einem Feuerwehrkongress, der nun zweijährlich zur Kommunale stattfinden soll und mit hochkarätigen Referenten aus Bayern und anderen Bundesländern aktuelle Themen aus der Feuerwehreinsatzpraxis beleuchtet. Erwartet werden etwa 250 Führungskräfte der Feuerwehren aus ganz Deutschland. Hauptthema 2007 wird der Umgang mit Flüssiggas sein.

Virtuelle Behörde erneut dabei

Wieder mit dabei ist auch die Bayerische Gemeindezeitung mit ihrer „Kultveranstaltung“ zur IT- und EDV-Ausstattung im kommunalen Bereich der „Zukunftswerkstatt virtuelle Behörde“. In einem eigenen Ausstellungsbereich und separaten Fachforen können sich die Messebesucher ausgiebig über neueste Trends im kompletten Thema eGovernment informieren.

Seit ihrer Premiere 1999 hat sich die Kommunale zu einer der führenden Kongressmessen für den kommunalen Bereich entwickelt. Dieses Jahr präsentieren über 200 Aussteller ihr Angebot den kommunalen Entscheidern - ein neuer Rekord! □

E.ON Bayern verleiht Kulturpreis Bayern

Auch in diesem Jahr verleiht die E.ON Bayern AG den mit 170.000 Euro dotierten „Kulturpreis Bayern“. Der Kulturpreis Bayern ist eine wichtige Säule des gesellschaftlichen Engagements des Unternehmens und soll beitragen zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Vielfalt in den Regionen Bayerns. Jeweils ein Preisträger aus jedem Regierungsbezirk wird für sein künstlerisches Wirken mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet, der in der Sparte Kunst jeweils mit 10.000 Euro dotiert ist.

Die sieben Preisträger aus den Bezirken sind:

Unterfranken: Diana Damrau

Ihr Repertoire ist sehr weit gefächert; 2007 wurde sie zur jüngsten Bayerischen Kammersängerin ernannt.

Oberfranken: Nora-Eugenie Gorringer

Ihre „Sprechtexte“ sind lebendige Literatur, sprechen mit Witz Leser und Hörer direkt an und überraschen mit großer sprachlicher Vielfalt. Gedichte von ihr haben schon Aufnahme in Schulbücher gefunden.

Mittelfranken: Theater Mumpitz

Seit einem Vierteljahrhundert steht das Theater Mumpitz für engagiertes und frisches Theater für Kinder aller Altersstufen und ist Veranstalter des internationalen Kindertheaterfestivals „Panoptikum“.

Oberpfalz: Die Altneihäuser Feuerwehrkapell'n

Der Auftritt der Truppe in historischen Feuerwehrkostümen genießt Kultstatus. Mit der gelungenen Mischung aus traditionel-

ler Volksmusik und Kabarett haben die Altneihäuser ein neues Genre künstlerischer Unterhaltung geprägt.

Niederbayern: Dynamo Kurzfilm e. V.

Als Veranstalter des Landshuter Kurzfilmfestivals hat sich der Verein als engagierter Förderer des zeitgenössischen Filmschaffens etabliert.

Oberbayern: Stefan Eberstadt

Die künstlerischen Arbeiten sind zwischen Skulptur, Architektur und Design angesiedelt. Es entstehen raumgreifende, begehbare, architektonische Skulpturen, die in ihrer geometrischen Gliederung und ausgewogenen Proportionalität an die Formensprache der Moderne erinnern.

Schwaben: Prof. Franz Halász

Der gebürtige Amerikaner steht an der Spitze außergewöhnlicher Gitarristen. Er lehrt als Professor an der Augsburg-Hochschule für Musik und hat sich besondere Verdienste um die künstlerische Nachwuchsarbeit erworben. □

Breitband und Klimaschutz ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wichtig sei es auch, die Nachfrage zu erhöhen. Bisher nutzt nur ein Drittel Breitband, die diesen Zugang zur Verfügung haben. Erst wenn der Nutzungsgrad steige, werde es für Anbieter interessant, breitbandigen Internetzugang zu ermöglichen. Wichtig sei es, zwischen Anbieter und Nachfragen zu vermitteln. Für die kommunalen Entscheidungsträger soll die Initiative eine Hilfestellung sein.

DSL-Anschlüsse

Beim Thema Breitband denken die meisten Menschen zuerst an DSL-Anschlüsse über das Telefonnetz. Dies ist naheliegend, denn DSL ist mit einem Marktanteil von rund 97 Prozent die vorherrschende Technik und verzeichnet immer noch Zuwächse, da mehr Anbieter sich einen Preiswettbewerb liefern. Trotzdem kann nicht jeder Interessent einen Festnetz-DSL-Anschluss erhalten. Vor allem im ländlichen Raum können viele Grundstücke an diese Technik nicht angeschlossen werden. Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen sind Teilnehmerleitungen aus unterschiedlichen Gründen nicht für DSL geeignet, zum anderen wird aus Wirtschaftlichkeitsgründen in manchen Regionen die erforderliche Infrastruktur nicht ausgebaut.

Alternativen

Um trotzdem Breitband anbieten zu können, ist es Niggel zufolge erforderlich, je nach regionaler Gegebenheit und technischen Voraussetzungen Alternativen zu finden. Grundsätzlich ließen sich drei verschiedene Anwendungsmöglichkeiten unterscheiden: Funk-DSL, Festnetz-DSL und Satellit-DSL. Während eine Nutzung von Breitband über Satellit derzeit nur im Downloadbereich

möglich sei, existierten in der Funktechnologie verschiedene Anwendungen. Vielen Internetnutzern sei bereits W-LAN ein Begriff. Diese Technologie weise nur eine geringe Reichweite auf und lasse sich deshalb nur zur Abdeckung eines begrenzten Raumes (Hotspots) nutzen. In Frage kommen Privathaushalte, Kongresszentren, Cafés, Hotels oder auch Flughäfen und Bahnhöfe. Durch den Zusammenschluss von Hotspots lassen sich kleine Netze aufbauen.

Neue Funktechnologie

WIMAX bezeichnet den Standard für eine neue Funktechnologie, der von vielen Unternehmen weltweit erarbeitet und als Ergänzung bzw. Alternative für DSL und UMTS angesehen wird, fuhr Niggel fort. Diese Technologie erreicht eine größere Reichweite als W-LAN. In Labortests wurde eine maximale Reichweite von 50 km ermittelt. WIMAX gilt als eine zentrale Technologie mit großem Potenzial für die breitbandige Infrastrukturversorgung des ländlichen Raums.

Was das Festnetz-DSL angeht, so werden die bislang nur für den Rundfunk genutzten Kabelnetze nach und nach modernisiert und rückkanalfähig gemacht. Dies ist die Voraussetzung für die Nutzung als Internetleitung. Auch Telefonate sind dadurch möglich. Das Angebot ist in einigen ländlichen Räumen bereits verfügbar und kann daher in einigen Regionen einen Beitrag zur Breitbandversorgung darstellen. Da die Investitionskosten relativ hoch sind, sind jedoch weitere Neuerschließungen nicht zu erwarten. Soweit es sich bei diesen Netzen um Glasfasernetze handelt, bietet dieses Netz potenziell eine sehr große Bandbreite, betonte Niggel. Das

Glasfasernetz ist in Deutschland schon sehr groß. Für eine breite Anwendung bedarf es jedoch der Verbindung des Netzes mit den einzelnen Anschlüssen der Kunden. Bis der ländliche Raum hierzu ausreichend erschlossen ist, dürfte noch etwas Zeit vergehen.

Niederschläge und Dürreperioden nehmen zu

Themenwechsel. Für Prof. Dr. Wolfgang Seiler, Leiter des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung am Forschungszentrum Karlsruhe, steht fest, dass sich das Klima ändert. Dieser Prozess könne „für die nächsten 30, 40 Jahre“ zwar nicht mehr verhindert, immerhin aber noch verändert werden, so Seiler. Nach seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen werden in Zukunft sowohl die Intensität von Niederschlägen als auch die Intensität von Dürreperioden zunehmen. Seit der letzten Eiszeit habe die Temperatur auf der Erde um etwa 4 Grad Celsius zugenommen. Etwa mehr als ein Viertel der Erwärmung sei allerdings in den vergangenen 100 Jahren registriert worden - Tendenz steigend. Für Bayern prognostizierte Seiler in den nächsten 100 Jahren eine Temperaturzunahme von bis zu 6 Grad Celsius.

Mehr Extrem-Ereignisse

Aber nicht nur die Temperaturen spielen verrückt. Auch bei den Niederschlägen registriert die Wissenschaft deutliche Veränderungen. „Es gibt mehr Regen im Frühjahr und im Spätwinter, und der kommt immer heftiger. Wie wir überhaupt immer mehr Extrem-Ereignisse verzeichnen“, berichtete Seiler. Die Folgen sind bekannt: Parallel zur globalen Erwärmung haben Naturkatastrophen seit dem Jahr 1960 stark zugenommen.

Die saisonalen Veränderungen der Niederschlagsmengen werden nach Seilers Bewertung mit erheblichen ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen verbunden sein. Daher fordert der Klimaexperte drastische Maßnahmen zum Klimaschutz und Anpassungsstrategien zum Schutz vor den Auswirkungen der Klimaänderungen. Es gelte, „mit integrierten ganzheitlichen Ansätzen an das Problem heranzugehen“.

Dabei ist die Reduzierung der Treibhausgase nur ein Ansatz. Die größte Chance sieht der Wissenschaftler in der Entwicklung neuer Technologien. Hier tun sich ungeheure Potentiale auf: So wird allein der Markt für erneuerbare Energien bis 2015 auf geschätzte 400 Milliarden Dollar explodieren - Chancen, die es langfristig zu nutzen gilt. Gerade in den Kommunen ist nach Seilers Auffassung „durch eine Steigerung der Energieeffizienz viel möglich“. Seiler empfahl, Anreize für die Einführung der Kraftwärmekopplung zu schaffen, zudem aber auch „den ÖPNV weitaus mehr zu unterstützen“. Hier müssten die Kommunen mit „Leuchtturmprojekten“ vorgehen.

Umweltverträglichkeit

Grundsätzlich sei davon auszugehen, dass eine Reduzierung des Energieverbrauchs um 50 bis 60 Prozent möglich ist. Vor diesem Hintergrund sollten Seiler zufolge auch einmal alle Verordnungen und Gesetze auf ihre Umweltverträglichkeit hin überprüft werden.

Exemplarisch nannte der Klimaexperte das Mietrecht, die Kfz-Steuer und die Entfernungspauschale. All diese Maßnahmen gehörten „sozialverträglich durchgeführt“, was eine „enge Kooperation aller Ebenen“ erforderlich mache. „Weitsichtige Klimapolitik“, so Seiler, „ist schließlich auch die beste Wirtschaftspolitik!“ **DK**

Versicherung von Gebäude und Hausrat dringlich

Häufigere Wetterextreme erzwingen mehr Schutz

Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf und der Vorstandsvorsitzende der Versicherungskammer Bayern, Friedrich Schubring-Giese, richteten in München einen dringenden Appell an alle Bürgerinnen und Bürger, neben einer Sturmversicherung auch eine Elementarschadenversicherung für Gebäude und Hausrat abzuschließen.

Schnappauf: „Durch die rasante Aufheizung des Klimas nehmen Wetterextreme zu. Niemand ist sicher vor Naturkatastrophen. Die Gefahr, durch Hochwasser oder Sturzfluten in Not zu geraten ist größer als durch Feuer. Deshalb ist der Abschluss einer Elementarschadenversicherung für Privathaushalte ebenso wie für Gewerbebetriebe dringlicher denn je.“ Nach den Worten von Schubring-Giese sind 97 Prozent aller Anwesen in Bayern versicherbar. Derzeit haben von drei Millionen bei der Versicherungskammer Bayern versicherten Gebäuden jedoch nur 100.000, also rund drei Prozent, einen Versicherungsschutz gegen Elementarschäden.

Überschwemmungen (auch durch Starkregen), Hochwasser, Schneedruck, Lawinen, Erdbeben, Erdfall und Erderschütterungen stellen eine immer größere Gefahr für Gebäude und ihre Bewohner dar. Eine Elementarschadenversicherung leistet nach den Worten Schubring-Gieses Schutz vor den finanziellen Folgen solcher Naturereignisse: Für ein Einfamilienhaus im Wert von rund 250.000 Euro kostet sie durchschnittlich 80 Euro, für den Hausrat durchschnittlich 30 Euro - in beiden Fällen pro Jahr und abhängig von der Risikozone. Im Falle eines Elementarschadens übernimmt die Versicherung Aufräumungs- und Schadenminderungskosten sowie die Kosten für alle notwendigen Reparaturmaßnahmen. Für den schlimmsten Fall, dass das komplette Haus zerstört wurde, kommt die Versicherung sogar für den Wiederaufbau des Hauses auf. **□**

dende Zahl privatrechtlich betriebener Informationsregister gegenübersteht.

Im Rahmen einer Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern - vertreten durch das Bayerische Staatsministerium des Innern - und der AKDB wurde nun unter ausdrücklicher Zustimmung des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Gemeindetages festgelegt, dass die Kommunen ab dem 01. 07. 2007 nur noch 4,20 je Auskunft aus der ZEMA erhalten.

Dafür wird aber der Arbeitsaufwand der Kommunen nicht unerheblich erhöht. Inzwischen ist jedem der sogenannten Poweruser (große Auskunfteien und andere) klar, dass aufgrund der bestehenden Regelungen im automatisierten Onlineverfahren allenfalls 70 % Treffer erreicht werden können. Die Qualität der Onlineauskunft hinkt somit hinter der Qualität der schriftlichen Auskunft weit hinterher. Die Kommunen müssen daher künftig Auskünfte, die aus ZEMA nicht eindeutig beantwortet werden können, manuell im Internet nachbearbeiten. Und auch dieser Aufwand ist in den 4,20 für die Kommunen angeblich bereits einkalkuliert. Ob man allerdings für 2,85 Mio. plus x nicht auch etwas mehr Service (z.B. ein medienbruchfreies Verfahren) für die Gemeinden hätte erwarten können? Klingt komisch...

Aber auch der Freistaat will sich an den Auskunftskosten der Privaten schadlos halten und soll 0,90 je Auskunft erhalten, um die jährlichen Betriebskosten für den zentralen Einwohnerdatenbestand, aus dem sich die AKDB privatwirtschaftlich betätigen darf, zu refinanzieren.

Rechnet man nun 2,40 je Auskunft für die AKDB dazu, so ergibt sich ein Marktpreis je Auskunft von 7,50. Dieser ist am Markt kaum durchsetzbar, Rheinlandpfalz erhebt zum Beispiel 4,00 für eine Onlineauskunft aus zentralen Datenbeständen. So werden angesichts horrender Preise mehr und mehr Anfrager auf die privat betriebenen Auskunftsregister zurückgreifen. Klingt logisch und ist leider so!

Eine gleichzeitig zum 01. 07. 2007 in Kraft getretene Änderung des Kostenverzeichnisses könnte aber den sehr hohen Preis trotzdem schützen. Neuerdings müssen die Kommunen 10,00 je schriftliche Auskunft erheben und 8,00 für jede Auskunft

aus dezentralen Onlineregistern. Die bisher einheitlich zu erhebenden 5,00 waren in der Vergangenheit für schriftliche Auskünfte nicht mehr kostendeckend. Für elektronische Auskünfte aus dezentral betriebenen Onlineregistern, inkl. ggf. fälliger Nachbearbeitung durch den Sachbearbeiter, war für über hundert Kommunen in Bayern jedoch die Kostendeckung durchaus gegeben (inkl. Betrieb des Registers und der technischen Infrastruktur). Diese hundert Kommunen, die zum Teil bereits vor über einem Jahr den „Meilenstein im elektronischen Verwaltungshandeln“ feiern konnten und ein entsprechendes elektronisches Informationssystem für Bürger, Wirtschaft und Behörden angeboten haben, werden nun „bestraft“. Falls sie die Gebühr von 8,00 erheben müssen, werden sie am Markt kaum eine Chance haben. Anfragen abzubekommen. Gebühren müssen laut kostenrechtlichen Grundsätzen kalkuliert werden - nachdem über die AKDB ja scheinbar schon eine Gebühr in Höhe von 4,20 als ausreichend kalkuliert wurde, stellt sich die Frage, aufgrund welcher Grundlagen die Gebühr von 8,00 kalkuliert wurde. Aufgrund der Erfahrungen der über hundert Kommunen in Bayern, die bislang ein eigenes Register betrieben haben, kann dies nicht erfolgt sein - oder liegt uns hier ein Beispiel der allseits bekannten „Milchmädchenrechnung“ vor?

Das BayBIS ist sicherlich ein richtiger und längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Mangels öffentlicher Ausschreibung bei der Vergabe des Betriebs des zentralen Einwohnerdatenbestands und durch die Festsetzung unverhältnismäßig hoher Gebühren bleibt aber die Wirtschaftlichkeit dabei leider auf der Strecke.

Und innovative Kommunen haben Pech. Aber durch die Beteiligung des Bayerischen Städtetages und des Bayerischen Gemeindetages an der Finanzierungsvereinbarung waren sie ja daran beteiligt und sind somit selbst Schuld - klingt komisch: IST ABER SO!

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Grund, AWG Bayern und Hubert Schröder, komuna AWG

(Die beiden Anwendergemeinschaften vertreten derzeit 279 Gemeinden, die in Bayern Anwendungen der Fa. komuna GmbH einsetzen). **□**

Lebensmittelüberwachung:

Städte bekommen Kosten ersetzt

Nach einem Gesetzentwurf der Staatsregierung werden künftig auch die größeren kreisfreien Städte für die Lebensmittelkontrolle und die Veterinärüberwachung zuständig sein. Damit werden die Zuständigkeiten in diesem Bereich gestrafft. Zugleich beschloss die Staatsregierung, entsprechend dem Konnexitätsprinzip den Städten die dafür anfallenden Kosten zu ersetzen. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, kommentierte: „Es ist erfreulich, dass der Freistaat hier grundsätzlich den vollen Kostenersatz entsprechend dem Konnexitätsprinzip akzeptiert“. Die Städte werden vom Freistaat im nächsten Jahr für diese Aufgabe 2,5 Millionen Euro erhalten. Nach zwei Jahren wird geprüft, ob damit die Kosten tatsächlich abgedeckt werden sind.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen Staat und Kommunen bestehen allerdings darüber, wie der Ersatz bei den Personalkosten zu berechnen ist. Dieser Differenzpunkt zieht sich durch alle Konnexitätsbereiche, zum Beispiel auch bei der Erstattung der Kosten für die Lehrer am achthöflichen Gymnasium.

Dass der Vollkostensersatz künftig auch für die kleineren kreisfreien Städte gilt, die bereits seit Jahren für die Lebensmittelkontrolle und die Veterinärüberwachung zuständig sind, sieht der Städtetag als besonderen Erfolg seiner Verhandlungen. **□**



Leser-Mail an die GZ

Klingt komisch - ist aber so!

Leserbrief der beiden komuna-Anwendergemeinschaften zum Artikel „Verwaltungsprozesse jetzt einfacher und schneller“ in GZ vom 19.07.2007, Seite 13

Zum 01. 07. 2007 ist das Behördeninformationssystem für alle kommunalen und staatlichen Behörden in Bayern erfolgreich gestartet. In dem oben genannten Artikel wird es „ein Meilenstein im elektronischen Verwaltungshandeln“ genannt. Endlich existiert das, was hunderte diverser Behörden in Bayern seit Jahren brauchen und fordern, eine Online-Adressauskunft. Recht viel mehr wird das Behördeninformationssystem (BayBis) nicht bieten. In der Verordnung zur Übermittlung von Meldedaten (MeldDV) wird zwar für viele öffentliche Stellen der Datenumfang haarklein geregelt, aber so manche Behörde wird sich noch wundern, wenn sie bestimmte Daten ihrer Kunden (Bürger) nicht abfragen kann.

Doch die Daten, die dort abgerufen werden können, sind leider alles andere als tagesaktuell. Während die Gemeinden verpflichtet waren, bis zum 30. 06. 2007 einen Gesamtbestand und danach täglich Ihre Änderungen zum BayBis zu liefern, hinkt die Aktualität des dortigen Datenbestands schon mal mehrere Wochen hinterher. So wurden offenbar Datenlieferungen mancher Gemeinden überhaupt nicht eingeleitet - die Gemeinden jedoch nicht oder erst Wochen später darüber informiert. Ganz zu schweigen davon, dass das System fehlerfrei arbeiten würde: So werden frühere Wohnungen schon mal als weitere Haupt-

wohnung oder gar als Wegzugswohnungen angezeigt. Einfache logische Prüfungen - scheinbar Fehlzanzeige. Klingt komisch - ist aber so!

Basis des BayBIS ist der im Servicerechenzentrum der AKDB vorgehaltene, zentrale Einwohnerdatenbestand. Dieser ist nicht neu, wurde er doch bereits bisher für Behördeninformationen, den Auskunftsbedarf der Polizei und die ZEMA (zentrale einfache Melde- registerauskunft) für private und gewerbliche Nutzer verwendet. Neu sind vielmehr die finanziellen Auswirkungen für die Kommunen durch ein gesamtes Paket von Neuerungen, die zeitgleich am 01. 07. 2007 in Kraft getreten sind.

Bisher erhielten die Kommunen 0,21 je Einwohner für die Bereitstellung der Meldedaten zum Zwecke der Polizeiauskunft bei der AKDB. Mit dem 01. 07. 2007 entfiel diese Position im Finanzhaushalt. Für die meisten Kommunen ist dies jedoch haushaltsneutral, haben sie doch in der Vergangenheit 0,20 je Einwohner direkt an die AKDB für den Betrieb der Polizeiauskunft abführen dürfen. Für die drei größten Städte Bayerns, die bisher mit einer Ausnahmeregulierung bedacht waren, fallen diese Einnahmen ab sofort weg.

Im Gegenzug finanziert der Freistaat Bayern den zentralen Einwohnerdatenbestand bei der AKDB und man kann dafür von einem Aufwand von rund 2,85 Mio. pro Jahr ausgehen. Insofern ist es nur legitim, dass

die AKDB für die Erteilung der Auskünfte an Behörden keine Entgelte mehr berechnet. Früher wurden Behörden für eine Anfrage aus dem durch staatliche Mittel (sh. obigen Absatz) finanzierten Datenbestand 0,55 je Anfrage berechnet. Klingt komisch - war aber so! Ob die Bereitstellung der Meldedaten nun wirtschaftlich erfolgt und somit der Kostensenkung und dem Abbau von Bürokratie dienen kann, darf bezweifelt werden. Dem Vernehmen nach stehen mehrere privatwirtschaftliche Anbieter bereit, die entsprechende Lösung zum halben Preis anzubieten. Klingt komisch - ist aber so!

Den bayerischen Kommunen, und dabei insbesondere den innovativen, wird aber kräftig in die Tasche gefasst. Die AKDB darf weiterhin und seit 01. 07. 2007 neu auch ohne Zustimmung der jeweiligen Gemeinde, im Rahmen der ZEMA aus dem zentralen Einwohnerdatenbestand einfache Melderegisterauskünfte an private und gewerbliche Anfrager anbieten. Dafür erhalten die Kommunen bisher die im Kostenverzeichnis festgelegte Auskunftgebühr von 5,00 und die AKDB erhob von den Anfragern im Rahmen privatrechtlicher Verträge ein Serviceentgelt von bis zu 2,50 je Auskunft. Dazu muss man wissen, dass dem hohen Bedarf der Privatwirtschaft an verlässlichen Personen- und Adressauskünften neben den offiziellen Melderegistern eine immer größer wer-

D&O Versicherung:

Vermögensschadenhaftpflicht für Organe

Die D&O Versicherung (Directors & Officers Liability Insurance) ist eine Vermögensschadenhaftpflicht-Versicherung für Leitungs- und Aufsichtsorgane. Sie sichert die Haftungsrisiken dieses Personenkreises als Organe eines Unternehmens ab. Seit der Überführung vieler kommunaler Einrichtungen in privatrechtliche Organisationsformen wie GmbHs, AGs und Vereine etc. ist es auch für kommunale Unternehmen ab einem gewissen wirtschaftlichen Umfang (Bilanzsumme ab ca. 1 Mio. Euro bzw. Jahreseinnahmen ab ca. 250.000 Euro) wichtig, sich Gedanken über eine D&O Versicherung zu machen.

Im Folgenden werden zuerst die Haftungsrisiken von Unternehmensorganen dargelegt und dann gezeigt, inwiefern die D&O Versicherung, eingebunden in das bestehende kommunale Versicherungsangebot der Versicherungskammer Bayern, schützen kann. Zunächst wird zwischen Außen und Innenhaftung unterschieden.

Haftung gegenüber Dritten (= Außenhaftung)

Hierbei geht es ausschließlich um Schadenersatzansprüche, die von außenstehenden Dritten wie Kunden, Lieferanten oder Mitarbeitern erhoben werden. Das Unternehmen haftet für einen Schaden, den sein Organ einem Dritten in Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit zufügt (§ 31 BGB). Allerdings wird das Organ damit nicht aus der persönlichen Haftung entlassen, sondern die Haftung des Unternehmens tritt hinzu. Dieses Risiko zeigt sich in aller Regel erst dann, wenn das Unternehmen finanziell angeschlagen ist und der Anspruchsberechtigte über das Unternehmen keine Befriedigung seiner Ansprüche mehr erwarten kann.

Schadenersatzansprüche

Persönliche Haftungsbestände sind in erster Linie Schadenersatzansprüche aus Delikthaftung (§§ 823 BGB) oder gesetzlichen Anspruchsgrundlagen, wie z. B. Verschulden bei Vertragsschluss oder Prospekthaftung. Darüber hinaus existieren noch spezielle Haftungsbestände u. a. im Steuer- und Sozialversicherungsrecht. Ein Beispiel für die Außenhaftung ist der Verstoß gegen kartellrechtliche oder wettbe-

werbsrechtliche Bestimmungen.

Haftung gegenüber dem Unternehmen (=Innenhaftung)

Hierunter fallen unmittelbare Schadenersatzansprüche des Unternehmens gegen Mitglieder der Leitungs- und Aufsichtsorgane. Diese machen sich schadenersatzpflichtig, wenn sie ihre Sorgfaltspflichten als ordentlicher Geschäftsmann verletzen (z.B. §§ 43, 52 GmbHG bzw. §§ 93, 111 AktG, § 3 Abs.1 der Verordnung der kommunalen Unternehmen).

Erleidet die Gesellschaft durch die Verletzung der Sorgfaltspflicht eine Vermögenseinbuße, haftet jedes Organ-Mitglied nicht nur persönlich mit seinem gesamten Privatvermögen, sondern die Organmitglieder haften - bei einem mehr-köpfigen Organ - auch gesamtschuldnerisch. Das bedeutet, dass sich das geschädigte Unternehmen ein Mitglied des haftenden Organs aussuchen und von diesem den gesamten Schaden verlangen kann. Die Organe haften grundsätzlich auch für jeden Grad der Fahrlässigkeit.

Umkehr der Beweislast

Die Innenhaftung greift, wenn z. B. der Aufsichtsrat seiner Pflicht zur vollständigen Überprüfung der Angaben im Geschäftsbereich nicht nachkommt oder die Geschäftsleitung Unterschriften in Unkenntnis von Schreiben, Gutachten oder Schecks leistet.

Bei der Innenhaftung kommt erschwerend die Umkehr der Beweislast hinzu, das heißt, hier muss das Organ beweisen, dass es nicht gegen seine Pflichten verstoßen hat.

Inhalt und Umfang der D&O Versicherung

Die D&O Versicherung kann nicht von einem Mitglied des Unternehmens abgeschlossen werden. Vielmehr ist das Unternehmen Versicherungsnehmer und die Organe sind versicherte Personen. Bei den kommunalen Kunden können auch leitende Angestellte in den Versicherungsschutz mit aufgenommen werden. Versichert sind berechnete Schadenersatzforderungen durch Pflichtverletzung der Organe in Ausübung der Organatätigkeit sowie notwendige Kosten zur Abwehr unberechtigter Ansprüche.

Rückwärtsversicherung

Es wird kein Versicherungsschutz gewährt, wenn die Pflichtverletzung vorsätzlich begangen, wesentlich gegen Gesetze oder Beschlüsse gehandelt wurde oder die Schadenersatzforderungen außerhalb der Vertragslaufzeit erfolgen. Als Zusatz bietet die Versicherungskammer Bayern eine sog. Rückwärtsversicherung für Ansprüche wegen Pflichtverletzung bis zu drei Jahre vor Beginn der D&O Versicherung an.

Münchener Hypothekbank:

Neugeschäft ausgebaut

Die Münchener Hypothekbank eG bleibt auf Wachstumskurs. Im ersten Halbjahr 2007 steigerte sie ihr Betriebsergebnis nach Risikovorsorge um rund 15 Prozent auf 15,5 Mio. Euro. Erträge und Kosten entwickelten sich positiv. Der Zinsüberschuss erhöhte sich um 14 Prozent auf 63,7 Mio. Euro und auch die Verwaltungsaufwendungen konnten mit 24,7 Mio. Euro nochmals gesenkt werden. Damit verbesserte sich die Cost-Income-Ratio um fast 2 Prozentpunkte auf 49,0 Prozent.

Die Bilanzsumme war mit 32,4 Mrd. Euro um 1,6 Prozent höher als zum Jahresende 2006. Die Gesamtkapitalquote beträgt 10,8 Prozent. „Mit diesem Ergebnis knüpfen wir nahtlos an die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre an“, erklärte Erich Rödel, Vorsitzender des Vorstandes der MünchenerHyp, anlässlich der Veröffentlichung der Halbjahreszahlen.

Eine Nachhaftungsver-sicherung schützt die Organe zudem vor Ansprüchen, die während der Vertragslaufzeit verursacht, aber erst bis zu zwei Jahre nach Ende der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden.

Abdeckung von Risiken

Die D&O Versicherung deckt als Vermögensschadenhaftpflichtversicherung Risiken ab, die aus der Organatätigkeit resultieren. Damit ergänzt sie den Versicherungsschutz des Unternehmens und seines/r Organs/e, das bereits über die Kommunale Haftpflichtversicherung und die kommunale Kassenversicherung verfügt. Die Kommunale Haftpflichtversicherung deckt bedingungsgemäß alle Ansprüche eines Dritten gegen das Unternehmen bzw. dessen Organ in unbegrenzter Höhe ab (Außenhaftung). Die kommunale Kassenversicherung bietet Versicherungsschutz für Vermögenseigenschäden (Innenhaftung) bis zu maximal 500.000 Euro, die dem Unternehmen durch Fahrlässigkeit von Vertrauenspersonen (Bedienstete, Organe und Inhaber von Ehrenämtern) sowie von außenstehenden Dritten zugefügt werden.

Eine fahrlässige Pflichtverletzung von Organen hat aber häufig wirtschaftlich höhere Auswirkungen. Hier kann nur eine D&O Versicherung mit entsprechender Versicherungssumme (von 500.000 bis maximal 10 Millionen Euro) weiterhelfen. □

Bayerische Wirtschaft gewinnt Creditspielraum

Die LfA Förderbank Bayern hat ihr Garantieangebot für die mittelständische Wirtschaft bei der Finanzierung von Aufträgen erweitert: Seit Juni können neben Exportgarantien auch Avalkredite für Inlandsaufträge sowie auftragsbezogene Betriebsmittelkredite durch Ausfallgarantien der LfA begleitet werden. Der besondere Vorteil liegt in der Einräumung flexibler Mischrahmen sowohl für Auslands- als auch für Inlandsaufträge.

Durch dieses erweiterte Angebot bietet die LfA - entsprechend vielfacher Nachfrage aus der Geschäftspraxis - ein durchgängig strukturiertes Produkt zur Auftragsfinanzierung mit flexibel nutzbaren Kreditlinien an. „Die Unternehmen gewinnen durch diese Risikopartnerschaft mehr Creditspielraum bei ihren Banken“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber. „Das erweiterte Angebot der LfA unterstützt damit die bayerische Wirtschaft zukünftig noch besser bei der Auftragsfinanzierung“, so Huber, der zugleich Verwaltungsratsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern ist.

Mit einer Ausfallgarantie übernimmt die LfA das Risiko für auftragsbezogene Kreditrahmen, die den Unternehmen von ihren Hausbanken eingeräumt werden. Damit erhalten die Betriebe die bei der Abwicklung größerer Aufträge üblichen Bietungs-, Anzahlungs-, Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsgarantien. Angeboten werden die Ausfallgarantien in Höhe von 50 Prozent der Finanzierungssumme und bis zu maximal fünf Millionen Euro. Für kleine und mittlere Unternehmen können bis zu einem LfA-Risiko von 1,5 Millionen Euro sogar bis zu 60 Prozent der Finanzierungssumme abgesichert werden.

Das in den Konditionen an den Marktbedingungen orientierte Programm richtet sich an mittelständische Betriebe mit ausreichender Bonität - der Nutzen für den Kunden liegt in der Erweiterung der Liquidität aufgrund der teilweisen Risikoübernahme durch die LfA. „Profitieren werden in erster Linie Mittelständler und Angehörige der Freien Berufe in Bayern, die Projektaufträge durchführen und teilweise vorfinanzieren müssen. Typischerweise sind dies Unternehmen des Maschinen-, Anlagen- und Apparatebaus, des Bau(neben)gewerbes sowie beratende Ingenieurbüros“, betonte LfA-Vorstandsvorsitzender Michael Schneider.

Fragen zu öffentlichen Finanzierungshilfen beantworten die Experten des Kundencenters der LfA Förderbank Bayern unter der Telefonnummer 01801/21 24 24 (Ortstarif). □

vate Wohnfinanzierung und gewerbliche Immobilienfinanzierung gleichermaßen zulegen.

In der privaten Wohnfinanzierung sorgte vor allem die weiter intensivierte Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken für zusätzliches Wachstum. Das Neugeschäftsvolumen ohne Verlängerungsgeschäft erhöhte sich um 115 Mio. Euro auf 764,1 Mio. Euro.

„Auf Basis unserer Strategie, den Vertrieb konsequent auszubauen und ein zukunftsorientiertes Produktkonzept umzusetzen, hat sich unser Verbundgeschäft seit Jahren positiv entwickelt. Insbesondere durch die gemeinsamen Vertriebskampagnen mit unseren Partnerbanken aus dem genossenschaftlichen

FinanzVerbund konnten wir wiederum neue Kunden gewinnen“, so Erich Rödel.

Fusionsgespräche

Im Geschäftsfeld gewerbliche Immobilienfinanzierungen stieg das Volumen der Zusagen um 87 Mio. Euro auf 566,6 Mio. Euro. Getragen wurde das Wachstum vor allem durch das internationale Geschäft. Davon entfiel wiederum der größte Teil der Zusagen auf die USA. Auf der Basis des Halbjahresergebnisses geht Erich Rödel davon aus, dass die MünchenerHyp wieder eine Ergebnissteigerung gegenüber dem Vorjahr erreichen wird. Die Fusionsgespräche mit der DG HYP verlaufen planmäßig. □

Damit machbar wird, was denkbar ist.



www.lfa.de

Eine gute Idee, aber zu wenig Kapital – das ist häufig eine Hürde für kleine und mittelständische Unternehmen. Deshalb fördern wir von der LfA Förderbank Bayern Ideen, die Zukunft haben. Als Spezialkreditinstitut des Freistaates Bayern haben wir in den letzten fünf Jahren bayerischen Unternehmen fast 50.000 Darlehen und Risikouibernahmen zugesagt. Sprechen Sie mit uns, wenn Ihre Gedanken Gestalt annehmen. Rufen Sie uns an unter der Nummer 01801/212424 (zum Ortstarif). Wir beraten Sie gerne.

BKPV-Geschäftsbericht 2006:

Rege Prüfungs- und Beratungstätigkeit

Vor kurzem ist der jährliche Geschäftsbericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands erschienen. Er enthält aktuelle Fragen aus seiner Prüfungs- und Beratungstätigkeit, so eine Darstellung zum neuen kommunalen Finanzwesen in Bayern, Einzelfragen und Umsetzungshinweise zur doppelten kommunalen Buchführung, einen Artikel über die Auswirkungen der Doppik auf die Rechnungslegung von Betrieben gewerblicher Art, eine Übersicht über die elektronische Archivierung von Buchungsbelegen in Kommunalkassen sowie die Vereinbarung von Honoraren für Planungsleistungen bei der Medizin- und Labortechnik, einen Bericht über die elektronische Bauabrechnung unter Verwendung digitaler Geländemodelle, die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum mit Kleinkläranlagen sowie die Aufstellung des Lageberichts für kommunale Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Interessenten können den Geschäftsbericht 2006 unter der Internetseite www.bkpv.de bestellen.

Wie der Geschäftsbericht ausweist, gehörten dem BKPV mit ihrem Verbandsvorsitzenden, dem Eichstätter Landrat Dr. Xaver Bittl, bis zum 31. Dezember 2006 1277 Mitglieder, davon 4 Kommunale Spitzenverbände, 545 Gemeinden, 35 Verwaltungsgemeinschaften, 71 Landkreise, 7 Bezirke, 588 Schul- und Zweckverbände sowie 27 sonstige Körperschaften an. Während 2005 lediglich 580 Prüfungen und Beratungen abgeschlossen wurden, waren es 2006 bereits 654.

NKF Bayern

Mit Blick auf das Neue Kommunale Finanzwesen Bayern verweist der Prüfungsverband eingangs darauf, dass die bayerischen Kommunen nicht zur Einführung der doppelten kommunalen Buchführung verpflichtet sind. Der Freistaat Bayern habe vielmehr ein zunächst unbefristetes Wahlrecht zwischen dem bisherigen kamerale und einem doppelten System zugelassen. Einschränkung sei jedoch zu berücksichtigen, „dass unterhalb der Ebene des formellen Gesetzes für die Einführung der doppelten kommunalen Buchführung“ derzeit noch keine Rechtsgrundlagen bestehen und somit auch nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des kommunalen Haushaltsrechts vom Dezember 2006 keine abschließende Rechtssicherheit gegeben ist.

Mit dem Erlass der KommHV-Doppik, der Verwaltungsvorschriften hierzu, eines verbindlichen Konten- und Produktrahmens sowie verbindlicher Muster sei erst im Laufe des Jahres 2007 zu rechnen. Dies könne bei umstellungswilligen Kommunen zu einem Mehraufwand führen, „da das Risiko besteht, dass (Vor-)Arbeiten durchgeführt werden, deren Ergebnisse nicht mit späteren

sen Verfahren verfügen. Der Objektüberwacher und der örtliche Bauleiter dürften digitale Abrechnungen nicht ohne Prüfung zur Zahlung freigeben. Abrechnungen, die nicht den Vertragsbedingungen entsprechen, seien zurückzuweisen. Der Auftraggeber habe sicherzustellen, dass die übergebene Rechnung vom Architekten/Ingenieur geprüft wurde. Gegebenenfalls müsse er nachfragen und sich die Daten in digitaler Form übergeben lassen.

Kompetente Beratung

„Viele Kommunen werden nicht das nötige Know-how haben, die digitale Abrechnung ... auf Plausibilität zu prüfen“, so der Prüfungsverband. Deshalb bietet er seinen Mitgliedern an, diese Leistung zu übernehmen. Hierfür stünden zwei Spezialisten zur Verfügung. Wichtig sei, dass eine derartige Beratung möglichst frühzeitig angefordert wird, „damit die Weichen für eine sach- und fachgerechte DV-Prüfung schon weit vor der eigentlichen Abrechnung richtig gestellt werden können“.

Hoher Standard

Was die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum anbelangt, so verweist der BKPV darauf, dass sich Kleinkläranlagen heute auf einem hohen technischen Stand befinden. Im ländlichen Raum stellen sie eine Alternative zur öffentlichen Abwasserentsorgung in zentralen Kläranlagen dar, die den Bau langer und teuer herzustellender Kanalarbeiten und von Pumpwerken erfordern.

Kleinkläranlagen fänden dort Anwendung, wo früher - bei geringerem Standard der Kleinkläranlagen - aus wasserwirtschaftlichen Gründen aufwendige Ableitungen der Abwässer ge-

Regelungen übereinstimmen“.

Das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen sei im Vergleich zur Kameralistik deutlich umfangreicher und aufgrund der kommunalspezifischen Ausgestaltung auch nur eingeschränkt mit einem klassischen doppelten Rechnungswesen vergleichbar, so der Prüfungsbericht. Die Auswirkungen dieses komplexeren Rechnungswesens auf die Aufbau- und Ablauforganisation sowie den Personalbedarf seien derzeit zwar noch nicht abschließend geklärt, sollten jedoch im Entscheidungsprozess von den Kommunen berücksichtigt werden.

Kameralistik und Doppik

Allein aufgrund der höheren formalen Anforderungen sei allerdings bereits jetzt absehbar, „dass es sich nicht nur um einen einmaligen, auf die Umstellungsphase beschränkten, sondern um einen dauerhaften (Mehr-)Aufwand handelt“. Erste Erfahrungen des BKPV hätten gezeigt, „dass ohne fachlich qualifiziertes eigenes Personal weder die Umstellung bewältigt noch der laufende Betrieb sichergestellt werden kann“. Ein verbindliches Schulungs- und Fortbildungskonzept sei „unbedingte Voraussetzung eines Umstellungsprozesses“.

Digitale Geländemodelle

Stichwort Abrechnung von Erdarbeiten mittels digitaler Geländemodelle: Nach Ansicht des BKPV ist dieser Vorgang „nicht weniger fehler- und manipulationsanfällig als frühere Abrechnungsverfahren“. Um prüfen zu können, sei vertraglich dafür zu sorgen, dass geeignete Datenformate und Verfahrensbeschreibungen eingesetzt werden. Der Bauherr oder sein Architekt oder Ingenieur müsse über das notwendige Know-how zu die-

fordert werden mussten. Sie erfüllten bei ordnungsgemäßem Bau und Betrieb die wasserrechtlichen Mindestanforderungen und könnten bei besonderer Bemessung und Betriebsweise auch strengere Ablaufwerte einhalten. Kleinkläranlagen könnten daher auch in wasserwirtschaftlich sensiblen Bereichen (z. B. bei Gewässern mit geringem Abfluss, bei stehenden Gewässern, bei Versickerungen oder in Karstgebieten) eingesetzt werden. Voraussetzungen seien eine biologische Stufe entsprechend den wasserrechtlichen Erfordernissen, die regelmäßige Eigenkontrolle durch den Betreiber, die fachgerechte Durchführung der vorgeschriebenen Wartungsarbeiten und die neutrale Überprüfung der Kleinkläranlagen durch einen privaten Sachverständigen in der Wasserwirtschaft alle zwei Jahre.

Kostenvergleich

Der Kostenunterschied zwischen zentralen und dezentralen Lösungen sollte anhand einer Kostenvergleichsberechnung der Ländereinigkeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) mit realistischen Kostenansätzen ermittelt werden. Naturgemäß, so der Prüfungsverband, werden die späteren tatsächlichen Kosten mit den Kostenansätzen der Kostenvergleichsberechnung nicht identisch sein. Jede Auswahlentscheidung auf der Grundlage einer Kostenvergleichsberechnung beinhalte Unsicherheiten, die umso größer sind, je unsicherer die Eingangsdaten sind.

Entsorgungssicherheit

Die Gemeinden entscheiden laut BKPV im Rahmen der kommunalen Planungshoheit eigenverantwortlich über die Art der Abwasserbeseitigung. Bei der Bewertung der verschiedenen Varianten haben sie neben einer technisch einwandfreien und wirtschaftlichen Ausführung insbesondere auch eine langfristige Entsorgungssicherheit und den Schutz der Gewässer und des Grundwassers zu beachten. **DK**

Sparkassen-Finanzportal:

Mehr Online-Sicherheit

Das Sparkassen-Finanzportal hat seine Sicherheitsstandards weiter ausgebaut. Die Neuerungen erschweren es Betrügern entscheidend, sich der Inhalte von sparkasse.de zu bedienen, um Sparkassenkunden zu täuschen. Die Internetsicherheit von sparkasse.de wird regelmäßig durch den TÜV Rheinland geprüft und zertifiziert.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfiehlt Sparkassenkunden, die geheimen Kontodaten wie PIN und TAN nur auf den von Spar-

kassen für das Online-Banking vorgesehenen Seiten einzugeben (Online-Banking und das Bezahlfahrer giropay). Die Echtheit der Internetseite kann der Kunde am Zertifikat der Seite erkennen.

Regelmäßiges Aktualisieren

Informationen zum Zertifikat erhält man durch einen Klick auf die rechte Maustaste unter dem Auswahlpunkt „Eigenschaften“. Sparkassen werden Kunden weder per E-Mail noch persönlich am Telefon auffordern, PIN und TAN preiszugeben. Darüber hinaus sollten Kunden ihren PC mit aktuellen Virenschutz-, Anti-Trojaner- und Firewall-Programmen schützen. Das Betriebssystem sowie die Browsersoftware sollten regelmäßig aktualisiert werden.

Weitere nützliche Informationen über Sicherheitsvorkehrungen im Internet findet der Internetnutzer unter <http://www.sparkasse.de/sicherheit>. Mit diesen ausführlichen Kundeninformationen wurde sparkasse.de in diesem Jahr beim Deutschen Preis für Wirtschaftskommunikation mit dem dritten Platz ausgezeichnet. **□**

VR-Banken / Traunstein-Berchtesgadener Land:

Auto für das Netzwerk Hospiz

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Kreisverband Traunstein-Berchtesgadener Land machen mobil. Sie spenden ein Auto an das „Netzwerk Hospiz - Verein für Hospizarbeit und Palliativbetreuung Traunstein e.V.“ Das Fahrzeug ist eines von über 215 VR-Mobilen, die die bayerischen Kreditgenossenschaften dieses Jahr an soziale, karitative und gemeinnützige Einrichtungen im Freistaat überreichen. Ziel ist es, Bürgerengagement zu fördern und Hilfe für jene zu ermöglichen, die auf die Unterstützung anderer angewiesen sind.

Am 17. September wird Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), den Pkw in Trostberg an Alois Glück, Landtagspräsident und Vorsitzender von „Netzwerk Hospiz - Verein für Hospizarbeit und Palliativbetreuung Traunstein e.V.“ übergeben. **□**



Zwei Laptops für die Augsburgener Tafel: Max Strehle (l.) und der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Augsburg, Richard Fank, übergaben die beiden Computer an Karin Ettlinger (2. v. l.) und Rosi Kamm von der Augsburgener Tafel. **□**

Kreissparkasse spendet Laptops für Augsburgener Tafel

Die Augsburgener Tafel ist mit über 140 ehrenamtlichen Mitarbeitern inzwischen ein großes „Unternehmen“. Zwischen den verschiedenen Tafeln in der Region findet ein reger Austausch an Lebensmitteln statt. Über 2.500 Menschen werden allein in Augsburg von der „Tafel“ versorgt.

„Das muss alles organisiert werden“, weiß die erste Vorsitzende des Vereins, Karin Ettlinger. Deshalb wandte sie sich mit dem Wunsch nach zwei Laptops an den Schirmherrn der Augsburgener Tafel, den Landtagsabgeordneten und Landratsvize Max Strehle. Er unterstützt die Augsburgener Tafel schon seit 1999. Strehle trug das Anliegen weiter zur Kreissparkasse Augsburg. Deren Vorstandsvorsitzender Richard Fank sagte seine Unterstützung spontan zu. Fank und Strehle übergaben die beiden Computer jetzt an Ettlinger und Rosi Kamm, stellvertretende Vorsitzende der Augsburgener Tafel. Mit einer neuen Software wollen sie den Bedürftigen jetzt noch schneller und professioneller helfen.

Das von Burkhard Zech und Dieter Sergl entwickelte Programm soll auch bei den anderen Tafeln in der Region zum Einsatz kommen. „Die Investition ist in

guten Händen. Das Geld ist bei der Augsburgener Tafel gut angelegt“, ist sich Fank sicher.

Täglich bleiben im Supermarkt, beim Bäcker oder auf dem Großmarkt Lebensmittel übrig. Sie sind falsch etikettiert, leicht beschädigt oder knapp vorm Verfallsdatum. Diese Lebensmittel werden von vielen Händlern der Augsburgener Tafel spendiert, die sie dann an in einem eigenen Laden und in sozialen Einrichtungen an Bedürftige verteilt. Die Augsburgener Tafel hat über 40 feste Lieferanten und viele unregelmäßige Spender. Die Empfänger müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen. Erst dann werden sie in die Kartei der Tafel aufgenommen und erhalten entsprechende Waren. „Unsere Lebensmittelpakete sind nur ein Zubrot und keine Vollversorgung“, weiß Kamm.

In Deutschland versorgen 700 Tafeln 700.000 Menschen mit 120.000 Tonnen Lebensmitteln im Jahr. **□**

Neuer Haufe TVöD LeistungsRechner

Viele Kommunen haben bereits ihre Dienstvereinbarungen zum § 18 TVöD abgeschlossen und stehen nun vor der nächsten Herausforderung: die Umsetzung in die Praxis. Der neue Haufe TVöD LeistungsRechner ist die einzige Software, mit der die Ermittlung des Leistungsentgelts vollständig abgewickelt werden kann. Das Programm kann in allen kommunalen Einrichtungen eingesetzt werden, die nach TVöD vergütet und ist für alle Dienstvereinbarungen geeignet. Jetzt kann mehr darüber erfahren werden, wie § 18 TVöD rechtssicher und mit minimalem Verwaltungsaufwand umzusetzen ist - von der Zielvereinbarung bis zur Dokumentation.

- **Haufe TVöD LeistungsRechner bis 50 Beschäftigte**
http://www.haufe.de/slshop?ma=A04229_50&chocid=01095461
 - **Haufe TVöD LeistungsRechner bis 200 Beschäftigte**
http://www.haufe.de/slshop?ma=A04229_200&chocid=01095461
 - **Haufe TVöD LeistungsRechner bis 500 Beschäftigte**
http://www.haufe.de/slshop?ma=A04229_500&chocid=01095461
- Ab 500 Beschäftigten erstellt der Haufe Großkunden-Service ein individuelles Angebot: 0180/50 50 166 (14 Cent pro Min.) Internet: <http://www.haufe.de> **□**

KOMMUNAL-ENTWICKLUNG **STANDORT-ENTWICKLUNG** **WOHNUNGSBAU**

Bayerische Landessiedlung®

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. +49 (0) 89 / 23 87-0
Fax +49 (0) 89 / 23 87-99
info@bls-bayern.de

**10. bis 11. Oktober
Kommunale 2007**

Besuchen Sie uns auf unserem Messestand
Nr. 402, Halle 12.0
in Nürnberg

Kompetente Dienstleistungen für Kommunen

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Kreissparkasse München Starnberg:

„Wir möchten mehr sein als nur eine Bank“

Der Halbjahresbericht wird garniert mit einer erfolgreichen Geschäftsphilosophie

Die Kreissparkasse München Starnberg ist, da erst 1931 gegründet, zwar die jüngste deutsche Sparkasse, aber inzwischen auch die drittgrößte in Bayern. Dieser Erfolg hängt natürlich mit der soliden Geschäftsführung des Hauses zusammen, aber vor allem auch mit dem außergewöhnlichen Geschäftsgebiet dieser Sparkasse, das nach einer Prognos-Studie hinsichtlich der wirtschaftlichen Dynamik und der demographischen Entwicklung „ganz oben“ steht. Denn die Landkreise München und Starnberg zählen zu den Regionen mit der größten wirtschaftlichen Stärke. „In diesem Umfeld nehmen wir unsere besondere Verantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft wahr“, sagte Vorstandsvorsitzender Karl-Ludwig Kamprath mit leisem Stolz bei der Vorlage des Halbjahresberichtes, der wieder „ordentliche und zufriedenstellende Zahlen ausweist“.

Die Einwohner des Landkreises Starnberg gehören der Studie zufolge zu den im Durchschnitt wohlhabendsten Bürgern Deutschlands. Und der Medienstandort Unterföhring ist die finanziell am besten ausgestattete Gemeinde im Bundesgebiet. In der Geschäftsregion dieser Sparkasse gibt es ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum. In diesem Umfeld verfolgt die Kreissparkasse München Starnberg „eine nachhaltige und langfristig ausgerichtete Geschäftspolitik“, denn, so das Credo des Vorstandes: „Die Sparkasse bringt nicht nur Gewinn für ihre Kunden, die heimische Wirtschaft und die Kommunen, sondern für die gesamte Gesellschaft.“ Dass sie das mit Erfolg tut, zeigt das Rating A (high) der Agentur Dominion Bond Rating Service (DBRS). Damit fiel das Rating für die Kreissparkasse genauso gut aus wie ein Gruppenrating der Agentur Moody's für die Sparkassen-Finanzgruppe vor eineinhalb Jahren.

Gewinn für die Region

Nach Kampraths Worten liegt der Gewinn für die Region und die Kommunen nicht nur darin, dass die Kreissparkasse vor allem Kleinunternehmen und den Mittelstand fördert, sondern als verlässlicher Steuerzahler zum Beispiel in den zurückliegenden sieben Jahren neben der Körperschaftsteuer allein an Gewerbesteuer mehr als 40 Millionen Euro

ro direkt an die Kommunen des Geschäftsgebietes gezahlt hat. Darüber hinaus ist die Kreissparkasse eine der größten Arbeitgeber in ihrem Geschäftsgebiet. Zurzeit werden 1512 (zum Jahresende 2006 1546) Mitarbeiter beschäftigt, darunter momentan 62 (107) Auszubildende, doch kommen zum 1. September 50 Auszubildende hinzu. Damit steigt die Zahl der Berufsanfänger statt bisher 43 nun auf 50. Die Ausbildung dient zu fast 90 Prozent dem eigenen Bedarf. Im laufenden Jahr erreichen die Azubis der Kreissparkasse das beste Prüfungsergebnis, das das Institut je aufzuweisen hatte.

Vorteil für den Bürger

Zwar schüttet die Kreissparkasse anders als zum Beispiel neuerdings die Stadtsparkasse München keinen Gewinn an ihre Gewährträger, die Landkreise München und Starnberg sowie die Gemeinde Gauting, aus, doch fließt der Überschuss nicht nur in die Rücklagen, sondern kommt über Spenden und Sponsoring den Bürgern wieder zugute. So unterhält die Kreissparkasse drei Stiftungen und unterstützt kulturelle Projekte in den Landkreisen Starnberg und München. Allein 2006 wurden für Kunst, Kultur, Sport und soziale Projekte 1,14 Millionen Euro aufgewendet. Als Beispiel nannte Kamprath die Klöster Andechs und Schäftlarn sowie die evangelische Akademie Tutzing. Viel Geld sei auch in die Sportförderung, insbesondere in

die Jugendarbeit, und in soziale Projekte gewandert.

Ein besonderes Augenmerk der Kreissparkasse gilt der Umweltpolitik. Sie nimmt teil am „Arbeitskreis Münchner Finanzinstitute und lokale Agenda 21“, dem es um nachhaltiges und damit zukunftsfähiges Wirtschaften im Sinne der Agenda 21 geht. Im eigenen Haus wurden der CO₂-Ausstoß, der Wasser- und Energieverbrauch und die Abfallmenge nachhaltig reduziert, was zu Kosteneinsparungen von insgesamt 186.000 Euro führte. Dafür erhielt die Kreissparkasse als eines von neun Unternehmen vom Landkreis Starnberg die Auszeichnung „Ökoprofit“.

Geothermie-Finanzierung

Derzeit begleitet die Kreissparkasse drei Gemeinden bei der Finanzierung kommunaler geothermischer Projekte, die vor allem der autarken Wärme- und Stromversorgung dienen. Im Mai gab es dazu einen „Workshop für Kommunen-Geothermieprojekte und deren Finanzierung“, an der mehr als 30 kommunale Vertreter teilnahmen. Dies war bayernweit die erste Veranstaltung dieser Art, die zusammen mit der Bayerischen Landesbank durchgeführt wurde.

All dies ist möglich, weil die Kreissparkasse München Starnberg, die in ihrem geschäftlichen Gebahren und ihrer Gewinnverwendung „mehr als eine Bank“ sein möchte und offensichtlich auch ist, im ersten Halbjahr 2007 wieder zufriedenstellend abgeschnitten hat. Die Bilanzsumme nahm um 3 Prozent auf knapp 6,3 Milliarden Euro zu, vornehmlich durch Steigerungen im Einlagen-geschäft, das um 3 Prozent auf knapp 5,1 Milliarden Euro zulegte. Gefragt waren vor allem Termineinlagen, Sparkassenbriefe und Inhaberschuldverschreibungen. Die Ausleihungen nahmen nur leicht um 0,9 Prozent auf knapp 4,2 Milliarden Euro zu.

Neuigkeit für Kreditkunden

Auf Nachfrage der Gemeindezeitung teilte Kamprath eine für alle Kreditkunden wichtige Neuigkeit mit. In einem internen Schreiben hat das bayerische Innenministerium als oberste Aufsichtsbehörde die bayerischen Sparkassen angewiesen, keine Kredite weiterzuverkaufen, etwa an Finanzinvestoren, die ihre Ansprüche dann nicht selten recht rüde und oft vorzeitig durch Verwertung der Sicherheiten verfolgen. Nicht nur Privat- und Großbanken, sondern leider auch einzeln Sparkassen und Genossenschaftsbanken hatten in der Vergangenheit diesen Weg eingeschlagen. Während die Vermittlung von Lebens- und Rentenversicherungen sowie von Bausparverträgen einen leichten Aufwärtstrend zeigte, blieben die Kredite für den Wohnungsbau etwas zurück. In Lohhof wird in diesem Jahr ein weiteres Immobiliencenter eröffnet.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung, also vor Aussortierung fauler Kredite, fiel auf 0,89 (0,98) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) zurück. Dies lag vor allem daran, dass die Zinsspanne auf 2,11 (2,30) Prozent nachgab. Dennoch geht die Kreissparkasse davon aus, dass sie übers Jahr ihr Ergebnis von 2006 wieder erreichen wird. 2006 wurden als Jahresüberschuss 17,44 Millionen Euro ausgewiesen. 2005 waren es 16,03 Millionen Euro. **dhg.**

Solides Basiswissen durch Seminare für Kämmerer

Die Sparkassen-Finanzgruppe entwickelt ihr Leistungsspektrum für den Konzern Kommune kontinuierlich weiter. Mit Unterstützung durch den Deutschen Städtetag und den Deutschen Landkreistag bietet der DSGV ab September 2007 regelmäßig über die Deutsche Sparkassenakademie umfangreiche Fortbildungsseminare unter dem Titel „Kommunales Zins- und Schuldenmanagement für die Beschäftigten der Öffentlichen Hand“ an.

Ziel dieses neuartigen Seminars ist es, den geänderten Ansprüchen kommunaler Kunden gerecht zu werden und über die umfangreichen Möglichkeiten eines modernen kommunalen Zins- und Schuldenmanagements zu informieren.

„Die Ansprüche der Kommunen an finanzielle Dienstleistungen gehen heute deutlich über die Bereitstellung klassischer Kommunalkredite hinaus“, so Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Aktuelle Fälle, z. B. in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, bei denen Kommunen hohe Verluste aus Finanzgeschäften mit Privatbanken drohen, belegen, dass vor allem der Einsatz von hochkomplexen Derivaten ohne Risikobegrenzung zu einer deutlichen Risikohöherung für die Kommunen führen könnten.

Haasis: „Sparkassen und Landesbanken unterstützen die Kommunen dabei, Derivate sachge-

recht einzusetzen sowie positive und negative Entwicklungen zu erkennen und zu steuern.“

Speziell ausgebildete Kommunalkundenbetreuer stünden als Ansprechpartner in den Sparkassen für die Kommunen zur Verfügung. „Darüber hinaus begleiten unsere Institute die kommunalen Kunden bei dem Aufbau eines sicheren und soliden Zins- und Schuldenmanagements, analysieren die Schulden-situation, bewerten umfassend die vorhandenen Risiken der modernen Finanzinstrumente (Derivate) und richten ihre darauf aufbauenden Empfehlungen strikt an den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Länder aus. Die jetzt an der Sparkassen-Akademie angebotenen Seminare sind eine sinnvolle Ergänzung unseres Angebotes“, so Haasis.

Mit einem Marktanteil von rund 55 Prozent im Kommunalkreditgeschäft sind Sparkassen und Landesbanken der wichtigste Finanzpartner der Städte und Gemeinden. **□**



Von links: Dr. Markus Witt (Vorstandsmitglied Sparkasse Regensburg), Rudolf Faltermeier (Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern), Theo Harnischmacher (stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB), Alois Hagl (Landesobmann der bayerischen Sparkassen), Hans Schaidinger (Oberbürgermeister der Stadt Regensburg), Dr. Michael Kemmer (Vorstandsmitglied der BayernLB), Urs Meier, Katrin Müller-Hohenstein, Franz-Xaver Lindl, Dr. Wolfgang Kunert (Regierungspräsident der Oberpfalz) und Dr. Rudolf Gingele (stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Regensburg). **□**

Vorstände der bayerischen Sparkassen zu Gast in Regensburg

Auf Einladung der BayernLB kamen die Vorstände der 75 bayerischen Sparkassen zur Sparkassenvorstände-Tagung in Regensburg zusammen. Dabei standen u. a. Fragen im Vordergrund, wie die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern ihre Zusammenarbeit weiter intensivieren kann, um ihre Marktführerschaft im Freistaat auszubauen.

Auf großes Interesse stieß das Impulsreferat des ehemaligen Weltklassemagistranten Urs Meier zum Thema „Zwischen den Fronten - Entscheidungen treffen, mit Druck umgehen“, der ebenso wie die Moderatorin des Abends, Katrin Müller-Hohenstein, für Sport-sendungen des ZDF tätig ist. „Mit dieser jährlichen Veranstaltung tragen wir der besonderen Bedeutung der bayerischen Sparkassen

für unser Haus Rechnung“, so Theo Harnischmacher, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

In seinem Grußwort betonte Franz-Xaver Lindl, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Regensburg: „Über den Besuch unserer Vorstandskollegen und -kolleginnen aus ganz Bayern freuen wir uns in besonderer Weise, weil Ihre Anwesenheit den Zusam-

menhalt der Sparkassen-Finanzgruppe in Bayern auf eindrucksvolle Weise dokumentiert“.

Die Vorteile des arbeitsteiligen Sparkassenverbandes der BayernLB als weltweit tätigem Finanzinstitut und den lokal in ihrem jeweiligen Geschäftsgebiet operierenden Sparkassen für die Kunden im Freistaat hob der Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern Rudolf Faltermeier hervor. Aktuelle Informationen zur Weltwirtschaft sowie die Prämierung der erfolgreichsten Sparkassen in der Zusammenarbeit mit der BayernLB rundeten das Programm ab. **□**

Rente gut – alles gut!



Wer Geld fürs Alter auf die Seite legen will, sollte jede Unterstützung nutzen: zum Beispiel 366 Euro Riester-Förderung für eine 3-köpfige Familie – Jahr für Jahr! Wir helfen Ihnen, sich die maximale staatliche Förderung und alle Steuervorteile zu sichern. Mehr über unsere Prämienrente erfahren Sie in über 4 000 Agenturen und Sparkassen in Ihrer Nähe. Oder unter www.versicherungskammer-bayern.de

VER SICHER UNGS
KAMMER
BAYERN

Wir versichern Bayern.

Finanzgruppe

Neuer LfU-Jahresbericht:

Zentrale Abfallüberwachung bewährt sich

Bei der Vorstellung des neuen LfU-Jahresberichts in Augsburg hat der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, Albert Göttle, darauf hingewiesen, „dass sich die zentrale Stelle für die Abfallüberwachung bewährt“. Womit früher 96 Kreisverwaltungsbehörden und sieben Regierungen beschäftigt waren, daran arbeiteten nunmehr rund zwei Dutzend Umweltfachleute des LfU zentral in Kulmbach und Hof. Der neue 126-seitige Jahresbericht ist pünktlich zum zweiten Geburtstag des Landesamtes für Umwelt erschienen. Er kann kostenlos beim LfU bestellt werden und steht auch zum download unter www.lfu.bayern.de bereit.

„Wegen der zunehmend schwieriger zu beurteilenden Entsorgungswege für gefährliche Abfälle ist die Zentralstelle wichtig“, erklärte Göttle. Dort werde Sachverstand gebündelt; zudem könnten Probleme rascher erkannt werden. Außerdem würden einheitliche Qualitätsstandards bei der Sonderabfallentsorgung in ganz Bayern gesichert. Die Stelle war am neuen LfU in Oberfranken geschaffen worden, nachdem es zu Missständen wie der illegalen Entsorgung gefährlicher Abfälle in einer Biogasanlage in Neuedtelsau gekommen war.

Mittelstands-Union München:

Warnung vor Umweltzonen-Chaos

Deutsche Städte können in Zukunft sogenannte Umweltzonen im Innenstadtbereich einrichten. In die Umweltzonen dürfen nur Fahrzeuge mit der entsprechenden Plakette. Von der produzierten Abgasmenge eines Autos hängt ab, in welche Gruppe es eingeteilt wird. „Wir haben unsere Zweifel, ob der damit einhergehende Bürokratieaufwand und die entstehenden Kosten für Fahrzeughalter in einer vertretbaren Relation zum erhofften Nutzen stehen“, erklärt Stadtrat Thomas Schmatz, Bezirksvorsitzender der Mittelstands-Union München (MU).

Die deutsche Plakettenverordnung ist aufgrund einer EU-Richtlinie erarbeitet worden. Danach darf der Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft nur an 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Mit der Regelung wird das Ziel verfolgt, die Zahl der mikroskopisch kleinen Feinstaub-Partikel in der Luft zu vermindern. „Niemand hat etwas gegen sinnvolle Maßnahmen im Interesse des Umweltschutzes. Das allerdings vielen Mittelständlern eine Lahmlegung ihres Fuhrparks droht und die Regelung auch viele Familien mit älteren Fahrzeugen trifft, ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel“, protestiert Thomas Schmatz. Die Mittelstands-Union München hatte die Initiative des MIT-Mitgliedes und Bundestagsabgeordneten Jens Koeppen MdB unterstützt, der als Berichterstatter für den Bereich Feinstaub für

Gefährliche Abfälle

Wie der Jahresbericht ausweist, fielen im Berichtsjahr 2005 an besonders überwachungsbedürftigen Abfällen (Bezeichnung seit 1. Februar 2007: gefährliche Abfälle), zu denen neben den Sonderabfällen aus Industrie und Gewerbe auch z. B. kontaminierte Abfälle aus dem Baubereich, Problematikabfälle aus Haushalten, infektiöse Klinikabfälle und Abfälle aus Abfall- und Abwasserbehandlungsanlagen zählen, knapp über 3 Mio. Tonnen an. 68,5 % der Gesamtmenge verblieben zur Ent-

sorgung in Bayern, 31,1 % wurden im übrigen Bundesgebiet und 0,4 % im Ausland beseitigt. Entsorgt wurden im Freistaat einschließlich der nach Bayern verbrachten Mengen 2,6 Mio. Tonnen, 59 % waren kontaminierte Bau- und Abbruchabfälle. Die GSB (Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH) hat 262.100 Tonnen besonders überwachungsbedürftige Abfälle und 24.500 Tonnen gesondert zu entsorgende Abfälle, für die in Bayern eine Überlassungspflicht besteht, entfernt.

Siedlungsabfälle

In Bayern sind 2005 insgesamt 6,2 Mio. Tonnen Siedlungsabfälle zur stofflichen, biologischen oder energetischen Verwertung und zur Beseitigung angefallen (Gesamtabfallaufkommen). Pro Einwohner entspricht dies einer Menge von rund 495 kg.

An Wertstoffen aus Haushalten wurden knapp über 4 Mio. Tonnen über die Sammelsysteme der kreisfreien Städte und Landkreise sowie durch duale Systeme erfasst und verwertet. Dies sind pro Einwohner rund 324 kg. 25,3 %

Schon für den 1. 1. 2008 gibt es in bestimmten Ländern und Kommunen Pläne, dass Dieselfahrzeuge ohne Rußfilter und Wagen ohne Katalysator in Umweltzonen nicht mehr fahren dürfen. „Das würde in erster Linie finanziell schlechter gestellte Personen und Haushalte treffen. Auch wären Anwohner von Umweltzonen und Mittelständler gezwungen, sich innerhalb kürzester Zeit neue Fahrzeuge anzuschaffen“, betonte der Bezirksvorsitzende.

Gegen übermäßige Kosten

Die MU München hofft nun, dass in München und im Freistaat Bayern sinnvolle Regelungen gefunden werden, damit Mittelständler, Familien mit älteren Fahrzeugen sowie Halter von Oldtimern nicht mit übermäßigen Kosten und Bürokratie belastet werden. „Wir hoffen, dass hier keine Zustände wie in Berlin eintreten. Dort müssen Kleinunternehmer für eine Ausnahmeregelung über 400 Euro zahlen, damit sie ihrem Geschäft nachgehen und hierzu die Fahrzeuge ihres Fuhrparks nutzen können. Zudem müssen Bürger dort dem Amt nachweisen, dass eine Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel unzumutbar wäre und sie weiterhin ihr älteres Fahrzeug nutzen

der Wertstoffe waren Altpapier, 25 % Grüngut, 14,6 % Bioabfall, 7,9 % Behälterglas, 5,5 % Leichtverpackungen, 5,1 % Metalle und 16,6 % sonstige Wertstoffe wie z. B. Alttextilien, Flachglas und Altfett. Die Verwertungsquote, die sich aus dem Verhältnis der erfassten Wertstoffe und der Summe aus den Wertstoffen und Restabfällen aus Haushalten errechnet, betrug 71,4 %. Insgesamt 2,4 Mio. Tonnen Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle und die zugehörigen Sortierreste (Restabfälle) fielen zur Beseitigung an. Pro Einwohner waren dies rund 192 kg.

400 Abfallarten

93,5 % wurden in 16 bayerischen Anlagen und einer Anlage in Baden-Württemberg thermisch und 1,5 % in zwei Anlagen mechanisch-biologisch behandelt. 3,3 % wurden unbehandelt auf 40 Deponien abgelagert und 1,7 % befanden sich Ende 2005 im Zwischenlager zur späteren thermischen Behandlung.

Etwa 5.000 regelmäßige Erzeuger entsorgen rund 400 Abfallarten. Das LfU überwacht die Abfallströme in Bayern an Hand von jährlich 250.000 Begleitscheinen und erstellt Bilanzen. Mit den Begleitscheinen wird überprüft, ob der vorgesehene Bewertungsweg vom Erzeuger bis zum Entsorger auch eingehalten wird. **DK**

wollen. Das ist doch staatlich organisierte Wegelagererei“, so Schmatz.

Die MU München fordert die Politiker im Freistaat Bayern auf, sinnvolle Regelungen im Interesse des Umweltschutzes zu finden, anstatt auf ein Neues mit wenig erfolgversprechenden Regelungen noch tiefer in die Tasche der Bürgerinnen und Bürger zu greifen. Auch wird dazu aufgerufen, in einer gemeinsamen Länderinitiative trotz des Widerstands der SPD zu einer zumutbaren Lösung zu kommen. **□**

Grenzüberschreitende Abfallverbringung:

Neue Pflichten für Abfallbeförderer

Seit Mitte Juli gilt die neue Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Verbringung von Abfällen (VVA). Diese zieht Vereinfachungen, aber auch neue Pflichten für die Abfallbranche nach sich.

Verwertungsabfälle der so genannten Gelben Liste und alle Abfälle zur Beseitigung unterliegen der Notifizierungspflicht. Dies bedeutet, dass diese Abfälle nur über Grenzen hinweg verbracht werden dürfen, wenn sowohl der Staat, in dem der Absendeort liegt, als auch der Empfangsstaat (und ein eventueller Durchführstaat) vorher die schriftliche Zustimmung dazu erteilt haben.

Entsorgungsvertrag und Begleiddokument

Die Neuerungen bei der grenzüberschreitenden Verbringung von nicht der Notifizierungspflicht unterliegenden Verwertungsabfällen der so genannten Grünen Liste sind der Entsorgungsvertrag und das förmliche Begleiddokument. Bei den grün gelisteten Abfällen handelt es sich beispielsweise um Altpapier, Alttextilien, Altglas oder Metallschrott. Diese Abfälle werden von der EU, aber auch von den meisten OECD-Staaten als weniger gefährlich eingestuft. Der schriftliche Entsorgungsvertrag ist vor Beginn der Verbringung mit der Empfängerfirma abzuschließen.

Der Vertrag muss im Wesentlichen Klauseln enthalten, wonach die Abfälle zurückzunehmen sind, wenn eine illegale Verbringung durchgeführt wurde oder die Verbringung oder Verwertung der Abfälle nicht in der vorgesehenen Weise abgeschlossen werden konnte. Daneben muss ein förmliches, von Absender und Transporteur ausgefülltes Begleiddokument mitgeführt werden. Beim Erhalt der Abfälle ist das Dokument durch den Empfänger zu unterschreiben. Zusätzlich muss das Transportfahrzeug, wie auch bisher schon, mit einem so genannten A-Schild gekennzeichnet werden. Entsorgungsvertrag und Begleiddokument müssen auf Verlangen, z. B. bei Straßenkontrollen, ausgehändigt werden und sind von allen Beteiligten drei Jahre lang aufzubewahren.

Im Zweifelsfall Bezirksregierung aufsuchen

Muster für ein Notifizierungsformular, ein Begleiddokument für die Verbringung von Abfällen der so genannten Grünen Liste, ein Entsorgungsvertrag für gelb gelistete Abfälle bzw. für grün gelistete Abfälle sowie weitere Informationen sind im Internet unter www.abfallratgeber-bayern.de Rubrik „Gewerbe/Unternehmen“, Unterrubrik „Grenzüberschreitende Abfallverbringung“ zu finden.

Um Bußgelder zu vermeiden, sollte in Zweifelsfällen rechtzeitig mit der zuständigen Behörde Kontakt aufgenommen werden. Zuständig sind in Bayern die Bezirksregierungen. **DK**

Qualitätssicherung in der haushaltsnahen Wertstoffsammlung:

Detaillierte Konzepte sorgen für eine verlässliche Leistung

Die Duales System Deutschland GmbH (DSD) sorgt gemeinsam mit Kommunen und Vertragspartnern für eine hohe Qualität

Das Recycling von gebrauchten Verkaufsverpackungen erfolgt heute im Wettbewerb, also zu möglichst wirtschaftlichen Bedingungen. DSD sorgt mit einem sorgsam ausgearbeiteten und aufwendigen Qualitätssicherungskonzept dafür, dass die haushaltsnahe Wertstoffsammlung auch unter diesen Bedingungen verbraucherfreundlich und zuverlässig arbeitet und die Umwelt deutlich entlastet.

litätssicherungskonzept sorgt DSD dafür, dass dieser Wechsel im Idealfall reibungslos und vom Bürger unbemerkt vor sich geht. So sind nur zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zur Ausschreibung zugelassen, die bereits mit ihrem Angebot ein Konzept für die Leistungserbringung vorlegen.

Alle drei Jahre schreibt DSD die Leistungsverträge für die Einsammlung, Sortierung und Verwertung von Leichtverpackungen sowie von Glasverpackungen mit dem Grünen Punkt aus. Den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot - das ist ein unbedingtes Erfordernis für ein Unternehmen, das im harten Wettbewerb zu anderen bundesweit tätigen dualen Systemen steht.

„Wirtschaftlich“ heißt nicht „billig“

Die Abfuhr muss pünktlich und zuverlässig funktionieren, und die eingesammelte Menge soll möglichst wenige Fehlwürfe enthalten, die das Recycling stören. Deshalb können Angebote, die nicht auskömmlich kalkuliert sind oder wo sich im Rahmen des in jedem Einzelfall geführten Vergabegesprächs herausgestellt hat, dass dem Bieter in personeller oder sachlicher Hinsicht die Eignung, also die notwendige Fachkunde, Zuverlässigkeit oder Leistungsfähigkeit fehlt, um die geforderte Leistung in hoher Qualität erbringen zu können, ausgeschlossen werden - „wirtschaftlich“ heißt nicht „billig“.

Das Ergebnis der Ausschreibung kann zu einem Vertragspartnerwechsel führen, d. h. dass ein anderes Unternehmen als bisher gewohnt die Einsammlung und Abfuhr der Verpackungen übernimmt. Mit einem detaillierten Qua-

Erhält ein Unternehmen den Zuschlag, in einem Vertragsgebiet die gebrauchten Verkaufsverpackungen einzusammeln, so ist ein strenger Zeitplan für die vier Monate dauernde Vorbereitung einzuhalten und der Fortschritt wöchentlich nachzuweisen. Das betrifft zum Beispiel die Beschaffung von Sammelgefäßen, die Aufstellung von Tourenplänen oder die Einrichtung einer bürgerfreundlichen und kostenlosen Hotline.

Gebietspaten begleiten den Vertragspartnerwechsel über Monate

So genannte Gebietspaten sind permanent in der Kommune unterwegs, um den Start im neuen Jahr, die Einhaltung von Tourenplänen und Abfuhrhythmen zu kontrollieren. Die Gebietspaten halten ständig Kontakt zu den Abfallwirtschaftsämtern und Abfallberatern von Landkreis und Gemeinden; sollte es doch einmal zu Problemen in der Entsorgung kommen, können sie frühzeitig gegensteuern.

Die Bilanz gibt DSD Recht: Anfang 2007 wechselte in 158 Kommunen in Deutschland der Vertragspartner für die Einsammlung der Leichtverpackungen. Zu Problemen kam es dabei nur vereinzelt - sie konnten schnell ausgeräumt werden, da die Gebietspaten vor Ort sofort eingreifen konnten. In den weitaus meisten Vertragsgebieten jedoch ging der Wechsel reibungslos vonstatten. **□**

Energieausweis wird Pflicht!

Ob Hauseigentümer, Wohnungsbesitzer oder Wohnungsunternehmen: alle müssen handeln.

Starten Sie jetzt mit dem verbrauchsorientierten Energieausweis!

- Mit dem Investimo-Energieausweis sind Sie auf der sicheren Seite: Wir setzen die rechtlichen Vorgaben exakt um und geben Ihnen Modernisierungsempfehlungen.
- Die Investimo-Onlineanwendung führt Sie innerhalb von nur 15 Minuten sicher durch die Erstellung des Energieausweises. Plausibilitätschecks sichern richtige Eingaben.
- Erst wenn der Energiekennwert Ihrer Immobilie vorliegt, entscheiden Sie sich für den Erwerb des Investimo-Energieausweises. Erst testen, dann kaufen!

Wir schicken Ihnen das offizielle Dokument innerhalb von drei Tagen per Post zu:

für nur 99 Euro, 5 Exemplare für à 29 Euro!

Mehr Information unter www.investimo.de oder persönlich unter Tel. 08106 997444.



Recycling- und Entsorgungswirtschaft:

bvse begrüßt SPD-Leitantrag

Stoffliche Verwertung muss im Vordergrund stehen

Der Präsident des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., Burkhard Landers, hat die im Kapitel „Kreislaufwirtschaft aufbauen“ gemachten Aussagen des SPD-Parteivorstandes in seinem Leitantrag für den Bundestag in Hamburg Ende Oktober begrüßt. Darin fordern die Sozialdemokraten „eine weitgehende Erschließung von stofflichen Ressourcen und eine effektive Nutzung des hohen energetischen Potentials von Restabfällen“. Dies erhöhe die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland und sichere Arbeitsplätze über die Abfall- und Recyclingwirtschaft hinaus.

Der Leitantrag mit dem Titel „Unser Weg in die ökologische Ökonomie – für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ weist darauf hin, dass zwischen 2000 und 2005 die Weltmarktpreise für importierte Rohstoffe im Euro-Raum um 81 Prozent gestiegen sind. Die Rohstoff- und Energieersparnis durch die durch Recycling gewonnenen Sekundärrohstoffe betrage 3,7 Milliarden Euro jährlich. Nicht nur der Markt für Sekundärrohstoffe werde

weiter wachsen, sondern auch der für Recyclingtechnik, um die Abfälle von heute als „Bergwer-

ler mechanisch-biologischer Behandlungsanlagen und der Modernisierung bestehender Anlagen sei in den vergangenen Jahren flächendeckend die Ablagerung unbehaltener biologisch abbaubarer Siedlungsabfälle auf Deponien beendet worden, so der Leitantrag. Damit konnte der Ausstoß abfallbedingter Klimagas deutlich gesenkt werden. Im Vergleich zu 1990 seien 2005 in Deutschland rund zwei Drittel

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

ke der Zukunft“ effizienter zu nutzen.

Mit dem Bau zahlreicher moderner Müllverbrennungsanlagen und technisch anspruchsvol-

der Methangasemissionen aus Deponien, sprich mehr als 21 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente, vermieden worden. 2012 werden über 90 % der früher emittierten Deponiegasemissionen dauerhaft vermieden werden. Die Abfallwirtschaft insgesamt habe im Zeitraum 1990 bis 2005 mit rund 46 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten bereits zu einem großen Teil zur Erfüllung der deutschen Reduktionsziele bei Klima schädigenden Gasen beigetragen. Das Ziel der SPD bleibt es, bis zum Jahr 2020 auf

GAB mbH und Bayerische Verwaltungsschule:

Altablagerung im Fokus

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Verwaltungsschule bietet die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB mbH) Fortbildungsveranstaltungen für Sachverständige für die Sachgebiete „Gefährdungsabschätzung für den Wirkungspfad Boden-Gewässer“ sowie „Sanierung“ an. Die beiden jüngsten Veranstaltungen in den Räumen der Bayerischen Verwaltungsschule fanden großen Zuspruch und boten den insgesamt über 100 Teilnehmern interessante Beiträge aus den jeweiligen Sachgebieten.

Der Programmschwerpunkt lag bei diesen beiden Veranstaltungen hauptsächlich auf dem Gebiet der Altablagerungen. Als Referenten standen ausgewiesene und erfahrene Experten aus Behörden und Ingenieurbüros zur Verfügung, die zum Teil auch dem Fachgremienpool für die Sachverständigen-Zulassung angehören.

Zu Beginn erläuterte Dr. Thilo Hauck, GAB mbH, die gesetzlichen Grundlagen zur „Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien“, die Voraussetzungen und Möglichkeiten der Zuschussgewährung aus dem Unterstützungsfonds sowie die Aufgaben der GAB mbH als Partner der Gemeinden.

Verlängerte Verordnung

Dr. Waltraud Ellenrieder-Woratschek vom Bayerischen Umweltministerium teilte den Teilnehmern mit, dass die im Januar 2002 in Kraft getretene Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen für den Bodenschutz und die Altlastenbehandlung in Bayern (VSU Boden und Altlasten) zum 31. Dezember um weitere zehn Jahre bis zum Jahr 2016 verlängert wurde und das Bayerische Landesamt für Umwelt weiterhin für die Zulassung zuständig sei und dabei von der GAB unterstützt werde.

Spezifika berücksichtigen

Dr. Wilfried Pinther vom Bayerischen Landesamt für Umwelt ging seinerseits näher auf die Untersuchung und Bewertung von Altlasten, schädlichen Bodenveränderungen und Grundwasserverunreinigungen und hierbei insbesondere auf die Altablagerungen ein. Er machte deutlich, dass es bei der Erkundung von Altablagerungen sehr wichtig sei, die spezifischen Standortgegebenheiten bei Altablagerungen wie zum Beispiel heterogene Schadstoffverteilung und Schadstoffinventar sowie Deponiegas zu berücksichtigen.

Bei der Bewertung der Altablagerungen seien wie aus der bisherigen Altlastenbearbeitung bekannt, die LfU/LfW-Merkblätter maßgebend und andere Arbeitsmittel ergänzend heranzuziehen.

Jürgen Festbaum vom Wasserwirtschaftsamt Weiden wiederum stellte eindrucksvoll die orientierende Untersuchung der ehemaligen Hausmülldeponie in Altenstadt a. d. Waldnaab als Praxisbeispiel für die Untersuchung einer Altablagerung dar. Er zeigte dabei die Erkundungsstrategien und Untersuchungskonzepte und die damit verbundenen Schwierigkeiten auf.

Keine Lösungen von der Stange

Karl Drexler vom Bayerischen Landesamt für Umwelt behandelte in seinem Vortrag die Sanierung und Sicherung von Altdeponien. Dabei betonte er, dass durch die Erfahrungen aus dem Deponiebereich auch für Altdeponien und Altablagerungen erprobte, dem Stand der Technik entsprechende Lösungen zur Verfügung stünden. Da in jedem Fall andere Randbedingungen vorhanden seien, gebe es jedoch keine Lösungen von der Stange. Die notwendigen Maßnahmen müssten dem Einzelfall angepasst und dementsprechend verwirklicht werden.

Effektive Kooperation

Christian Guschker vom Wasserwirtschaftsamt Bad Kissingen stellte anhand von verschiedenen Praxisbeispielen die Anforderungen an die Sanierung von Altablagerungen aus behördlicher Sicht dar. Auch er erklärte, dass für jede Altablagerung individuelle Lösungen erforderlich seien. Nach seiner Ansicht ist es sehr wichtig, dass die Erkundungen ausreichend und angemessen durchgeführt und die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen geprüft würden. Durch den Sachverständigen als Mittler zwischen Pflichtigen/Baustelle und Behörden ergebe sich eine effektive Zusammenarbeit. DK

Deponien weitgehend zu verzichten.

Laut bvse-Präsident Landers beweist die rasante Entwicklung auf den Rohstoffmärkten eindrucksvoll, „dass der Gewinn von Sekundärrohstoffen noch viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss“. Wenn eine Steigerung des Einsatzes heimischer Sekundärrohstoffe für die deutsche Industrie gewollt werde, müsse auch die stoffliche Verwertung im Vordergrund stehen, ohne dass aus ideologischen Gründen die Tür für eine sinnvolle thermische Verwertung zugeschlagen wird. Landers: „Das Gebot der Nachhaltigkeit fordert von uns, mit den Stoff- und Energiekreisläufen sorgsam umzugehen und sie zu bewahren.“

Erwünschte Signale

Dazu gehöre aber auch ein Marktumfeld, das faire Rahmenbedingungen bietet und eine starke mittelständische Branchenstruktur fördert. Weder aggressive Konzentrationsprozesse noch eine Re-Kommunalisierung stellen zukunftsfähige Konzepte dar. Die Recycling- und Entsorgungsbranche benötige deshalb eindeutige Signale „für einen grundlegenden Systemwechsel weg von Konzentration und Marktverzerrung, hin zu echtem Wettbewerb und mittelstandsfreundlicher Strukturpolitik“. DK

Zwei von drei Alt-Batterien landen im Müll

Immer noch werden zwei von drei Alt-Batterien achtlos weggeworfen; Batterierecycling muss daher selbstverständlicher werden. Dies betonte Bayerns Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard in München zum Start der „BATT-Recycle Tour 2007“ in Bayern.

Bernhard: „Zur alltäglichen Mülltrennung gehört die Rückgabe gebrauchter Batterien genauso wie Altpapiersammeln und der Gang zum Altglas-Container. Batterie-Sammeln ist ökonomisch clever und ökologisch wertvoll: Jede recycelte Batterie ist ein Beitrag zu intelligenten Wirtschaftskreisläufen und zu aktivem Umweltschutz.“

Jedes Jahr gehen in Deutschland weit über 1 Milliarde Gerätebatterien über den Ladentisch. Das entspricht 40.000 Tonnen oder 100 ICE-Zügen. Derzeit werden davon aber nur 35 Prozent wieder zurück gebracht - im Bundesdurchschnitt je Einwohner gerade mal 150 Gramm, in Bayern 170 Gramm pro Jahr. „Auch wenn damit schon heute die für 2012 vorgeschriebene europaweite Recyclingquote von 25

Prozent erreicht wird, sollte uns das nicht reichen“, so Bernhard weiter. Aus verbrauchten Batterien lassen sich wertvolle Rohstoffe wie Zink, Stahl, Nickel oder Blei gewinnen.

Die „BATT-Recycle Tour“ der Stiftung „Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien“ (GRS) ist Teil einer bundesweiten Umweltinitiative, die Bürgerinnen und Bürger dazu motivieren will, gebrauchte Batterien und Akkus konsequent zurück zu bringen und nicht in den Hausmüll oder gar in die Landschaft zu werfen: Die GRS stellt die bekannten grünen Batteriesammelboxen zur Verfügung, zum Beispiel im Supermarkt, im Fotogeschäft oder in der Apotheke. Daneben können alte Batterien problemlos an allen kommunalen Wertstoffhöfen abgegeben werden. □

Kraftstoff tanken für umgerechnet 0,58 Euro pro Liter:

VW Touran mit Erdgasantrieb für Stadt Traunreut

(Traunreut) Das Autohaus Schlögl in Traunreut hat einen neuen VW Touran mit Erdgasantrieb an die Stadt Traunreut übergeben. Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) unterstützt diese Anschaffung mit 400 Euro.

Schon seit vielen Jahren ist Traunreut Vorreiter im Bereich Nutzung alternativer Kraftstoffe. Derzeit haben vier der städtischen Wagen neben einem Benzin- auch einen Erdgastank. Beim jährlichen Fahrzeugwechsel im Rahmen des Kommunal-Leasings werden nach und nach weitere umweltschonende erdgasbetriebene Modelle in den Fuhrpark integriert. Bürgermeister Franz Parzinger ist überzeugt: „Wir tragen damit nicht nur aktiv zum Umweltschutz bei, es ergeben sich erfahrungsgemäß auch erhebliche monetäre Einsparungen.“

Blick in die Zukunft

Erdgas gibt es derzeit für 0,92

Euro pro Kilogramm. Ein Liter Benzin dürfte bei gleichem Preis-Leistungs-Verhältnis dann nur noch 0,58 Euro kosten. „Neben dem aktuell günstigen Preis ist auch der Blick in die Zukunft wichtig: Der VW Touran könnte jederzeit mit aufbereitetem Biogas betankt werden“, so Tanja Erb von der ESB.

Versierte Mitarbeiter

Die Mitarbeiter des Autohauses Schlögl haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt mit dem Thema erdgasbetriebene Fahrzeuge auseinander gesetzt und stehen interessierten Kunden für kompetente Beratungsgespräche gerne zur Verfügung. □

Natur-Inventur für Landkreis Starnberg

Neues Arten- und Biotopschutzprogramm
Wichtige Entscheidungsgrundlage für Kommunen

Vier Jahre hatten die Fachleute Natur-Inventur im Landkreis Starnberg gemacht, nun liegen die Ergebnisse vor. Sie sind zusammengefasst im neuen Band des Arten- und Biotopschutzprogramms, der in Starnberg im Landratsamt vorgestellt wurde. Ergebnisse, die sich sehen lassen können: „Viele wertvolle Lebensräume sind im Landkreis noch erhalten und sind Kerngebiete für ein landesweites Biotopnetzwerk“, sagte Dr. Herbert Preiß vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU), der den neuen Band an Landrat Heinrich Frey übergab.

Das Arten- und Biotopschutzprogramm ist eine wichtige Datengrundlage und Planungshilfe für die Naturschutzbehörden, Gemeinden und Verbände im Landkreis. Es bietet nach den Worten des LfU-Fachmanns „fachliche Entscheidungsgrundlagen für eine nachhaltige Entwicklung ohne Bevormundung und greift nicht in die Planungshoheit ein“.

Rund 10.000 Hektar Lebensraum bearbeitet

Erfasst und ausgewertet wurden mehr als 2000 Biotopflächen und über 3500 Fundorte von Tier- und Pflanzenarten. Das LfU erstellt das Programm bayernweit, die Naturschutzfachleute des Landratsamtes waren am neuen Band beteiligt. Er wurde von einem Münchner Planungsbüro erarbeitet. Das Umweltministerium hatte für die Kartierungsarbeiten und für das neue Programm rund 240.000 Euro bereitgestellt. Das erste Arten- und Biotopschutzprogramm für den Landkreis ist über 14 Jahre alt.

Insgesamt wurden rund 10.000 Hektar wertvoller Lebensräume bearbeitet, wovon fast 2/3 auf Seen fallen, die den Landkreis Starnberg in besonderer Weise prägen. Von herausragender Bedeutung für den Naturschutz sind die Vorkommen des Bodenseevergissmeinnichts, des Weißen Veilchens, der Sumpfglabdiolo oder des Hirschkäfers. □

Mit Erdgas von der ESB:

Für kommunale Aufgaben umweltschonend mobil.



Sorgen Sie mit Erdgas für Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit im öffentlichen und kommunalen Nahverkehr. Ob in Linienbussen oder Betriebsfahrzeugen, bei der Abfallentsorgung oder Straßenreinigung – für Erdgas als Antriebsenergie sprechen viele Argumente. Wirtschaftlichkeit durch günstigen Kraftstoffpreis, Umweltschutz durch geringe Schadstoffemissionen und Energieeffizienz durch sparsamen Verbrauch. Vor allem im öffentlichen Personen-Nahverkehr

ist Erdgas stark gefragt. So sind in Bayern bereits 250 Erdgasbusse auf Linienstrecken unterwegs – das ist die größte Erdgas-Busflotte in Deutschland. Die ESB unterstützt diese Entwicklung – durch Investitionen in Tankstellen und Beratung bei der Planung. Nutzen Sie die Möglichkeiten!

Mehr Infos und Beratung
in Ihrem ESB-ServiceCenter vor Ort.

ESB
Erdgas Südbayern

Räum- und Streupflichten der Gemeinden

Der Winter steht vor der Tür und sobald der erste Schnee Gehwege und Straßen in Rutschbahnen verwandelt, werden Fragen zur Räum- und Streupflicht der Gemeinden wieder hochaktuell: Welche Pflichten sind einzuhalten, welche Maßnahmen zu ergreifen? Hierüber informiert in dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung die Versicherungskammer Bayern.

1. Rechtliche Grundlagen

Zunächst ist hier die allgemeine Verkehrssicherungspflicht als Ausfluss aus § 823 BGB zu nennen. Hiernach hat jeder, der Gefahrenquellen schafft oder unterhält, die notwendigen und zumutbaren Vorkehrungen zum Schutze Dritter zu treffen. Für den Winterdienst folgt dies bereits aus der sog. Verkehrseröffnung, also dem zur Verfügung Stellen öffentlicher Straßen und Wege für die Bürger. Weiter findet sich in Art. 51 Abs. 1 BayStrWG eine spezialgesetzliche Grundlage, wonach die Gemeinden innerhalb geschlossener Ortslage zum Winterdienst verpflichtet sind. Da die Räum- und Streupflicht in Bayern den Kommunen vom Gesetzgeber als hoheitliche Aufgabe übertragen ist, ist deren Wahrnehmung auch Amtspflicht im Sinn des § 839 BGB.

Allgemeine Grundsätze

Es besteht keine uneingeschränkte Räum- und Streupflicht. Diese richtet zum einen nach der Art und Wichtigkeit des Verkehrs, zum anderen nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinde. An kleine Kommunen können nicht dieselben Anforderungen gestellt werden, wie an eine Großstadt, die auch über einen größeren Räumdienst verfügt. Verlangt werden kann jedoch, dass kleine Kommunen z.B. durch personelle Umstrukturierungen die Voraussetzungen schaffen, in ihrem kleineren Gemeindegebiet der Winterdienstverpflichtung nachzukommen. Daneben ist auch die Eigenverantwortlichkeit jedes Verkehrsteilnehmers gefragt, sich gerade im Winter den gegebenen Straßenverhältnissen anpassen.

Keine Rund-um-die-Uhr-Verpflichtung

In zeitlicher Hinsicht bestehen Grenzen für die Vornahme des Winterdienstes für die Kommunen dahingehend, als dass diese nicht verpflichtet sind, Räum- und Streumaßnahmen rund um die Uhr durchzuführen. Grundsätzlich ist der Winterdienst so

zu organisieren, dass mit Beginn des Hauptverkehrsverkehrs, in der Regel zwischen 7 Uhr und 8 Uhr morgens, Streumaßnahmen bereits getroffen sind. Sonn- und Feiertags muss erst um 8 Uhr morgens der Winterdienst ausgeführt sein, da an solchen Tagen erfahrungsgemäß der Tagesverkehr erst später einsetzt.

Nachhaltige Wirksamkeit

Die Ausführung von Winterdienstmaßnahmen muss sichergestellt sein bis 20 Uhr und damit auch über die Hauptzeit des abendlichen Hauptverkehrs hinaus. Bis dahin müssen Winterdienstmaßnahmen z.B. nach wiederholtem Schneefall oder Temperaturabfall auch auf ihre nachhaltige Wirksamkeit hin kontrolliert und ggf. auch wiederholt werden. Zur Durchführung eindeutig zweckloser Maßnahmen, z.B. während andauernden Schneefalls oder bei Eisregen, ist die Kommune nicht verpflichtet. Nach 20 Uhr besteht keine Räum- und Streuverpflichtung. Ausnahmen hiervon bestehen nur dann, wenn z.B. eine größere Veranstaltung nach 20 Uhr stattfindet und sich nach Beendigung der Veranstaltung viele Personen auf dem Nachhauseweg befinden. Eine Verpflichtung zur Durchführung vorbeugender Räum- und Streumaßnahmen besteht nicht. Vielmehr steht der Kommune ein angemessener Zeitraum zu, um das Auftreten von Glätte überhaupt festzustellen und Maßnahmen einleiten zu können.

In örtlicher Hinsicht bestehen gleichfalls Einschränkungen zugunsten der Kommunen, da nicht überall dort, wo es Straßen und Wege gibt, eine Pflicht zur Vornahme von Winterdienstmaßnahmen besteht.

2. Organisationspflichten

Bei den Organisationspflichten ist bereits an die frühzeitige Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für Fahrzeuge, Gerätschaften und Streumaterial, ferner die Bereitstellung des zur Durchführung des Winterdienstes benötigten Personals zu denken. Die Einsatzfähigkeit der

benötigten Geräte und Streufahrzeuge muss so frühzeitig geprüft werden, dass erforderliche Reparaturen oder Ersatzbeschaffungen rechtzeitig vor Beginn des Winters getätigt werden können.

Wichtigstes Element der Winterdienstorganisation ist die Aufstellung von Räum- und Streuplänen. Die Rechtsprechung verlangt von den Gemeinden zur Erfüllung ihrer Winterdienstpflichten die Schaffung einer Organisation, die die sichere Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben des Schneeräumens und Streuens gewährleistet. In größeren Gemeinden empfiehlt sich, das Gemeindegebiet in Strebezirke aufzuteilen und innerhalb des Strebezirks die Strecke der zuerst und der nachrangig zu befahrenden Straßen und Wege festzulegen. Wichtige und gefährliche Straßen, Fußgängerüberwege im Bereich von Schulen oder Krankenhäusern, Bushaltestellen etc. sind vor weniger wichtigen oder schwächer frequentierten Bereichen vorrangig zu bestreuen, andernfalls würde bereits hier im Schadenfall eine Haftung der Kommune aus Organisationsverschulden anzunehmen sein.

Streubuch

Zur Sicherstellung der gemeindlichen Organisation und zu Beweiswecken sollte ein Streubuch geführt werden. In dieses ist die tatsächliche Durchführung der Winterdienstmaßnahme nach dem Streuplan für den jeweiligen Tag mit Zeitpunkt und Dauer einzutragen und mit der Unterschrift des ausführenden Mitarbeiters zu bestätigen. Das Streubuch dient nicht nur in einem möglichen Zivilprozess, in welchem ein Bürger Schadenersatz- oder Schmerzensgeldansprüche aufgrund einer behaupteten Verletzung der Winterdienstpflicht geltend macht, sondern auch im Rahmen möglicher Ermittlungen der Staatsanwaltschaft oder gar eines Strafprozesses z.B. wegen fahrlässiger Körperverletzung als Beweismittel.

In diesem Zusammenhang ist die Beobachtung erwähnenswert, dass Geschädigte zunehmend versuchen, durch Stellung eines Strafantrags der Durchsetzung von etwaigen Schadenersatzforderungen Nachdruck zu verleihen. Auch vor dem Hintergrund, dass Schadenersatzansprüche oft erst mit einiger zeit-

licher Verzögerung geltend gemacht werden und damit das Streubuch im Prozessfall als Gedächtnisstütze dienen kann, ist es ratsam die Eintragungen gewissenhaft vorzunehmen.

Weiter gehört zur ordnungsgemäßen Organisation des Winterdienstes auch dessen Überwachung. So sollten z.B. zumindest stichprobenartig durch Mitarbeiter der Kommune Räum- und Streuberichte auf ihren Inhalt kontrolliert werden, die Einteilung in Strebezirke bzw. die Priorisierung von zu räumenden Straßen und Wegen auf ihre Aktualität hin (Straßenbaumaßnahmen; Umleitungen, etc.) überprüft werden.

3. Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr

Die Anforderungen der Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr richten sich danach, ob der betreffende Straßenteil sich innerhalb oder außerhalb der geschlossenen Ortslage befindet. Entscheidend ist hierbei das äußere Erscheinungsbild der Ortsbebauung, nicht das Ortsschild.

Innerorts besteht eine Räum- und Streuverpflichtung nur an verkehrswichtigen und zugleich gefährlichen Straßenstellen. Allein das Vorliegen des Merkmals Verkehrswichtigkeit ohne dass daneben auch Gefährlichkeit (und umgekehrt) gegeben ist, reicht nicht aus, um für die Kommune eine Verpflichtung zur Durchführung von Winterdienstmaßnahmen zu begründen.

Verkehrswichtigkeit

Die Verkehrswichtigkeit einer Straße ergibt sich aus deren Bedeutung für die weitere Region, nicht aus deren Bedeutung für die nähere Umgebung. So besteht keine Räum- und Streupflicht für eine Straße zu einem Einödhof als einziger Anbindung zum Straßennetz, da auf die Region bezogen dieser Straße nur untergeordnete Bedeutung zukommt. Als verkehrswichtig beurteilt werden Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, örtliche Hauptverkehrsstraßen (z.B. große Durchgangsstraßen) und bei kleineren Gemeinden örtliche Verkehrsmittelpunkte wie Ortskern, Marktplatz und Hauptkreuzungsstelle.

Als gefährlich werden Straßenstellen angesehen, die wegen ihrer eigentümlichen Anlage oder bestimmter Zustände, die nicht oder ohne weiteres erkennbar sind, die Möglichkeit eines Un-

(Fortsetzung auf Seite 12)



Unimog U20 mit Schmidt Schneepflug CPM 3 und Schmidt Streumaschine Stratos FST 14.

Keine bösen Überraschungen

Der Winter kann ruhig plötzlich kommen
Kommunen sind längst vorbereitet

Der 1. November ist es in Oberstdorf. An diesem Tag ist quasi offiziell Winteranfang, wenn es um den Winterdienst geht. Ab diesem Tag greifen die Pläne. Die Bereitschaftsdienste stehen fest, die Vorräte an Streugut sind aufgefüllt, und der Fuhrpark einsatzbereit. Martin Winkler, Abteilungsleiter Kommunale Dienste im Rathaus der Kommune, kann nicht nur deswegen in aller Ruhe auf die kalte Jahreszeit blicken.

Oberstdorf ist die südlichste Gemeinde Deutschlands. Da kann der Winter auch mal früher kommen. Zwar geschehe das selten vor dem 1. Oktober, doch vorbereitet ist man in der Marktgemeinde eigentlich immer. „Innerhalb von einer halben Stunde sind wir einsatzbereit“, sagt Winkler auf Anfrage. Direkt im Anschluss an den Winter werden die Maschinen und Geräte gereinigt, geprüft und „sommerfest“ gemacht. Anschließend könnten sie sofort wieder eingesetzt werden.

Im Winter arbeiten in Oberstdorf mit seinen rund 10.000 Einwohnern nicht nur Mitarbeiter der Kommune, sondern auch Fremdfirmen im Winterdienst. 30 Fahrzeuge in allen Größen kann Winkler auf die Reise schicken.

Plan für die kalten Monate

Was für Oberstdorf gilt, ist in Aschaffenburg nicht viel anders. Dort greift Ende Oktober der Plan für die kalten Monate. „Wir machen alles selber“, erläutert Stefan Kalb vom Tiefbauamt der Stadt. Nur die Prüfung der Fahrzeuge und eingesetzten Maschinen nach einem Winter wird von einer Fachfirma übernommen, sagt der Verantwortliche im Rathaus der 70.000 Einwohner-Stadt am Main. Der Winter kann deswe-

gen für ihn „ruhig kommen“.

Die Routine von frühzeitiger Planung greift auch in Ingolstadt. Dort gilt das gleiche Prinzip. In den zwei, drei Monaten direkt nach dem Winter werden alle eingesetzten Maschinen und Fahrzeuge gründlich geprüft und kontrolliert. Teilweise werden kleine Reparaturen erledigt oder Flächen nachlackiert. Damit zeigt sich die Stadt auch gut vorbereitet, wenn der Winter kommen sollte. „Das Wetter kann man ja nicht beeinflussen“, heißt es bei den Verantwortlichen.

Hersteller sind vorbereitet

Auch bei den Herstellern weiß man über die Abläufe in den Kommunen gut Bescheid. Gerd Kröning, Vertriebsaußendienstleiter bei SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik: „Die Verantwortlichen merken meist im Winterdienst, wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt.“ Nachfragen kommen daher oft im Frühjahr bei den jeweiligen Partnern oder Händlern an. „Im Herbst müssen die Vorbereitungen schließlich abgeschlossen sein“, sagt Kröning. „Wenn es erstmal schneit und friert, ist es zu spät, sich über den Winterdienst Gedanken zu machen - Vorbereitung ist da das A und O.“



Überraschend kompakt. Verblüffend günstig.

Der neue Unimog U 20.

► Außen kompakt, innen geräumig. Groß im Einsatz, günstig im Preis. Der neue Unimog U 20 vereint Gegensätze. Durch und durch ein Mercedes-Benz Unimog. Dabei außergewöhnlich wendig. Und mit einem Gesamtgewicht bis 7,5/8,5 t eigens konzipiert für Kommunen, den Garten-

und Landschaftsbau oder als ideale Ergänzung Ihres Fuhrparks. Lassen Sie sich überraschen - bei Ihrem Unimog-Partner. Der Unimog U 20. Kompakt. Günstig. Echt Unimog.

► Mehr Informationen über den Unimog U 20 erhalten Sie auch unter www.mercedes-benz.com/neuer-U20



Mercedes-Benz

BayWa-Konzern weiter auf Erfolgskurs

Erstes Halbjahr übertrifft Vorjahreszahlen/Agrarsparte hat stärksten Zuwachs

Der BayWa-Konzern liegt im ersten Halbjahr bei Umsatz und operativem Ergebnis über den sehr guten Zahlen des Vorjahres. Wie Vorstandschef Wolfgang Deml vor der Presse in München berichtete, hat sich der Konzerngewinn vor Steuern um mehr als die Hälfte auf 34,8 Millionen Euro verbessert. Die Halbjahresumsätze aller Geschäftssegmente stiegen um zwei Prozent auf 3,41 Milliarden Euro.

„Insgesamt sind die erneuten Steigerungen zum 30. 6. ein Zeichen dafür, dass der Konzern an das hohe Niveau des letzten Geschäftsjahres anknüpfen kann“, betonte Deml. Besonders der Handel mit Agrarrohstoffen in diesem Zeitraum sei ein Wachstumsmotor gewesen. Mit 1,6 Milliarden Euro und einem Plus von 14,9 Prozent habe der Umsatz im Segment Agrar einen neuen Höchststand erreicht. Die positive Entwicklung resultiere vor allem aus den Zuwächsen beim Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Im Agrar-

handel erlöste der Konzern insgesamt 18,8 Prozent mehr als im Zeitraum des Vorjahres und setzte 1,3 Milliarden Euro um. Die Sparte Technik lag im Umsatz knapp über Vorjahreshöhe.

Weniger Neubauten

Der Mischkonzern profitierte von den steigenden Getreidepreisen. Insgesamt hätten sich Weizen, Gerste und andere Sorten um 50 Prozent verteuert, sagte Deml. Allein in den zurückliegenden vier Wochen seien die Notierungen für Getreide erneut

um 20 Prozent gestiegen.

In der Bausparte ging der Umsatz leicht zurück auf 807 Millionen Euro. Ab April spürte die Baustoffsparte die mit dem Wegfall der Eigenheimzulage einhergehende Abnahme der Neubautätigkeit im Ein- und Zweifamilienhausbau.

Gutes Gartengeschäft

Im Bereich Bau- und Gartensparte steigerte der Konzern die Erlöse aufgrund des guten Frühjahrs-Gartengeschäfts um elf Prozent auf 246 Millionen Euro. In Fürth und Pfarrkirchen erfolgten zwei Neueröffnungen, zwölf Betriebe wurden geschlossen. Die milden Temperaturen des letzten Winters reduzierten 2007 die Nachfrage nach Wärmeenergie erheblich. Auch Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung trugen zur Absatzreduzierung bei. Die Branche meldet Rückgänge von über 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Trotz dieser Witterungsbedingungen konnte die BayWa den Rückgang des Energieum-

satzes auf 17,4 Prozent begrenzen und insgesamt 796 Millionen Euro erwirtschaften.

Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2006 teils saisonbedingt um 141 auf 16.390. Die Zunahme resultiert vor allem aus Neueröffnungen in der Sparte Bau- und Gartenmarkt sowie beim Baustoffhandel.

Stabilisierung

„Der BayWa-Konzern bleibt auf Wachstumskurs und ist auf dem Weg, bis zum Jahresende die Planung gut zu erreichen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende. Das gelte in diesem Jahr vor allem für den Agrarbereich. Der Bausektor könne das Verkaufsvolumen des Vorjahres bei günstigen Rahmenbedingungen bis Jahresende erreichen. Die Bau- und Gartensparte erwarten eine Stabilisierung des positiven Trends. Im Energiebereich erhofft sich Deml im zweiten Halbjahr ein Anziehen der Heizölfrage. „Von besonderer Bedeutung für die Gesamtentwicklung wird das vierte Quartal sein, das im letzten Jahr mit außergewöhnlich milden Temperaturen Geschäfte bis Jahresende ermöglicht hat.“ E. Scholl

Gut geschützt

Mit der neuen Schutzabdeckung für Fahrzeugplatten sorgt SCHMIDT für Sicherheit auch abseits des Arbeitseinsatzes. Die großzügig gestaltete Schutzabdeckung, die für Fahrzeugplatten der DIN-Norm 76060 Form A (Größe 5) und Form B (Größe 3) geeignet ist, verdeckt Ecken und scharfe Kanten. Außerdem absorbiert sie leichte Stöße.

In den Niederlanden und Belgien müssen LKW, die eine Fahrzeugplatte montiert haben, diese im normalen Straßenverkehr verkleiden. In Deutschland müssen bestimmte Radien aufweisen. Diese Auflage wird bei einer Fahrzeugplatte zwar eingehalten, trotzdem: „sie schaut weiter vor als die Stoßfänger und besitzt keine Knautschzone“, beschreibt Emil Wasmer, verantwortlicher Produktmanager bei SCHMIDT das Problem.

„Die Fahrzeugplatten haben ein hohes Gefährdungspotenzial.“ Da ist eine schützende Umhüllung sinnvoll. Und es gibt einen weiteren Grund. Die Abdeckung schützt die Mechaniker bei Wartungsarbeiten am LKW auch vor Fett, Öl und Rost. Verunreinigungen die ja auf einer Fahrzeugplatte leider oft vorhanden sind. „Letztlich verbessert sie auch den optischen Eindruck.“ SCHMIDT ist bisher der einzige Anbaumaschinenhersteller, der eine Schutzabdeckung

im Programm hat, die für alle gängigen LKW mit Fahrzeugplatte zu nutzen ist.

Schutzabdeckung für rotierende Schneeräummaschinen

Sicherheitsaspekte haben auch bei der Entwicklung der neuen Schutzabdeckung für rotierende Schneeräummaschinen eine Rolle gespielt. Aufgrund ihrer Polsterung bietet sie den notwendigen Schutz bei Fahrten im normalen Straßenverkehr - also zwischen Einsatzorten oder auf dem Rückweg von einer Räumaufgabe. Dabei bietet die Abdeckung nicht nur Schutz vor den scharfen Kanten und Graten, die bei einer Räummaschine vorstehen, sondern sie ist auch platzsparend mitzuführen und ebenso einfach zu montieren. Sie besteht aus hochwertigem Kunststoff mit retroreflektierenden Rot-Weiß-Markierungen und passt sich unterschiedlichen Räumbreiten an. „Beide Produkte - die Abdeckung für Fahrzeugplatten und die Abdeckung für die rotierenden Schneeräummaschinen - sind ein weiterer Beitrag von SCHMIDT zur Sicherheit auf der Straße.“

SCHMIDT

Komplettlösungen aus einer Hand.



Fahrzeugplatten für jegliche Anbauten.



Schutzabdeckung für Fahrzeugplatten.



Gerätebedienung für Streumaschinen und Schneepflüge.



Multikuppel-system

SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH

Albtalstraße 36 • 79837 St. Blasien
Telefon: +49 (0) 7672 412-0 • Telefax: +49 (0) 7672 412-230
E-Mail: info@schmidt-swk.de
Internet: www.schmidt-automotive.de



Viel besser geschützt sind andere Verkehrsteilnehmer und Mechaniker durch die neue Schutzabdeckung von Schmidt. Auch für rotierende Schneeräummaschinen haben die Fachleute aus St. Blasien eine neue Schutzabdeckung entwickelt.



Versetzen von Schneestangen:

Kein Problem mehr!

Schneestangenbohrmaschine - einfach und leistungsstark

Das Versetzen von Schneestangen ist mit dem SNOW-DRILL von Lehner Landtechnik aus dem österreichischen Weißkirchen a. d. Traun nunmehr endlich vollkommen unkompliziert. Der einfache Aufbau auf Traktoren, Kommunalfahrzeugen, LKWs, Unimogs, etc durch Dreipunkt Kat. II oder auch mittels Zwischenplatte macht dieses Gerät für jede zukunftsorientierte Gemeinde zum absoluten Muss. Die Bohrtiefe beträgt standardmäßig 480 mm und der Durchmesser 58 mm. Es gibt auch jede Menge Zubehör wie z. B. ein praktisches Heckgerät.

Für Schnellentschlössene gewährt die Firma Frühbezugsbedingungen. „Wir liefern beste Qualität“, versichert Franz Leh-

ner. Mit seinem Spezialmaschinenbau ist er auch Fendt-Star-Service Partner.

Infos bei: Lehner Landtechnik, Telefon: 0043(0)7242/53622, 0043(0)664/1039716
www.lehner-landtechnik.at

BOKI auf der Demopark

Kommunalfahrzeuge für den Ganzjahreseinsatz präsentierte die Kiefer GmbH aus Dorfen auf der DemoPark in Eisenach.

Das weiterentwickelte BOKI-MOBIL mit dem schadstoffarmen Euro-IV-Motor mit eingebautem Partikelfilter verbindet kompakte Abmessungen, totale Wendigkeit und starke Leistung. Serienmäßig sind die Fahrzeuge jetzt mit Scheibenbremsen ausgestattet.

Vier Lenkungsarten - Vorder-

rad-, Hinterrad, Rundgang- und Hundeganglenkung - sorgen auf Wunsch für die extreme Wendigkeit der beiden hydrostatisch angetriebenen BOKIMOBILE HY 1251 und HY 1351, z.B. beim Kehr- und Mäheinsatz. Das Ein-Mann-Schnellwechselsystem sorgt in kürzester Zeit dafür, dass alle beliebigen Anbaugeräte, ob Sommer- oder Winterdienst, schnell zum Einsatz kommen.

Unterschiedliche Fahrzeugbreiten

Neben den hydrostatisch angetriebenen Fahrzeugen zeigte Kiefer das schaltgetriebene Fahrzeug in unterschiedlichen Fahrzeugbreiten.

Allein die hier gezeigte Auswahl an Anbaugeräten hat das interessierte Messepublikum überzeugt: BOKIMOBIL Kommunalfahrzeuge sind so universell einsetzbar, dass das ganze Jahr hindurch garantiert keine Stillstandszeiten entstehen.



Das Bokimobil: Kompakte Abmessungen, totale Wendigkeit und starke Leistung.

Lehner Landtechnik
franz-lehner@aon.at

DIE PERFEKTE LÖSUNG:
SNOW-DRILL

Das Versetzen von Schneestangen ist nicht länger ein Problem. Einfach und leistungsstark. Frühbezugsbedingungen.

Infos: Tel. 0043(0)7242/53622 . www.lehner-landtechnik.at

Räum- und Streupflichten ...

(Fortsetzung von Seite 10)
falls auch für den Fall nahe legen, dass der Verkehrsteilnehmer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet. Dies sind insbesondere Stellen, an denen Fahrzeuge erfahrungsgemäß bremsen, ausweichen oder sonst ihre Fahrtrichtung ändern müssen, so z.B. scharfe oder unübersichtliche Kurven, Fahrbahnverengungen, Gefälle Strecken, Straßenkreuzungen und Einmündungen. Oft streuen die Kommunen im Interesse ihrer Bürger mehr als sie nach den dargelegten Erfordernissen müssten. Gerade angesichts der angespannten finanziellen Haushaltslage müssen solche Maßnahmen der Kommunen als reiner Service für den Bürger eingestuft werden. Kommt es hierdurch zu einer Vernachlässigung anderer zu streuender Bereiche wird eine Haftung der Kommune aus Organisationsverschulden anzunehmen sein.

Besondere Gefährlichkeit

Außerorts besteht eine Verpflichtung zum Winterdienst nur an verkehrswichtigen und zugleich besonders gefährlichen Straßenstellen, wenn also ein besonders sorgfältiger Kraftfahrer die Gefahr nicht mehr meistern oder erkennen kann. Besondere Gefährlichkeit ist beispielsweise anzunehmen bei außergewöhnlichem Gefälle (mehr als 10 %), nicht erkennbaren Brücken oder Stellen, an denen sich Reifglätte bilden kann.

Bei Parkplätzen besteht grundsätzlich gegenüber dem Fahrverkehr keine Räum- und Streupflicht, außer es liegen die oben ausgeführten Kriterien der Verkehrswichtigkeit und Gefährlichkeit vor.

4. Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr

Die Anforderungen der Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr beurteilen sich danach, ob der betreffende Straßenteil sich innerhalb oder außerhalb der geschlossenen Ortslage befindet, wobei auch hier das äußere Erscheinungsbild der Ortsbebauung, nicht das Ortsschild, entscheidend ist.

Innerorts besteht eine uneingeschränkte Räum- und Streupflicht für Gehwege und die nur für den Fußgängerverkehr bestimmten Teile öffentlicher Straßen- und Gehbahnen. Bezüglich Gehwegen und Gehbahnen ist eine Übertragung des Winterdienstes auf die Anlieger möglich. Hierauf wird nachfolgend noch eingegangen werden.

Belebte und unerläßliche Fußgängerüberwege

Eine Verpflichtung zum Winterdienst besteht weiterhin für belebte und unerläßliche Fußgängerüberwege. Es handelt sich hier um durch Ampelanlagen oder Zebrastreifen gesicherte Überwege sowie belebte Kreuzungen, die jedenfalls in der Hauptverkehrszeit ständig von einem großen Personenkreis benutzt werden müssen. In Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen muß ein angemessen breiter Streifen im Mittelbereich geräumt und gestreut sein, wobei ausreichend ist, wenn Geschäfte oder Parkplätze mit wenigen Schritten auch über nicht gesicherte Stellen erreicht werden können.

Gesteigerte Anforderungen

Bushaltestellen und sonstige öffentliche Einrichtungen, an denen regelmäßig oder zu bestimmten Zeiten ein starker Fußgängerverkehr herrscht, unterliegen gesteigerten Anforderungen. Hier sind bei entsprechender Witterung Kontrollen bzgl. der Nachhaltigkeit durchgeführter Winterdienstmaßnahmen bzw. wiederholtes Räumen und Streuen erforderlich. Auf Parkplätzen besteht nur dann eine Räum- und Streupflicht, wenn sie verkehrswichtig sind und Fußgänger die einzelnen Stellplätze nicht mit wenigen Schritten erreichen können. Es ist dann aber nicht die gesamte Parkfläche zu räumen und zu streuen, sondern nur ein Streifen, der das gefahrlose Verlassen des Parkplatzes wie das gefahrlose Erreichen des Fahrzeugs ermöglicht. Eine Pflicht zum Winterdienst auf bloßen Abkürzungen besteht

nicht. Weiterhin besteht für die Kommune grundsätzlich keine Verpflichtung nach vereinzelt Glättestellen zu suchen.

Außerorts besteht keine Räum- und Streupflicht gegenüber dem Fußgängerverkehr. Eine Ausnahme hiervon besteht lediglich bei einem besonderen Bedürfnis wie einem Verbindungsweg zwischen zwei nicht weit voneinander entfernten Ortsteilen oder besonderer Gefahr wie einer Gefällstrecke. Eine Abwälzung des Winterdienstes außerhalb geschlossener Ortslage auf die Anlieger ist nicht möglich.

5. Übertragung von Sicherungspflichten

Die Kommune kann die Verpflichtung zum Winterdienst auf Privatfirmen übertragen. Dies sollte durch schriftlichen Vertrag erfolgen und für den Unternehmer die Verpflichtung zum Führen eines Streubuches beinhalten. Weiter sollte sich die Kommune einen ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz vom Vertragspartner für die Ausübung der Winterdiensttätigkeit nachweisen lassen. Trotz Übertragung des Winterdienstes kann eine eigene Haftung der Kommune dann gegeben sein, wenn ein nicht mit ausreichendem Personal oder Sachmitteln ausgestattetes Unternehmen beauftragt wurde oder die Kommune nicht durch Vornahme stichprobenartiger Kontrollen überprüft, ob und wie das Unternehmen den Aufgaben nachkommt.

Übertragung auf Anlieger

Gemäß Art. 51 V BayStrWG

Bertsche auf der DEMO-Park:

Reges Interesse an LADOG

Die DEMO-Park in Eisenach brachte für die Firma Bertsche ein an den LADOG-Fahrzeugen.

Insbesondere die überarbeitete Kabine des LADOG T 1550 TransFlex war für viele LADOG-Kenner ein Magnet. Technische Innovation war bei LADOG schon immer großgeschrieben und so haben die Sichtverhältnisse bei der neuen Kabine stark beeindruckt.

Bertsche zeigte in Eisenach eine umfangreiche Palette der LADOG-Modelle und natürlich passende Anbaugeräte zu den Fahrzeugen. Vom schmalsten LADOG G129S20 mit 1150 mm Fahrerhausbreite über den LADOG G 129 N 20 mit 1250 mm Fahrerhausbreite, den LA-

DOG T 1400 mit 1400 mm Fahrerhausbreite bis zu den Straßen-LADOGs mit 1550 mm, konnten die Besucher alle Bedarfsanforderungen angleichen.

Ein besonderes Highlight für die Fa. Bertsche war die Übergabe eines unerwarteten Nachfolgefahrauftrages über 21 Fahrzeuge (siehe Foto), die für die nächste Wintersaison in Berlin gebraucht werden. Damit wurde die Demo-Park 07 in Eisenach für Bertsche zu einer richtigen „Supermesse“.

Auch alle wichtigen Anbaugeräte wurden auf der Demo-Park 07 ausgestellt: Kehr-Saug-Aufbau mit Mittelabsaugung,

ist eine Übertragung des Winterdienstes auf Anlieger durch Satzung möglich. Zu beachten ist, dass bei bewehrten Satzungen eine Übertragung nur für 20 Jahre möglich ist, danach fällt die Verpflichtung zum Winterdienst wieder an die Kommune zurück. Eine Abwälzung des Winterdienstes kann nur für Gehwege und Gehbahnen innerorts und nur auf den gesetzlich festgelegten Personenkreis - Grundstückseigentümer und sonstige dingliche Berechtigte wie z.B. Erbbauberechtigte erfolgen.

Ist die Gemeinde selbst Anlieger gilt die Übertragung auch für sie, wobei sich dann eine etwaige Haftung nicht nach § 839 BGB, sondern allein nach § 823 BGB wie bei jedem anderen privaten Dritten beurteilt.

Überwachungs- und Kontrollpflicht bei der Kommune

Trotz Übertragung des Winterdienstes verbleibt nach der Rechtsprechung eine Überwachungs- und Kontrollpflicht bei der Kommune, welcher sie bei der Ausübung der ihr auch weiterhin anderweitig obliegenden Räum- und Streupflicht nachkommen kann. Stellt die Kommune wiederholt Verstöße gegen die Übertragung auf die Anlieger fest hat sie dem notfalls mit der Verhängung von Bußgeldern entgegenzuwirken.

Bloße Unwissenheit

Da oft bloße Unwissenheit der Grund dafür ist, dass Winterdienstmaßnahmen nicht ausgeführt werden, hat sich als sinnvoll erwiesen, dass vor Beginn der Winterperiode die Anlieger durch öffentliche Bekanntmachungen auf die auf sie übertragene Räum- und Streupflicht für Gehwege und Gehbahnen hingewiesen werden.

Mähen/Absaugen mit Mittelabsaugung, Winterdienstausrüstung mit Schneepflug, und Streuautomat, Gießeinrichtung, Wildkrautbesen, Leichtmüllverdichter, usw. vervollständigten das Ausstellungsangebot.

Alle LADOG-Fahrzeuge sind mit Euro-4-Motoren mit selbstreinigendem Dieselpartikelfilter lieferbar.

Lärmschutz in Ingolstadt:

Neuheit aus dem LfU

Flüsterasphalt verringert Verkehrslärmbelastung deutlich

Ingolstadt ist „Ausgewählter Ort 2007“ in Deutschland. Damit wird eine Pionierleistung prämiert: Mit dem neuartigen „Flüsterasphalt“ an der Westlichen Ringstraße ist dort die Lärmbelastung auf ein Fünftel zurückgegangen - zur Hauptverkehrszeit ist es so leise wie am Sonntagmorgen.

Davon konnten sich Anwohner und Besucher bei Messfahrten an der Strecke selbst überzeugen. Auch die jüngsten Messungen des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) bestätigen: „Flüsterasphalt“ macht Innenstädte leiser und bewährt sich. Erstmals in Deutschland wurde der Hightech-Asphalt in Ingolstadt in einem rein innerstädtischen Straßenabschnitt eingesetzt. Dafür wurde das Projekt im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ (www.landderideen.de) ausgewählt.

Ingolstadts OB Alfred Lehmann freute sich über die Auszeichnung. LfU-Präsident Professor Albert Göttle sagte bei der Urkundenverleihung: „Verkehrslärm ist vor allem in den Städten ein zunehmendes Umweltproblem. Lärm muss deshalb bereits an der Quelle bekämpft werden. Ingolstadt hat es im Modellprojekt vorgemacht.“ Göttle forderte die Kommunen auf, die Erfahrungen daraus zu nutzen und wo möglich lärmindernde Asphaltbeläge zu verwenden.

Schirmherr der Initiative ist Bundespräsident Horst Köhler, Projektpartner die Deutsche

Bank. Ein Jahr lang wird jeden Tag ein anderer Ort in Deutschland mit seinem Projekt gefeiert, rund 40 davon in Bayern. Hans-Jürgen Gerlach, Leiter des öffentlichen Sektors der Deutschen Bank Bayern, sagte in seiner Laudatio in Ingolstadt: „Flüsterasphalt ist mehr als ein Hightech-Straßenbelag. Das Projekt ist auch ein eindrucksvoller Beleg, wie mit Innovationskraft, Leistungsbereitschaft und Engagement der Spat zwischen ökonomischen Mobilitätsanforderungen und Lebensqualität geschaffen werden kann“.

Umweltlärm wird als größte Umweltbelastung empfunden. Hauptursache ist der Verkehr, mit steigender Tendenz. Prognosen erwarten, dass der Verkehr in den nächsten zehn Jahren noch um ein Viertel zunimmt. Das „Abfallprodukt“ dieser Mobilität sind Geräusche. Hauptlärmquellen im fließenden Verkehr sind die Rollgeräusche, die beim Kontakt zwischen Reifen und Fahrbahn entstehen. Das größte Potential zur erfolgreichen Minderung des Straßenverkehrslärms bieten neuartige Fahrbahnbeläge, die den Schall schlucken.



Der unerwartete große Auftrag an LADOGs für den kommenden Winter, den Berlin orderte, brachte für die Firma Bertsche aus Bräunlingen auf der DEMO-Park ein Superergebnis.



Von links: Uwe Wloka, Daimler Chrysler Niederlassung Augsburg, Ludwig Fröhlich, Bürgermeister der Stadt Königsbrunn, Peter Schäfer, Autohaus Schäfer, Wilhelm Schäfer, Seniorchef und Paul Haslinger, Vertriebsleiter erdgas schwaben.

Bürgermeister Ludwig Fröhlich engagiert sich:

Klimaschutz in Königsbrunn

Die einen reden über Klimaschutz, die anderen tun was: Bürgermeister Ludwig Fröhlich tut was und spart lieber fast eine halbe Tonne CO2 pro Jahr bei seinen Dienstfahrten ein.

Der neue Dienstwagen ist ein Erdgasfahrzeug von Mercedes. Der Neue spart nicht nur den Klimakiller CO2 ein: er fährt auch deutlich günstiger gegenüber Benzin fast 50 %, gegenüber Diesel ca. 30 %. Steuervorteile bis 2020 und bis zu 15 % Öko-

Rabatt in der Haftpflicht bei verschiedenen Versicherungsunternehmen.

Während andere warten, dass das Feinstaub-Fahrverbot aufgehoben wird und weiter die Luft verpestet, kann der Erdgasfahrer ungerührt weiterfahren. Denn

Feinstaub ist für ihn kein Thema.

Bürgermeister Ludwig Fröhlich's Neuer ist das Serien-Erdgasfahrzeug von Mercedes und macht seinem Elternhaus alle Ehre.

Eigentlich hat keiner nun mehr ein richtig gutes Argument beim Autofahren nicht Emissionen und CO2 einzusparen. Aber wie gesagt - die Schwaben tun lieber was, als reden.

Mehr Informationen zu Kosten, Umweltschutz, Steuer- und Versicherungsvorteile, und Erdgas-Tankstellennetze gibt es im Internet unter www.gibgas.de, www.erdgasfahrzeuge.de und www.erdgas-schwaben.de.



6., überarb. und erw. Auflage 2007
XXVIII, 444 Seiten, Kart. € 86,-
ISBN 978-3-17-018916-4
Kommunale Schriften für Bayern

Eberl/Martin/Greipl

Bayerisches Denkmalschutzgesetz Kommentar unter besonderer Berücksichtigung finanz- und steuerrechtlicher Aspekte

Die 6. Auflage des Kommentars erläutert die Regelungen zum Bayerischen Denkmalrecht ausführlich und praxisnah und stellt bei seiner Auslegung vor allem dessen aktuelle Entwicklungen dar. Sie macht die Zusammenhänge zwischen den bayerischen Regelungen sowie denen der übrigen Bundesländer und dem Bundesrecht verständlich. Wichtige andere Vorschriften einschließlich der des Steuerrechts werden einbezogen, außerdem die sehr umfangreiche Rechtsprechung der Gerichte der anderen Bundesländer. Erläutert werden auch die Regelungen zur Instandsetzung bzw. zu Abbruchs- und Veränderungswünschen und in erheblichem Umfang auch die Vorschriften zur Entschädigung. Auch die Neuauflage des bewährten Kommentars ist damit ein zuverlässiges und umfassendes Hilfsmittel für alle, die mit Denkmälern befasst sind.

Der Autoren: Dr. Franz Dirnberger, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag; Dr. Wolfgang Eberl, Ltd. Ministerialrat a. D.; Wolfgang Karl Göhner, Justiziar des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege; Prof. Dr. Egon Johannes Greipl, Generalkonservator; Dr. Dieter Martin, Ltd. Akademischer Direktor an der Universität Bamberg.

Bilanz des Freistaats nach zehn Jahren Länder-Zuständigkeit:

Die Bahn hat in Bayern wieder Zukunft

Pressekonferenz in München: Verkehrsminister Huber verweist auf erhebliche Verbesserungen im Personenverkehr

Bayern will auch in Zukunft den Regional- und Nahverkehr auf der Schiene qualitativ und quantitativ weiter ausbauen. Dies sagte der bayerische Wirtschafts- und Verkehrsminister Erwin Huber zu, als er anlässlich von zehn Jahren Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in der Verantwortung der Länder Bilanz zog. Sein Fazit: Die Bahn als leistungsfähiges, umweltfreundliches und zuverlässiges Verkehrsmittel hat in Bayern wieder Zukunft. Verbesserungen kündigte er nicht nur in der Fläche, sondern auch im Münchner und Nürnberger S-Bahnbereich, bei der Anbindung des Flughafens München und mit Blick auf die Skiweltmeisterschaft 2011 und die möglichen Olympischen Winterspiele 2018 für die Strecke München - Garmisch-Partenkirchen an.

In den zehn Jahren seit der Regionalisierung seien große Fortschritte gemacht worden, sagte Huber. Der Schritt habe sich außerordentlich bewährt, weil das Angebot im SPNV erheblich ausgeweitet und qualitativ sehr verbessert worden sei. Nach Angaben des Ministers verkehren heute in Bayern 40 Prozent mehr Züge als vor der Regionalisierung.

Nummer 1 in Deutschland

Die Zahl der Fahrgäste im Regional- und Nahverkehr (inklusive S-Bahn Nürnberg) hat um 51 Prozent zugenommen. Starke Zunahmen gab es u. a. in der Oberpfalz auf der Strecke Schwandorf-Weiden (+130 Prozent) und bei der Oberpfalzbahn (Schwandorf - Richtung Oberpfälzer Wald +140 Prozent). Bei der S-Bahn München, deren Fahrgastzahlen bereits in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts um 300 Prozent gestiegen waren, gab es in den vergangenen Jahren noch einmal ein Plus um 21 Prozent.

Mit 105 Millionen Zugkilometern im Jahr 2007 ist Bayern der größte Besteller von Nahverkehrsleistungen in Deutschland. Dafür setzt der Freistaat aus Regionalisierungsmitteln jedes Jahr 850 Millionen Euro ein. Huber kommentierte nicht ohne Stolz,

aber etwas kalauernd: „Bayern ist das Bahnland Nr. 1 in Deutschland. Wir haben nicht nur die Zugspitze, sondern sind auch Spitze beim Zufahren.“

Hintergrund dieser Entwicklung ist der „Bayern-Takt“. Sein Erfolg hängt eng mit attraktiven Tarifangeboten zusammen, insbesondere mit dem Bayern-Ticket, das als erstes Länderticket für Strecken der Deutschen Bahn 1997 auf Initiative des Freistaates eingeführt wurde und mittlerweile auch in allen nichtbundeseigenen Eisenbahnen, Verbänden und fast allen Linienbussen in Bayern gilt.

Erfolgreiche Wettbewerbspolitik

Zu dem Erfolg hat nach Angaben des Ministers sehr „unsere Wettbewerbspolitik“ beigetragen. Zwischen 2003 und 2013 wurden und werden durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) Verkehrsleistungen von insgesamt ca. 30 Millionen jährlichen Zugkilometern ausgeschrieben. So gehen im Dezember die neu vergebenen Linien München - Hof/Furth im Wald, München-Oberstdorf/Lindau und das Dieselnetz Augsburg I in Betrieb, ein Jahr später die Dieselnetze Nürnberg und Augsburg II sowie das E-Netz Augsburg. Im Dezember

2009 folgen das E-Netz Würzburg und die Linien München-Passau und Freilassing-Berchtesgaden. Für den Raum Regensburg läuft die Ausschreibung. Und demnächst werden die Ausschreibungen Dieselnetz Oberfranken und E-Netz Franken veröffentlicht. Pro Jahr will die Staatsregierung drei Ausschreibungen durchführen und nach und nach den gesamten bayerischen SPNV dem Wettbewerb öffnen. Dabei werden Netzgrößen gebildet, die es mehreren Unternehmen ermöglichen, sich darauf zu bewerben.

Fahrzeugmodernisierung

Huber betonte, dass Wettbewerbsprojekte in Bayern stets mit einer Modernisierung der Fahrzeuge einhergehen. Trotz gekürzter Regionalisierungsmittel ermöglichen es günstige Bestellertentgelte, das SPNV-Angebot im bisherigen Umfang beizubehalten und sogar noch zu erweitern. Als Beispiele nannte Huber die Vogtlandbahn in Ostbayern, die Erfurter Bahn, den Alex München-Oberstdorf (mit Fahrzeugen in Intercity-Qualität, Bistro und Fahrscheinverkauf im Zug ohne Aufpreis) und als Deutschlands schnellsten Nahverkehr den München-Nürnberg-Express auf der Neubaustrecke mit einer Höchstgeschwindigkeit von 200 Stundenkilometern (km/h).

Spürbare Verbesserungen

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2007 wird es „weitere, spürbare Verbesserungen“ geben. Huber nannte die Strecken München-Regensburg-Hof (mit ganztägigem zweistündlichen Verkehr zwischen Regensburg und Hof), München-Oberstdorf (mit einem Flügelzug von und nach Lindau und verkürzten Fahrzeiten), den Franken-Sachsen-Express zwischen Nürnberg und Dresden (Umstellung auf Stundentakt mit gut vier Stunden Fahrzeit), die Strecke Nürnberg-Weiden (die bis Neustadt/Waldnaab verlängert und auf Stundentakt umgestellt wird), die Strecke Oberstdorf-Ulm (die künftig ICE-Anschlüsse Richtung Stuttgart-Rhein/Main und Rhein/Ruhr haben wird und Fahrzeitverkürzungen bietet) sowie die erste Stufe des Regio-Schiene-Taktes Augsburg (die mit dem 15-Minuten-Takt nach Bobingen startet).

Für München ist von besonderer Bedeutung, dass von Dezember an erstmals im frühen Berufsverkehr Express-S-Bahnen auf der S 2 Erding-München fahren. Von Markt Schwaben aus fahren diese sechs neuen Züge zusätzlich zum gewohnten 20-Minuten-Takt nur mit Halt in Riem zum Ostbahnhof und weiter in die Stammstrecke. Es gibt also in dieser Phase und auf der genannten

besserungen einen sehr positiven gesamtwirtschaftlichen Effekt haben“. Deshalb unterstützen auch der Bund und der Freistaat diese Ausbaumaßnahme.

Im Herbst 2008 sollen die Maßnahmen abgeschlossen sein. Dann werde die Bahnstrecke Mühldorf-Landshut von einem hochmodernen elektronischen Stellwerk im Bahnhof Mühldorf überwacht und gesteuert, führte Kraller aus.

Landrat Josef Eppeneder, der keinen Hehl aus seiner Meinung machte, dass die Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen auf der Strecke Mühldorf-

Strecke einen Zehn-Minuten-Takt. Die Expresszüge sind um sieben Minuten schneller als die herkömmlichen Züge. Möglich macht das eine neue Signaltechnik - aber nur am Morgen. Am Nachmittag verhindert ein zu enger Fahrplan kürzere Fahrzeiten in der Gegenrichtung. Diese Einschränkung gilt übrigens auch für die übrigen S-Bahn-Strecken.

Die bestehenden 105 Millionen jährlichen Zugkilometer sollen in den nächsten fünf Jahren um jährlich ca. 7 Millionen Zugkilometer aufgestockt werden. Vorgesehen sind der Ausbau des Regio-Schiene-Taktes Augsburg und ein neues Fahrplankonzept für die Ammerseebahn, die Betriebsaufnahme des Dieselnetzes Nürnberg und erhebliche Leistungsmehrungen für die S-Bahn Nürnberg, Fahrplanausweitungen und Einsatz von Neufahrzeugen in den Verdichtungsräumen Würzburg und Regensburg/Donautalbahn sowie auf den Strecken München-Passau und Freilassing - Berchtesgaden.

Blick auf Oberfranken

In Oberfranken sollen die heute zweistündlichen Express-Züge nach Coburg künftig im Stundentakt verkehren. Zwischen Coburg und Sonneberg wird es mehr Züge im Berufsverkehr im Halbstundentakt geben. Und die Regional-Express-Linie Nürnberg-Bamberg-Schweinfurt soll bis Würzburg verlängert werden. Für die Linie Würzburg-Bamberg-Hof ergibt sich damit für Bamberg und Hassfurt ein umsteigefreier Stundentakt nach Würzburg. Außerdem sollen künftig alle Regionalbahnen im nordöstlichen Franken im Stundentakt verkehren. Beschleunigt werden soll auch der Verkehr von München und Nürnberg nach Prag.

Die Strecke München-Garmisch-Partenkirchen soll bis zur Ski-Weltmeisterschaft 2011 für 95 Millionen Euro beschleunigt werden, so dass Regional-Expresszüge fahren können. Zweigleisig sei bis dahin die Strecke aus Zeit- und planungstechnischen Gründen aber nicht auszubauen. Das müsse später im einzelnen Abschnitt für Abschnitt geschehen, erläuterte Huber.

Airport München

Stellung nahm der Minister, der vehement den Bau einer Transrapid-Verbindung vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen München verteidigte, auch zur Schienenanbindung des Münchner Airports. Bis 2009 sei die Planung so weit, dass der Schienenzugang von München, Erding, Freising und Landshut verbessert werden könne. 2011 sei mit dem Baubeginn zu rechnen. Dann werde der Flughafen auch an die Bahnstrecke Paris-Salzburg-Budapest angeschlossen sein.

Huber legte Wert auf die Feststellung, dass Bayern im Rahmen der Ausschreibungen die Möglichkeit habe, Mindestqualitätsstandards verbindlich vorzugeben und deren Einhaltung vertraglich durchzusetzen. Detaillierte Vorgaben würden gemacht in den Bereichen Pünktlichkeit und Anschlussicherung, Service und Sicherheit, Notfall- und Störungs-

management, Platzkapazität und Zugverfügbarkeit, Fahrgastinformation sowie Behindertenfreundlichkeit. Die Einhaltung der vereinbarten Qualität werde durch die BEG laufend überwacht, versicherte der Minister.

Mehr Qualität

Zu den Qualitätsverbesserungen zählte Huber, dass im Bereich der S-Bahn München mit einem Graffitipräventionsprogramm das Besprühen der Fahrzeuge deutlich verringert werden konnte, und ein Programm zur Standardisierung der Schienenersatzverkehre für die Kunden deutliche Vorteile gebracht habe. Mit höchster Priorität werde an den Aspekten Pünktlichkeit und Fahrgastinformationen gearbeitet, versicherte Huber. Bei der Münchner S-Bahn sei seit der Eröffnung der Stammstrecke ein durchgängig hohes Pünktlichkeitsniveau erreicht.

Insgesamt sei im Regionalverkehr die Pünktlichkeit trotz schwieriger Rahmenbedingungen mittlerweile zufriedenstellend. Wegen infrastruktureller Engpässe und Baustellen werde das Thema aber alle Beteiligten weiter beschäftigen.

Bei Betriebsstörungen erwarte der Fahrgast zu Recht rasche und aktuelle Informationen. Deshalb werde mit Hochdruck an der Umsetzung des Projektes „DEFAS FGI Bayern“ gearbeitet, einer landesweiten, verkehrsmittübergreifenden Fahrgastinformation auf Basis von Echtzeitdaten. Bayern nehme sogar auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle ein. Freilich mache die Koordination mit privaten Anbietern technisch und finanziell noch immer Schwierigkeiten. So seien von etwa 1000 zu bedienenden Informationsstationen bisher erst etwa 600 „eingednet“.

Phantasie und Engagement

Zusammenfassend stellte Bayerns Verkehrsminister fest, im vergangenen Jahrzehnt sei der Schienenpersonennahverkehr eine Säule bayerischer Verkehrspolitik gewesen. Auch wenn die Zuweisungen des Bundes immer schon knapp gewesen seien und heuer weiter gekürzt würden, fehle es dem Freistaat nicht an Phantasie und Engagement, um den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und den Nahverkehr zum Nutzen der Eisenbahnkunden weiter zu verbessern. **dhg.**

Hier kommt Pep in Ihr Business 2007

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalaffairs.com

akademika	20.06.–21.06.
Altenpflege+ProPfleger	20.03.–22.03.
Bayerischer Sicherheitstag	20.06.–21.06.
Berufsbildung	10.12.–13.12.
BioFach°	15.02.–18.02.
BRAU Beviale	14.11.–16.11.
ConSozial	07.11.–08.11.
CRM-expo	07.11.–08.11.
ELTEC	20.06.–22.06.
e_procure & supply	25.04.–27.04.
embedded world	13.02.–15.02.
EUROPEAN COATINGS	
SHOW	08.05.–10.05.
FachPack	25.09.–27.09.
HOGA	14.01.–17.01.
IENA	01.11.–04.11.
Internationaler Hörgeräte-Akustiker-Kongress	17.10.–19.10.
ISGATEC	27.03.–29.03.
IWA & OutdoorClassics°	09.03.–12.03.
Kommunale	10.10.–11.10.
Kongress der Deutschen Ophthalmochirurgen	17.05.–20.05.
LogIntern	25.09.–27.09.
Mailingtage	13.06.–14.06.
PARTEC	27.03.–29.03.
PCIM	22.05.–24.05.
POWTECH	27.03.–29.03.
SENSOR+TEST	
DIE MESSTECHNIK-MESSE	22.05.–24.05.
SMT/HYBRID/PACKAGING	24.04.–26.04.
Spielwarenmesse	
International Toy Fair Nürnberg°	01.02.–06.02.
SPS/IPC/DRIVES	27.11.–29.11.
Stone+tec	06.06.–09.06.
TechnoPharm	27.03.–29.03.
Vivaness°	15.02.–18.02.
Werkstätten:Messe	22.02.–25.02.

Auszug; alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten
° Nur für Fachekäufer mit Legitimation

Schienen-Personennahverkehr Mühldorf-Landshut:

Startschuss für Großprojekt

Mit einem symbolischen Spatenstich am Bahnhof Vilsbiburg wurde der Startschuss für den Ausbau der Strecke Mühldorf-Landshut gegeben. Wie Christoph Kraller, Sprecher der Südost-Bayern-Bahn-GmbH, beim Festakt erläuterte, wird die Investition die Bahn auf dieser Strecke in vielen Punkten voranbringen - bei der Durchschnittsgeschwindigkeit der Züge ebenso wie beim Komfort und bei der Sicherheit. Landrat Josef Eppeneder verwies darauf, dass damit die Attraktivität der Bahn in der Region nachhaltig gestärkt werde: Dies werde sich auch im Zusage der Bürger zum Verkehrsträger Bahn zeigen.

Das Großprojekt mit dem Arbeitstitel „Verbesserung des Schienen-Personennahverkehrs Mühldorf-Landshut“ umfasst den Neubau von Bahnsteigen in Geisenhausen, Vilsbiburg und Neumarkt-Sankt Veit, die Erneuerung der Signaltechnik, die Modernisierung der Sicherungsanlagen an Bahnübergängen sowie auf einigen Abschnitten auch Gleiserneuerungsmaßnahmen. „Insgesamt investieren der Bund, der Freistaat Bayern, die Kommunen und die Südost-Bayern-Bahn rund 23 Millionen Euro“, verkündete Kraller vor zahlreichen Ehrengästen, unter ihnen auch eine Reihe von Bürgermeistern wie Helmut Haider (Vilsbiburg), Robert Maier (Geisenhausen), Josef Nagl (Kumhausen), Helmut Wimmer (Bodenkirchen) und Erwin Baumgartner (Neumarkt-St. Veit).

Wichtig für den Bahnverkehr in der Region Landshut ist auch Krallers Ankündigung, dass die Südost-Bayern-Bahn gemeinsam mit der Stadt Landshut beabsichtigt, den Haltepunkt Landshut-Süd (Achdorf) neu zu bauen. Zunächst aber stehen die

umfangreichen Umbaumaßnahmen in den Landkreisen Mühldorf und Landshut auf dem Programm. Im Rahmen des Ausbaus der Bahnsteig-Anlagen werde die Bahnsteighöhe auf 55 Zentimeter angehoben: Dies ermögliche ein bequemes Ein- und Aussteigen. In großem Umfang erneuert wird auch die Signaltechnik: 16 Bahnübergänge werden mit neuer Sicherungstechnik ausgestattet.

Kürzere Reisezeiten

Durch die Erneuerung von Schienenabschnitten soll vor allem die Einfahrt von Zügen in die Bahnhöfe optimiert werden. Durch diese Verbesserung sowie durch die Steigerung der Höchstgeschwindigkeit der Züge auf der Strecke Mühldorf-Landshut auf 120 Stundenkilometer wird nach den Ausführungen Krallers eine Verkürzung der Reisezeiten um bis zu acht Minuten möglich.

Umfangreiche Studien im Vorfeld der Planung hätten gezeigt, dass „die Einführung eines Stundentaktes sowie die vorgesehenen Infrastruktur-Ver-

Landshut durchaus überfällig seien, erinnerte daran, dass auf seine Initiative und sein nachhaltiges Drängen nunmehr Doppelstockwagen die vielen Fahrschüler aus dem südlichen Landkreis zum Bahnhof Landshut bringen. Er habe mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass überfüllte Pendler- und Schülerzüge, wie sie bis vor wenigen Monaten auf dieser Strecke Alltag gewesen seien, eine große Gefahr für die Fahrgäste darstellten. Gottlob sei nichts passiert, brachte der Landkreisleiter seine Erleichterung zum Ausdruck. **DK**

Regionaler Planungsverband Oberfranken-Ost:

Greifbare Fortschritte

Wirtschaftsminister Erwin Huber bei Verbandsversammlung in Wunsiedel

„Oberfranken gehört zu den Regionen in Bayern, der es die Rahmenbedingungen, vor allem die Grenzlage, die Marktferne und die demografische Entwicklung nicht leicht machen. Aber die aktuellsten Wirtschaftsdaten geben durchaus Anlass zu Optimismus. Die Region holt im Vergleich zur westdeutschen und zur bayerischen Entwicklung spürbar auf“, konstatierte Wirtschaftsminister Erwin Huber bei der jüngsten Versammlung des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-Ost in Wunsiedel. Gleichzeitig dankte er stellvertretend dem Verbandsvorsitzenden, Hofs Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner, für „die engagierte Arbeit im Regionalen Planungsverband und Ihre Bereitschaft, die Weichen für unsere Kreise, Städte und Gemeinden zu stellen“.

Das BIP-Wachstum war in Oberfranken zwischen 1995 und 2005 mit 15,3 % deutlich stärker als in den alten Bundesländern (7 %). Im Zuge der anhaltenden konjunkturellen Erholung ist auch in Oberfranken die Arbeitslosigkeit rapide zurückgegangen. Mit 6,6 % liegt die Arbeitslosenquote weit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,8 %. „Die Chancen für Arbeitslose auf Beschäftigung sind so gut wie lange nicht“, erklärte Huber. Jüngstes Beispiel: Die 30-Millionen Euro schwere Investition der Firma Dachser in Hof mit 70 neuen Arbeitsplätzen. Dort entsteht eine Drehscheibe der Logistik-Dienstleistungen für ganz Deutschland und die Tschechische Republik.

Standortförderung und ...

„Standortförderung ist landesentwicklungspolitisch ein hoch wirksames Instrument“, betonte der Minister. Neue Impulse konnten auch in Oberfranken-Ost gesetzt werden: Die Fachhochschule Hof habe mittlerweile 1.700 Studierende und liege in angesehenen Rankings weit oben; die Hochschule Bayreuth sei etabliert; die Behördenverlagerung mit der Aufteilung des Landesamtes für Umwelt zwischen Augsburg und Hof laufe gut und die Verlagerung des Landesversorgungsamtes nach Bayreuth bringe dort 130 neue Arbeitsplätze.

Das Regionalmanagement der Landesentwicklung werde seit 2006 neben der Clusteroffensive nunmehr als zweite regionale Säule unter der gemeinsamen Dachmarke „Allianz Bayern Innovativ“ gezielt zum Einsatz gebracht und in ganz Bayern angeboten. Oberfranken sei Vorreiter dieses Entwicklungsinstrumentes, mit dem die Landesentwicklung Engagement und Initiative aus dem

Raum heraus aufgreift und finanziell wie personell begleitet und unterstützt.

Wie Huber erläuterte, sind im Laufe der Zeit vor allem in Oberfranken-Ost „zahlreiche höchst effiziente Regionalmanagement-Initiativen entstanden und zu viel beachteten Vorbildern für ganz Bayern geworden“ - so das Forum Zukunft Oberfranken, das Kuratorium Hochfranken, die Brückenallianz Bayern-Böhmen und das Regionalmanagement „Rund um die Neuburg“ (Kommunen des Landkreises Bayreuth). Von all diesen Initiatoren seien beispielhafte Projekte und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt worden. Sie hätten in den einzelnen Räumen nicht nur Kreativität und Aufbruchstimmung bewirkt, sondern auch greifbare Entwicklungsfortschritte gebracht.

... Regionalmanagement

Die Staatsregierung habe dabei speziell die wirtschaftliche Entwicklung durch gezielte Fördermaßnahmen unterstützt: Allein in der Regionalförderung wurde in den vergangenen 10 Jahren (1997 bis 2006) für Oberfranken-Ost mit Darlehen und Zuschüssen von 180 Mio. Euro ein Investitionsvolumen von knapp 1,2 Mrd. Euro mobilisiert. Dadurch wurden über 3.850 Arbeitsplätze neu geschaffen und mehr als 32.000 Arbeitsplätze gesichert. Im Bereich wirtschaftsnaher Infrastruktur wurden Investitionen von weiteren 42 Mio. Euro gefördert. Für 2007 ist beschlossen, 35 % der gesamten Mittel der Regionalfördermittel nur in Oberfranken einzusetzen. Konkret bedeutet das ein Volumen von knapp 30 Mio. Euro.

Ausgedehnt wurde in der Region auch die Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbes-

serung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die betroffenen Landkreise erhalten somit laut Huber für die Förderperiode 2007 bis 2013 Zugang zu verbesserten Fördermöglichkeiten. Zudem sei es gelungen, das Fördergefälle zur Tschechischen Republik auf künftig maximal 20 Prozentpunkte zu beschränken. Zusammen mit Niederbayern und der Oberpfalz werde Oberfranken den Schwerpunkt des Bayerischen Programms aus dem „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“ bilden. Hier sollen insgesamt rund 60 % der verfüg-



Erinnerungen an ein ganzes Jahrtausend wurden in vielfältiger Abwechslung an drei Festtagen geweckt, als die von reicher Ortsgeschichte geprägte Südrieser Zentralgemeinde Mönchsdinggen ihre 1000-Jahr-Feier beging. Das einstige Klosterdorf beeindruckte mit einer Fülle von Veranstaltungen und heimatbezogenen Aktivitäten. Nach dem Festgottesdienst waren an der Brunnen säule, der zwei Brunnenrötte hinzugefügt sind, vereint (vorne, von links): Margarete Jaumann, Godwine Brödel, der zehnjährige Thomas Wurm vom Posaunenchor. Dahinter (von links): Bürgermeister Michael Holzinger, Bispingen, die stellvertretende Dillinger Landrätin Angela Rieder, Landrat Stefan Rößle, Pater Benno Spiegel, Karin Bergdolt, Pfarrerin Ulrike Brödel, Pfarrer Christhard Brödel, Bürgermeisterin Dr. Marianne Ganzenmüller-Seiler, Susi Stahringer, Schirmherr Hans Hager, dahinter stehend der 1. Vorsitzende des Dorfvereins, Bernhard König.

Zum 65. Geburtstag von Landrat Reinhard Leutner:

Der Mensch im Mittelpunkt

Reinhard Leutner kann sich in diesem Jahr über freudige Anlässe wahrlich nicht beklagen: Vor kurzem wurde der gebürtige Marktgraitzer mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet, seit 35 Jahren ist er als Bürgermeister und Landkreischef von Lichtenfels unermüdlich für seine Heimat aktiv und am 15. September konnte er nun seinen 65. Geburtstag feiern.

Die berufliche Laufbahn des Jubilars nahm als Regierungsinспекtoranwärter im Landratsamt Lichtenfels seinen Anfang. Von dort wechselte Leutner 1966 zur Regierung von Oberfranken, zwei Jahre später wurde er als Gemeindeaufsichtsbeamter an das ehemalige Landratsamt Staffelstein versetzt. Mit 29 Jahren wurde der diplomierte Verwaltungswirt als jüngster hauptamtlicher Bürgermeister Bayerns zum Stadthaupt von Staffelstein und gleichzeitig in den Kreistag von Lichtenfels gewählt. Dabei gelang Leutner in seiner über 21-jährigen Amtszeit als Bürgermeister der Adam-Riese-Stadt entscheidende Weichenstellungen. Herausragendstes Ereignis war die erfolgreiche Bohrung nach einer Mineralölquelle im Jahre 1975. Die Erschließung der Heilquelle führte schließlich 1986 zur Eröffnung der Obermain Therme - mit 2.400 Besuchern täglich.

Im Dezember 1993 trat Leutner sein Amt als Lichtenfelser Landrat an. Seit 1998 fungiert er als Bezirksrat und Vorsitzender der CSU-Mehrheitsfraktion des Bezirkstags von Oberfranken. Viele Jahre war er Kreisvorsitzender der Lichtenfelser CSU - seit einigen Jahren ihr Ehrenkreisvorsitzender. Auch dem CSU-Bezirks-

baren Mittel eingesetzt werden.

Flugplatz Hof/Plauen erhalten

Eine gute Verkehrsanbindung des ländlichen Raums an die Verdichtungsräume ist ein vorrangiges Ziel bayerischer Verkehrspolitik. Trotz der schwierigen bundespolitischen Ausgangslage konnten nach Auffassung des Ministers in Oberfranken-Ost bei Ausbau und Modernisierung von Straße und Schiene große Fortschritte erreicht werden (siehe auch Kasten). Was den Flugplatz Hof/Plauen anbelangt, soll dieser nach Meinung der bayerischen Staatsregierung in seiner jetzigen Form erhalten und die Fluglinie nach Frankfurt gesichert werden. Die Vertreter der Region müssen nun prüfen, ob sie zustimmen wollen. **DK**

Bundes-Gold für Bernried und Schönau

Bernried im oberbayerischen Landkreis Weilheim-Schongau und Schönau im Landkreis Regen (Niederbayern) gehören zu den schönsten Dörfern in ganz Deutschland. Beim Bundesentscheid des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft - Unser Dorf soll schöner werden“ konnten die beiden Dörfer Gold erringen.

Silber gab es für Schönbrunn im Landkreis Wunsiedel (Oberfranken). Der vierte bayerische Teilnehmer an der Endausscheidung, Markt Nordheim im mittelfränkischen Landkreis Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim, erhielt eine Bronze-Medaille. Deutschlandweit hatten sich 3 925 Dörfer an dem alle drei Jahre stattfindenden Wettbewerb beteiligt, davon 635 aus Bayern. Für den Bundesentscheid hatten sich deutschlandweit 34 Gemeinden qualifiziert.

Vitale Dörfer brauchen aktive Menschen

Landwirtschaftsminister Josef Miller gratulierte den Bürgermeistern der vier erfolgreichen bayerischen Gemeinden: „Mit Ihren Leistungen haben Sie sich um Ihr Heimatdorf und den ländlichen Raum verdient gemacht. Vitale Dörfer und Landschaften in Bayern brauchen aktive Menschen.“ Der

seit über 40 Jahren durchgeführte Wettbewerb zeigt laut Miller, wie mit großem Gemeinschaftssinn die Attraktivität und Qualität des ländlichen Raums erhalten und zukunftsgerichtet gestaltet werden kann. „Unser Dorf hat Zukunft - unser Dorf soll schöner werden“ ist für den Minister „die wohl bedeutendste Bürgerinitiative Bayerns und ein Beispiel für praktizierte Bürgerkultur“.

Gelungene Vernetzung

Von den Juroren wurde auch auf Bundesebene neben Entwicklungskonzepten und wirtschaftlichen Initiativen, sozialen und kulturellen Aktivitäten, Baugestaltung und Bauentwicklung, Grüngestaltung und Grünentwicklung die gelungene Vernetzung von Dorf und Landschaft bewertet. **□**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Röbmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherbiele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel
Anschritt und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

„Eisenbahngipfel“ am 1. Oktober

Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner hat als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-Ost zu einer Beratung über die Elektrifizierungsvorhaben des Bundes im östlichen Oberfranken eingeladen. Am 1. Oktober sollen sich in Hof die Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region, die Landräte und Oberbürgermeister treffen. Erörtert werden sollen Fragen hinsichtlich des Lückenschlusses der Elektrifizierung der Bahnstrecken zwischen Reichenbach in Sachsen und Regensburg bzw. Nürnberg in Bayern.

„Ich erhoffe mir, dass bei dieser Beratung auch eine gemeinsame Linie gegenüber Bahn, Bund und Freistaat gefunden wird, um diese wichtige Angelegenheit zu befördern“, erklärte dazu Fichtner. Gerade für den Logistikstandort Hof sei es von existenzieller Wichtigkeit, neben den guten Straßenverbindungen sowie dem Erhalt und Ausbau des Flughafens Hof-Plauen die Bahntrassen mittelfristig für ein erhöhtes Güteraufkommen tauglich zu machen. Fichtner: „Ohne Elektrifizierung werden die alte Eisenbahnerstadt Hof und das östliche Oberfranken, die ihre wirtschaftliche Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert der Schiene verdankten, ein weißer Fleck auf der Karte des Bahnverkehrs werden“, fürchtet der Planungsverbandsvorsitzende.

Es sei jetzt wichtig, dass mit einer gemeinsamen Stimme gesprochen werde, um die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen, weil, so Fichtner: „Die Bahn ist und bleibt ein wichtiger Faktor gerade für diese Region, die sich als Verbindungsglied im internationalen Warenverkehr sieht und zum Beispiel bei der Europäischen Metropolregion Nürnberg ihre sogenannte Gateway-Funktion nach Osten in die Wagschale wirft.“ **DK**



Reinhard Leutner. **□**

kreis deutlich nach vorne brachten. So kämpfte der Jubilar u. a. für den Bau der A73 als Projekt Deutsche Einheit mit dem Anschluss des Wirtschaftsraumes rund um Lichtenfels und seiner Tourismusregion an Thüringen. Auch der Schulstandort lag und liegt Leutner sehr am Herzen. Weitere wichtige Ereignisse waren die Gründung des Landschaftspflegeverbandes und der Umweltstation, die Einführung



Von links: Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Oberst Georg Schrenk, der evangelische Standortpfarrer Gerhard Kern, der katholische Militärgeistliche Alfons Schöpf und Pfarrer Alois Lehmer (Militärgeistlicher im Nebenamt) mit Vertretern von Traditionsvereinen bayerischer Reiterregimenter. Bild: -jdt-

Stadt und Landkreis feierten das 325. Jubiläum der Garnison Dillingen:

Großer Andrang beim „Tag der offenen Tür“

„Hochburg der Führungsunterstützung“ für Süddeutschland

Dillingen (jdt). Mit einem Festakt, einem großen „Tag der offenen Tür“, einem Biwakabend und einem ökumenischen Gottesdienst wurden in der Donaustadt drei Tage lang zwei besondere Jubiläen gefeiert: „325 Jahre Garnisonsstadt Dillingen“ und „50 Jahre Bundeswehr am Standort“. Gastgeber bei der hervorragend organisierten Veranstaltungsfolge waren das Führungsunterstützungsregiment 29 unter Führung des Regimentskommandeurs Oberst Georg Schrenk, und die weiteren in der Luitpold-Kaserne stationierten Einheiten mit insgesamt rund 1000 Soldaten.

Der Standortälteste, Oberst Schrenk, begrüßte zum Festakt im Stadtsaal zahlreiche Repräsentanten des öffentlichen Lebens, aktive und ehemalige Soldaten sowie Gäste aus Österreich und Tschechien. Schrenk erinnerte daran, dass die Geschichte des Standortes im 17. Jahrhundert mit Soldaten des Hochstiftes Augsburg begann.

Besondere Verbundenheit

Die Augsburger Fürstbischöfe stellten in ihrer Residenz Dillingen bis zum Jahr 1802 Reiterei und Fußvolk. Unter veränderten Bedingungen, auch mit Einsätzen im Ausland, seien die Soldaten auf Sympathie und Anerkennung angewiesen. Für die gute Aufnahme der Truppe in den Städten und Gemeinden dankend, sprach Schrenk - im Blick auf die Abkürzung „DLG“ - von Dillingen als „Deutschlands lieblichster Garnison“.

Worte ganz besonderer Verbundenheit fanden in ihren Grußworten der Dillinger Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl und Landrat Leo Schrell. Herausgestellt wurden von ihnen die positiven Kräfte soldatisches Wesens und der Beitrag der Bundeswehr zur Friedenssicherung und bei Einsätzen in Notlagen, auch beim Hochwasser an der nahen Donau.

Der ehemalige stellvertretende Inspekteur des Heeres, Generalleutnant a.D. Edgar Trost, stellte in seiner Festansprache den stabilisierenden Beitrag der Bundeswehr zur längsten Friedenszeit in der deutschen Geschichte heraus.

Hohe Auszeichnung für Oberbürgermeister Weigl

Starken Beifall gab es, als Oberst Schrenk dem Dillinger Oberbürgermeister Weigl, in Anerkennung der Unterstützung aller Anliegen der Bundeswehr,

das von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung verliehene Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold überreichte. Es ist die höchste Auszeichnung für Zivilisten.

Mit Traditionsvereinen

Großen Publikumsandrang hatten die Dillinger Soldaten in der Luitpold-Kaserne beim „Tag der offenen Tür“. Zum Programm gehörten vielfältige Informationsstände /Präsentationen des Bundeswehrverbandes, der Militärseelsorge, des Fernmelderregiments, ein „Leben im Felde“ und Vorführungen von Panzern und Pioniergerät. In Erinnerung an frühere Kavallerieeinheiten stellten sich Traditionsvereine der ehemaligen Königlich Bayerischen Chevau-léger-Regimenter in historischen Uniformen vor. Gewürdigt wurde die Aufwertung der Dillinger Garnison als neue „Hochburg der Führungsunterstützung“ (der Fernmeldetruppe) seit dem Jahr 2006 für ganz Süddeutschland.

Unter den Ehrengästen des Jubiläums waren auch Offiziere aus China, Weißrussland, der Ukraine, aus der Mongolei, Albanien, Tunesien, Jordanien sowie aus europäischen Nachbarländern. □



Familienbewusste Personalpolitik in Nürnberg

Erstmals boten Nürnberger Unternehmen ihren Mitarbeitern während der Sommerferien eine professionelle Betreuung der Kinder an. Ende Juli präsentierten Herbert Dombrowsky, Vorsitzender des Vorstands der N-ERGIE, Martin Daut, Leiter der Niederlassung von Cortal Consors Deutschland, und DATEV-Personalleiter Berthold Krausert das neue Angebot. An der Kooperation mit beteiligt waren außerdem die GfK AG, der Flughafen Nürnberg, die Sparkasse Nürnberg und die wbg Nürnberg. Die Ferienbetreuung wurde von den Städtischen Werken Nürnberg GmbH (StWN), der N-ERGIE und der VAG initiiert. Grundlage hierfür war eine konzernweite Befragung, bei der 236 Mitarbeiter ihr Interesse an einer Betreuung ihrer Kinder während der Sommerferien bekundeten. Foto: N-ERGIE

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Geiz ist geil - das ist sicher noch ein griffiger Marketinganspruch. Für eine politische Kampagne taugt er nicht mehr.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ging kritisch die Vorschläge des Wahlkampfteams bezüglich möglicher inhaltlicher Profilierungen durch.

Einer der Vorschläge ist, den Bürgermeister als sparsamen und verantwortungsvollen Sachwalter der städtischen Finanzen darzustellen. Typ treusorgender Hausvater, der den Laden zusammen hält und aufpasst, dass keiner über die Stränge schlägt. Das Grobkonzept hat Hajo Klein mit Fanny Bacher erarbeitet, deshalb kommt es auch etwas altbacken und behäbig daher. Aber im Großen und Ganzen hat die Idee Charme.

Nun hat der Chef allerdings Sorge, dass in Zeiten wachsender Wirtschaft, steigenden Kon-



Wirklichkeit sind sie nicht einmal miteinander verwandt.

Wer sparsam wirtschaftet, handelt verantwortungsbewusst, nachhaltig und weit-sichtig, denn er erhält oder schafft sich finanzielle Spielräume, die er in schlechten Zeiten bestens gebrauchen kann. Vor allem aber beachtet er bei seinen Entscheidungen die Interessen anderer - der Steuer- und Abgabenzahler von heute ebenso wie der Bürger von Morgen.

Der Geizige handelt Ich-bezogen, kurz-sichtig und hartherzig. Sein einziger Blick geht auf seinen Vorteil, nicht auf das Interesse der anderen. Er ist blind für die Bedürfnisse derjenigen, die auf seine Hilfe und Solidarität angewiesen sind. Und vielleicht hat deshalb die Konsolidierungspolitik der letzten Jahre einen so schlechten Ruf, weil ab und zu aus der reinen Notwendigkeit des Umsternens heraus auch Anliegen unter die finanziellen Räder gekommen sind, die man guten Gewissens nicht hätte vernachlässigen dürfen.

Ich glaube fest daran, dass das Bild vom soliden Sachwalter städtischer und bürgerschaftlicher Interessen eines ist, das gut auf unseren Bürgermeister passt. Sparen, wo es möglich ist; investieren, wo es sinnvoll ist und helfen, wo es notwendig ist. Mit diesem Dreiklang kann er authentisch vor die Wähler treten.

Mein Chef, der Bürgermeister, will es sich noch einmal durch den Kopf gehen lassen, ob er das Thema Sparsamkeit und seine Erfolge in der nachhaltigen Sicherung der städtischen Finanzen nicht doch auch zu einem Schwerpunktthema seiner Kampagne macht. Bei der Entscheidung helfen könnte ihm das heutige Kalenderblatt mit einem Satz des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, der als Schwabe ein ausgewiesener Experte für das Thema Sparsamkeit war: „Sparsamkeit ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung“.

Ihre Sabriul

Authentischer Dreiklang

sums, fallender Arbeitslosenzahlen und explodierender Steuereinnahmen (jedenfalls schreiben die Zeitungen das immer-unser Kämmerer ist nicht so euphorisch) die Themen Sparen und Konsolidieren nicht mehr so ganz arg sexy wären. Er fürchtet, sein Herausforderer könnte ihn als geizigen Scheuklappenräger hinstellen, der sich weigert, den Gürtel wieder etwas weiter zu schnallen und die Bürgerschaft am Konjunkturaufschwung zu beteiligen.

Ich persönlich glaube allerdings nicht so recht daran, dass man bei den Wählern einen Blumentopf gewinnen kann, wenn man jetzt plötzlich, ein halbes Jahr vor den Wahlen, als Spendionkel durch die Reihen zieht. Nach dem Motto: Fünf Jahre habe ich Wasser gepredigt, jetzt schenke ich Wein aus. Das nimmt uns doch kein Mensch ab.

Eigentlich ist es doch so wie im wirklichen Leben: Sparsamkeit und Geiz, Tugend und Todsünde, sind sich nur scheinbar ähnlich. In

Regionaler Business-Wettbewerb Südostbayern:

„ideenReich“ in den Startlöchern

Vier Landkreise und Stadt Landshut unterzeichneten Vertrag

„ideenReich“, ein innovatives Projekt zur Steigerung der Selbstständigkeitsquote, ist in Landshut auf den Weg gebracht worden. Die Landkreise Mühldorf a. Inn, Altötting, Rottal-Inn, Landshut und die kreisfreie Stadt Landshut unterzeichneten die Vereinbarung zur gemeinsamen Durchführung des „Regionalen Businessplanwettbewerbs Südostbayern“.

Ziel des Projektes ist, Existenzgründungen zu fördern, Jungunternehmen konkrete Hilfestellung zu geben sowie die regionale Gründerkultur nachhaltig zu unterstützen. Die Besonderheit dieses regionalen Wettbewerbs ist die enge Zusammenarbeit von fünf kommunalen Partnern aus zwei Bezirken. Zum ersten Mal wird hier in enger Kooperation mit der Fachhochschule Landshut und den vier beteiligten Kammern (HWK Niederbayern/Oberpfalz, HWK München/Obb., IHK München/Obb., IHK Niederbayern) ein mehrjähriges Projekt aufgelegt, das pragmatisch und unkompliziert oberbayerische und niederbayerische Kommunen miteinander verbindet und damit bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen in der Region Rechnung trägt.

den bei einer Prämierungsfeier im März 2008 ausgezeichnet.

Gründergeist fördern

„ideenReich“ soll primär den Gründergeist allgemein sowie Existenzgründer und junge Unternehmer aus der Region fördern und unterstützen. Um dieses Ziel zu erreichen und die Finanzierung des Wettbewerbs zu sichern ist man auf die Unterstützung der regionalen Wirtschaft angewiesen. Engagierte Unternehmen haben dabei auch die Möglichkeit, sich den erfolgreichen Unternehmen von morgen vorzustellen und Kontakte zu den Teilnehmern, Coaches und weiteren Netzwerkpartnern von IdeenReich zu knüpfen.

Novum in Deutschland

Dass sich vier Landkreise und eine Stadt für ein solches Modell zusammenschließen, sei deutschlandweit einmalig, sagte Werner Arndt, Geschäftsführer des Münchner Businessplan Wettbewerbs GmbH sowie mit Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums mit einer Auftaktveranstaltung durchstarten. Während des Wettbewerbs erhalten die Jungunternehmen in Workshops und Crashkursen begleitende Unterstützung. Als Berater engagieren sich ehrenamtlich Unternehmer, Manager und Berater. Die besten Geschäftskonzepte wer-

zeigte sich Landshuts Oberbürgermeister Hans Rampf. Bereits mehrfach habe sich in der niederbayerischen Bezirkshauptstadt gezeigt, dass durch eine Förderung erfolgreiche Firmen entstehen können. Politiker, so Rampf, müssten sich einbringen in die Bereiche Innovation und zukunftsorientierte Techniken, um die Region und Bayern voranzubringen.

Weiterer Baustein

Landrat Josef Eppeneder wies darauf hin, dass es im Landkreis Landshut viele Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung gebe und „ideenReich“ ein weiterer Baustein sei. Eppeneder sprach sich für den unmittelbaren Anschluss an die Fachhochschule aus. Altöttings Landkreischef Erwin Schneider wiederum betonte, in seinem Landkreis gebe es ein Existenzgründerzentrum und Patentfirmen - beides funktioniere sehr gut. Die Region benötige Gründungen auch kleinerer Betriebe.

Synergien nutzen

Rottal-Inns Landrätin Bruni Mayer verwies darauf, dass sie in ihrem Landkreis mit österreichischer Konkurrenz zu kämpfen habe. Daher verspreche sie sich insbesondere Aufmerksamkeit „für das, was wir haben“. Mühldorfs Landrat Georg Huber stellte schließlich die Bedeutung der Zusammenarbeit der verschiedenen Partner heraus: „Ich begrüße es, dass bei „ideenReich“ die Wirtschaft und die Fachhochschule zusammenarbeiten. Denn wir müssen Synergien nutzen, um den jungen Leuten Rüstzeug zu geben.“ DK

80. Geburtstag von Bambergers Alt-OB Paul Röhner:

Hochgeschätzter Anwalt der Bürger

Bambergers Alt-Oberbürgermeister Paul Röhner, der über viele Jahre auch erfolgreich das Amt des stellvertretenden KPV-Landesvorsitzenden bekleidete, feierte am 7. August seinen 80. Geburtstag. Den Festtag beging der Jubilar außerhalb Bambergers im Kreise seiner Familie. Für ihren Ehrenbürger gab die oberfränkische Metropole wenige Tage später einen Gratulationsempfang im Foyer des E.T.A.-Hoffmann-Theaters.

Paul Röhner wurde im unterfränkischen Aidhausen als Sohn einer Handwerker- und Landwirtschaftsfamilie geboren. Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft in Bamberg, Würzburg und München war er von 1953 bis 1958 Landesgeschäftsführer der Bayerischen Jungbauernschaft und fungierte von 1959 bis 1982 als Direktor des Bayerischen Bauernverbandes für den Bezirk Oberfranken. Von 1970 bis 1990 war Röhner Vorsitzender des Kolpingbildungswerkes, zu dessen Ehrenvorsitzendem er anschließend bestimmt wurde.

fürher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 1982 bis 1994 amtierte der Jubilar als Oberbürgermeister der Stadt Bamberg.

Vielfältige Schwerpunkte ...

Schwerpunkte der überaus effizienten kommunalpolitischen



Paul Röhner.

Tätigkeit Röhners waren u. a. die Projektierung, Planung und der Bau der Konzert- und Kongresshalle für die Bamberger Symphoniker, die Umsetzung der Verkehrskonzepte unter anderem durch den Bau der Nordtangente mit zwei Brücken

über die Regnitz und den Main-Donau-Kanal sowie die Inbetriebnahme des neuen Klinikums, zudem der Bau von Fachschulen für Krankenpflege sowie die Generalsanierung der Nervenklinik St. Getreu, die Sanierung des Altenheimes Antonistift mit Neubau eines Pflegetrakts und der Ausbau der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

... und Erfolge

Zu den weiteren Erfolgen in Röhners Amtszeit zählt die Altstadtsanierung „Bamberger Weg“. Ganz allgemein steht sein Name für richtungweisende Impulse in der Denkmalpflege und im Städtebau. Neben der Pflege und dem Ausbau internationaler Städtekontakte und des Fremdenverkehrs galt sein Augenmerk neuen Veranstaltungsreihen. So rief Röhner beispielsweise die „Krippenstadt Bamberg“, die „Tage der Musik“, und die „Hegelwochen“ ins Leben.

Anerkannte Persönlichkeit

Groß war die Zahl derer, die den Alt-OB zu seinem Ehrentag gratulierten. MdL Eduard Nöth bezeichnete Röhner, der u. a. mit dem Bayerischen Verdienstorden und dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet wurde, als „großen Anwalt der Bürger“ und als kulturell aufgeschlossenen, wirtschaftlich weitblickenden und unermüdet arbeitenden Politiker. Im Landkreis Forchheim sei er nach wie vor eine bekannte und höchst anerkannte Persönlichkeit. Vor allem die Vereine schätzten noch heute seine Bereitschaft, Schirmherrschaften zu übernehmen und bei besonderen Anlässen die Gemeinden zu besuchen.

„Mann des Volkes“

Oberbürgermeister Andreas Starke lobte den Jubilar als einen „Mann des Volkes“ und zollte ihm als „politisch harten Brocken“ seinen Respekt. Immer sei er fair und menschlich geblieben. Auch er, Starke, habe diesen fairen Umgang erleben dürfen, als er 1988 als OB-Kandidat der SPD gegen Röhner angetreten sei. Für Bamberg sei Röhner ein „guter Stern“ gewesen, der über der Stadt aufgegangen sei und ihr viele Wohltaten verschafft habe.

Wichtiges Beziehungsnetz

In seiner Dankesrede nannte Paul Röhner einen wichtigen Grund für diese Erfolge: In seiner 17 Jahre währenden Laufbahn als Bundespolitiker sei er vielen prominenten Politikern und Persönlichkeiten aus der Frühzeit der Republik begegnet. Aus einem solchen Beziehungsgeflecht hätten sich „nicht wenige Gelegenheiten für Förderungen und Unterstützungen für Bamberg und die Region“ ergeben.

Bereitschaft zum Kompromiss

Dieser im Rathaus eingeführte „Bonner Stil“ sei äußerst erfolgreich gewesen. Die Kollegen aller Fraktionen hätten sehr bald bemerkt, „dass es mir in erster Linie um die Sache und Inhalte und nicht um Ideologie und Parteidoktrin ging“, hob der Jubilar hervor. Damit seien Vertrauen, Respekt vor der Meinung des anderen und die Bereitschaft zu befreienden Kompromissen im Dienste des Fortschritts gewachsen. Für ihn, so Röhner abschließend, gebe es auch kein „Denkmal“ seiner Amtszeit: Dies alles stelle das „Ergebnis einer langen, zähen und oft aufreibenden Teamarbeit“ dar, an der zahllose Mitarbeiter und Fachleute beteiligt gewesen seien.

Beilagenhinweis
Bitte beachten Sie in dieser Ausgabe die Eigenbeilage der Bayerischen Gemeindezeitung, die den Aktivitäten des Genossenschaftsverbands Bayern gewidmet ist. □

Waldkirchen:

Besucherrekord bei Regionalgartenschau

Mit 230.000 Besuchern ist die am 2. September zu Ende gegangene ostbayerische Gartenschau „Natur in Waldkirchen“ die erfolgreichste Regionalgartenschau, die seit Beginn dieser Veranstaltungsreihe 1995 durchgeführt worden ist. Wie Umweltschausprecher Otmir Bernhard bilanzierte, lockte die zweimonatige Schau um die Hälfte mehr Besucher als anfänglich erwartet an.

Bernhard dankte allen Verantwortlichen und Beteiligten für ihren großen Einsatz an Initiative, Arbeit und Zeit und nicht zuletzt an finanziellen Mitteln. Das Bayerische Umweltministerium förderte die Regionalgartenschau mit rund 2,4 Millionen Euro aus Landes- und EU-Mitteln; insgesamt wurden rund 3,5 Millionen Euro in die Ausstellung investiert.

aus den drei Ländern gemeinsam geschaffen.

Dauerhafter Werbeträger

Gartenschauen erweisen sich dem Staatssekretär zufolge als dauerhafte Werbeträger für den Veranstaltungsort und sein Umland. „Das Ende der Ausstellung ist eigentlich erst der Anfang. Gartenschauen geben übergreifende und langfristige Impulse für Umwelt, Bürger, Gewerbe und Tourismus“, so Bernhard.

Neben Projekten beschränkt die Regionalschau in Waldkirchen auch konzeptionell Neuland: Während üblicherweise ein zentrales Gelände im Mittelpunkt steht, mit dem neue stadtentwicklungspolitische Akzente gesetzt oder Problemräume saniert werden, durchzog in Waldkirchen eine Perlenkette zahlreicher Attraktionen entlang eines vier Kilometer langen Rundwegs die ganze Stadt. Somit konnten die zahlreichen Besucher bei ihrer Promenade nicht nur die „Natur“, sondern auch die Stadt und ihre Menschen kennen lernen.

Wie Waldkirchens Bürgermeister Josef Höppler betonte, habe die Gartenschau eine „Grüne Brücke“ ins böhmische und oberösterreichische Umland geschlagen. Nicht nur Waldkirchen und sein Umland, sondern das ganze Dreiländereck profitierten davon dauerhaft. Mit zahlreichen Attraktionen hätten Kinder und Jugendliche, Künstler und Handwerker

Allen Grund zur Freude haben die Waldkirchener auch weiterhin: Fast alle Einrichtungen bleiben für die Bürger und Gäste der Stadt erhalten. Dazu gehört unter anderem der Stadtpark mit allen Einbauten wie der Wassertreppe, dem Vogelguckhaus, dem Goldwäscherbach oder dem Spielplatz „bodenlos“. Nicht zu vergessen die speziellen Modegärten, Tannendom und Wolkensteg sowie das „Aquasium himmelblau“ mit den Wasserfontänen, den blauen Gärten und dem gesamten Zaubergarten. DK

12 Jahre Stadtoberhaupt

Der Jubilar trat 1965 in die CSU ein. Von 1976 bis 1989 war er Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes Oberfranken und von 1979 bis 1989 Mitglied des CSU-Präsidiums. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1965 bis zu seiner Mandatsniederlegung am 11. Mai 1982 an. Im Parlament vertrat Röhner den Wahlkreis Bamberg. Von 1969 bis April 1975 war er stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, von 1975 bis 1982 Parlamentarischer Geschäfts-

Vorschau auf GZ 18

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 18, die am 27. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Büchereien

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgärten 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2408870

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 - D-35702 Haiger
Fax: (02773) 82218 - Telefon: (02773) 82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 • Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 • 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 - Fax 07195/69 05 77 - info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Bgm.-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 78 65-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
telefon: 0911 / 69 39 65
telefax: 0911 / 69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
ihr partner für LICHT
postfach 1141
90519 oberasbach
Vertragspartner für **Tollito Star**

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74